libertäres 1 1/2
Monatsheft

Feierabend!

März/April 2004

Wie sich Deutschland in Europa wiederfindet

Wir schreiben das Jahr 2010. Die Deutsche Mark heißt mittlerweile Euro und ist offizielles Zahlungsmittel in 25 Europäischen Staaten, sowie Leitwährung in der halben Welt. Der Euro hat den Dollar überflügelt, da die Europäische Zentralbank in Frankfurt gute Arbeit geleistet hat. Der EU-Aussenminister Joschka Fischer hat soeben mit Zustimmung des Europa-Parlaments eine humanitäre Intervention zur Rohstoffsicherung in irgendeiner Diktatur der südlichen Hemisphäre angeordnet. Polnische Soldaten kämpfen mit deutschen Gewehren und französischen Flugzeugen unter deutschen Offizieren an der Front, eine deutsch-französische Elite-Eingreiftruppe wartet hinter den Grenzen. Auch US-Truppen sind in der Region, halten sich aber zurück. In den vergangenen Jahren kam es in Afrika, dem Nahen Osten und Asien verstärkt zu Spannungen zwischen den USA und der EU. Deutsche Polizisten werden nach dem Sieg wie zuvor in Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak für demokratisches Recht und Ordnung sorgen.

In Warschau, in der Immanuel-Kant-Straße, ist man darüber nicht so glücklich. Hier wohnte einer der vor drei Tagen gefallenen Soldaten, die man heute beerdigt. Die Ehrenbrigade spielt aus diesem Anlass die europäische Hymne „Freude schöner Götterfunken“. An den EU-Außengrenzen sitzen hunderttausende Flüchtlinge und warten darauf, dass die europäische Grenzschutzagentur sie nach Vorgaben aus Berlin abschiebt oder hereinlässt. Bald ist wieder der 9. Mai, europaweiter Nationalfeiertag, denn am Morgen nach dem Jahrestag der deutschen Kapitulation gab sich die EU eine Verfassung. Der Philosoph Habermas lebt immer noch und ist zufrieden mit sich.

Zurück zur Gegenwart: Berauscht von den europäischen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003 ergriff Habermas mit seinem französischen Kollegen Jacques Derrida eine Initiative, die darin mündete, dass europäische Intellektuelle und der US-Amerikaner Richard Rorty am 31. Mai 2003 in verschiedenen wichtigen europäischen Zeitungen Artikel veröffentlichten, die dafür warben *„Europa [müsse] sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren“*.

Weiter auf Seite 27 ...

Prekärer Weihnachtsmarkt

Anja lebt von Sozialhilfe. Wegen ihres Kindes bekommt sie Kindergeld, das aber mit in der Sozialhilfe verrechnet wird – umso höher das Kindergeld steigt, desto niedriger wird also der Sozialhilfesatz. Letztes Jahr zog sie nach Sachsen, genauer gesagt nach Leipzig. Ummelden durfte sie sich allerdings nicht, denn das Sozialamt verbot ihr den Wegzug aus dem Kreis. Sie würde angeblich in ihrem Heimatkreis die gleichen (Berufs-)Chancen haben, wie in Leipzig. In Leipzig fand Anja dann auch eine befristete Stelle als Verkäuferin auf dem Weihnachtsmarkt. Sie verbrachte allerdings nicht die gesamten vier Wochen dort, sondern nur drei, als Ersatz für ihre erkrankte Vorgängerin in diesem Job. Krank machen ist verboten. Diese schleppte sich demzufolge jeden Tag zum Stand, bis sie schließlich umkippte und vom Krankenwagen abgeholt werden musste. So etwas kommt übrigens nicht selten vor. Aber nicht nur krank sein ist verboten. Ebenso durfte Anja während ihrer täglichen zehnstündigen Arbeitszeit, am Freitag und Samstag sogar elf, keine Mittagspause machen, nicht auf Toilette gehen und auch sonst keine Pausen machen. Von Urlaub ganz zu schweigen.

Weiter auf Seite 2 ...

Briefpakete aus Bologna!?

Als um die Jahreswende mehrere Briefpakete mit der Sprengkraft von Tischfeuerwerken in den Poststellen verschiedener EU-Institutionen eingehen, ist die Verbindung mit zwei brennenden Mülltonnen und einem präparierten Brief an die Privatadresse Romano Prodis (schnell hergestellt. In der allgemeinen Presse werden die Konstrukte der italienischen Behörden kritiklos übernommen. Italienische AnarchistInnen sollen hinter der Briefserie stecken, organisiert, aber schwer zu kriegen, flexibel und dezentral. Die Regierung Berlusconi scheut sich nicht, Verbindungslinien von ***el Qaida*** bis zu ***attac***, von den alten und ***neuen Roten Brigaden*** bis zu ***Europposition*** zu ziehen, um die europäische Öffentlichkeit auf die Gefährlichkeit der AnarchistInnen, insbesondere der italienischen und sardinischen, einzuschwören.

Weiter auf Seite 20 ...

Äddi the Torial

Bierdunst und der Rauch dutzender Zigaretten wabert durch die Redaktionsklitsche. Die Uhr tickt.
0 Uhr Francis fängt einen Tag vor Druckschluß seinen letzten Artikel an
1 Uhr wanst durchsucht das Netz fieberhaft nach passenden Bildern
2 Uhr hannah und bäh stürzen sich auf clov, der sich seit drei Stunden an seinem Computer festbeißt
3 Uhr A.E. schiebt das letzte Knobibaguette in den Ofen
4 Uhr der Versuch, das Titelbild zu diskutieren scheitert und wird verschoben
5 Uhr allgemeines Rumdämmern, die ersten schlafen vor ihren Monitoren
6 Uhr nur noch soja und güzel sind am Ball und wundern sich, daß sie für jedes Wort zehn Minuten brauchen
7 Uhr die beiden Härtesten verlassen als letzte stinkend und mit glasigen Augen den Tatort

So oder ähnlich könnte eine Nachtschicht der Feierabend!-Redaktion aussehen. Wieviele es von diesen braucht, um 36 Seiten (und das zum selben Preis!! Wahnsinn!!!) in den Druck zu schieben, bleibt unser Geheimnis. Die Erhöhung der Seitenzahl hat seinen Ursprung in dem Material, daß sich durch unsere Verspätung angesammelt hat. Diverse gesellschaftliche Zwänge und unser Engagement im StudentInnenstreik haben das Erscheinen im Februar verhindert.
Unsere Erfahrungen schlagen sich vor allem auf den sechs Seiten zum Thema „Bildung" nieder. Dort finden sich auch entsprechend viele subjektive Eindrücke, die zu einem möglichst wirklichkeitsnahen Rückblick mit Perspektive beitragen sollen.
Beim Durchblättern wird den Langzeitlesenden aufgefallen sein, dass wir auch diesmal über viele scheinbar unaufgeregte Themen berichten. Beispielweise über so „gewohnte" Dinge, wie Streß beim Ämtergang, Arbeitsalltag, Selbstzurichtung, Überwachung und Kriege. Etwas, was sich auch im zugegebenermaßen deprimierenden Titelbild niedergeschlagen hat. Als Grundoptimisten setzen wir dem allerdings etwas entgegen: Selbstorganisierung und gemeinsames Lösen von gemeinsamen Problemen, leider noch immer nicht selbstverständlich. Alle, die sich dem im Herzen und Geiste verbunden fühlen, sind erneut aufgerufen, ihren Senf beizutragen, denn ***Feierabend!*** ist schließlich keine Ein-Weg-Kommunikation.
Die Verkaufsstelle des Monats ist El Amir, weil dort der FEIERABEND! schon mehrmals ausverkauft war. Verliebte Streik-Pärchen können hier ihren Haloumi kalt werden lassen. Also kann der Frühling ja mit all seinen Nebenwirkungen kommen! Her mit dem schönen Wetter.

Euer FEIERABEND!

montags
Demonstration gegen Sozialabbau
29. März, 18:00 Uhr vor der Nikolai-Kirche
...denn niemand braucht chefs

(Fortsetzung Seite 1: ***Prekärer Weihnachtsmarkt****)*

Wenn sie einen Tag ausgefallen wäre, hätte sie 150 Euro Strafe zahlen müssen.
Um das zu verhindern, ließ sich Anja daher einmal von ihrer Schwester vertreten. Von dem Verdienst von etwa 4 Euro pro Stunde BRUTTO (!) hat sie monatelang keinen Cent gesehen. Am Verkauf der angeblichen in Deutschland, aber in Wirklichkeit in Osteuropa[1] produzierten Ware bekam sie Provision. Aufgrund ihrer Sieben-Tage-Arbeitswoche sah Anja ihr Kind kaum noch und konnte nur wegen der längeren Öffnungszeiten im Hauptbahnhof ihre wöchentlichen Einkäufe erledigen. Und weil sie im Dezember gearbeitet hat, wird ihr vom Sozialamt der Sozialhilfesatz für Dezember einschließlich Weihnachtsgeld und anderer Zulagen entzogen. Im Grunde wäre es egal, ob Anja ihre Arbeitskraft verkauft hätte oder nicht. Das Einkommen hätte in etwa die selbe Höhe gehabt.

Das ist kapitalistischer Alltag für eine immer größere Anzahl Menschen in den „reichen" Industrieländern. Das ist Alltag für die meisten Menschen im größten Teil dieser Welt. Und mit den verschärften Drohungen gegen Schwarzarbeit wird es auch hier in der „Ersten Welt" in Zukunft für sozialschwache Menschen noch schwieriger sein, ein menschenwürdiges Einkommen zu haben.
„Damit es allen besser geht, müssen wir unsere Freiheit noch mehr einschränken" könnte der Slogan der neoliberalen Weltordnung lauten.

(Dawn, mit Unterstützung von Anja, bei der ich mich nochmals bedanke. Name geändert.)

[1] Dies soll nicht so verstanden werden, dass ich den „Standort Deutschland" bevorzuge. Standortdenken ist immer und überall problematisch.

LVB

Am 25. Februar 2004 wurde verlautbart, dass die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) zum 1. August des Jahres erneut, wie vor zwölf Monaten, die Fahrpreise um etwa fünf Prozent anzuheben gedenken; um Zuschusskürzungen (zum Ausbildungsverkehr) in Höhe von fünf Millionen Euro zu kompensieren. Dieses Mal sollten wir's nicht so einfach durchgehen lassen wie 2003, auch wegen der Frechheit des Geschäftsführers Hanss, die Solidarität aller Fahrgäste einzufordern ...sachdienliche Anregungen finden sich in *Fa! #10.*

Besitzen und Kontrollieren

Eine neue Kampagne gegen Videoüberwachung in Leipzig gestartet

Gern sonnt sich die Stadt Leipzig im Ruhm, Ausgangsort der „friedlichen Revolution“ gegen einen Unterdrückungs- und Überwachungsapparat zu sein. Unter ÜberwachungskritikerInnen ist sie jedoch, scheinbar ganz gegensätzlich, als eine der führenden Städte in Sachen Videoüberwachung - neben Mannheim, Stuttgart, Heilbronn - bekannt. Dieser zweifelhafte Ruhm gründet im Pilotprojekt der polizeilichen Videokontrolle des öffentlichen Raums, dessen Ausgangsort 1996 die Richard-Wagner-Strasse am Leipziger Innenstadtring wurde. Dieses Projekt hat mit der erneuten Installation einer Kamera am Connewitzer Kreuz im Frühjahr 2003 eine Erweiterung und Aktualisierung gefunden. Diese Entwicklung wird flankiert von einem immer weiter um sich greifenden Kameraboom in Läden, in öffentlichen Einrichtungen, an Klingeln und Geldautomaten.

Im Gegensatz dazu sind kritische Stimmen gegenüber Video- und anderer Überwachung seit der Kampagne der AG Öffentliche Räume (2000) in Leipzig ziemlich verstummt. Diesen Mißstand nahmen wir zum Anlaß, überwachungsablehnende und –kritische Stimmen wieder öffentlich zu machen.

„Ich habe ja nichts zu verbergen“

Kritik an Videoüberwachung gibt es aus vielen Richtungen. Zum einen gibt es keine Erkenntnisse, dass Kameras ihr vorgebliches Ziel, nämlich Verbrechen zu vermeiden, erfüllen. Sie verdrängen es lediglich in nicht überwachte Bereiche. Diese Analyse bietet zwei Auswege an: entweder lückenlose Überwachung oder die Lösung der Probleme, die hinter den „Verbrechen“ stehen. Meist handelt es sich bei diesen um Armut, Migration, Drogenkonsum oder einfach anderes Aussehen. Entscheiden Sie selbst…

Ein weiteres Argument gegen Videoüberwachung ist die Gefährdung der Grundrechte, die den Bürgern ein gewisses Maß an Freiheit gegenüber dem Staat gewähren sollen. Zu diesen gehört beispielsweise das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die generelle Unschuldsvermutung. Doch so etwas kennt die Videotechnik nicht. Im Blickfeld einer ständig installierten Kamera ist prinzipiell jedeR verdächtig. Mit ihrer Hilfe werden nicht nur straffällig Gewordene verfolgt, sondern ein Klima der Kontrolle erzeugt, dass zur Normierung des Verhaltens führt. Zum Verbotenen zählen für gewöhnlich langes Herumsitzen ohne zu konsumieren (Herumlungern, „nichtbestimmungsgemäßes Verweilen“), Betteln, Rollschuhfahren, fliegender Handel, Alkoholkonsum, Verteilen von Handzetteln (Ausübung von Meinungsfreiheit!) u.v.m.

Mag sich heute noch jemand trösten, dass den Datenberg, den Kameras anhäufen, niemand überblicken kann, die Überwachung also ihre Schlupflöcher hat, dann sei er/sie gewarnt vor der nächsten Generation. Sind die meisten Kameras heute schon 360° schwenkbar, farbig und hoch auflösend, teilweise mit Restlichtverstärkern und Bewegungsmeldern ausgestattet, gehört die Zukunft „Thinking Cameras“ und „Algorythmic Surveillance“. Hier erlaubt es die Kombination aus Software, Biometrik und Videotechnik, aus großen Menschenmengen bestimmte Personen bzw. verdächtiges Verhalten herauszufiltern und aufzuzeichnen. Schon heute können in britischen Städten Menschen lückenlos durch das ganze Stadtgebiet verfolgt werden.

Der Urgrund der Überwachung und die Legitimierung für die weitaus meisten Kameras ist die gesellschaftliche Verteilung des Eigentums. Wer über Eigentum verfügt, hat das Bedürfnis dieses vor dem Zugriff durch dritte zu schützen und den Gebrauch zu regulieren. Eigentum an und Kontrolle von Raum bedeutet Kontrolle über das gesellschaftliche Leben, Kontrolle der Menschen, die diese Räume nutzen. Videoüberwachung ist ein Symptom für die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft – wer nichts hat oder sich nicht genehm verhält, wird kontrolliert und normiert.

Der Videokamera-Stadtplan

Die Grundlage unserer Arbeit sollte ein möglichst genaues Bild der Videoüberwachung vor Ort sein, weshalb wir uns entschlossen, - in guter alter Tradition der NYC Surveillance Camera Players - einen Kamerastadtplan der Leipziger Innenstadt zu erstellen. Die so erhaltenen Zahlen übertreffen selbst unsere schlimmen Erwartungen: 194 Kameras überwachen allein Strassen, Passagen u.a. öffentliche oder halböffentliche Plätze.

Exzessive Ausmaße nimmt die Videoüberwachung in Innenbereichen an, die eine quasi-öffentliche Nutzung erfahren. So kommen allein im Bahnhof nochmals 106 Kameras in den verschieden Verkaufsräumen dazu. Insgesamt zählten wir 408 Kameras in Innenbereichen von Kaufhäusern, Supermärkten, Läden und Banken. Mit ziemlich großer Sicherheit gehen wir davon aus, dass das nicht die vollständigen Zahlen sind. Mensch denke z.B. an die vielen verspiegelten Flächen in

Bereits gelaufene Aktion

7. Oktober 2003. Verleihung des „1. Leipziger Erich-Mielke-Gedächtnis-Preises“:
Gewinner in der Kategorie „Ironie der Geschichte“ - das Stasi-Museum „In der runden Ecke“.
Der Leipziger Hauptbahnhof erhielt die Auszeichnung in der Sparte „Planübererfüllung“.
Als Sieger in der Kategorie „Wissenschaftlich-Technischer Fortschritt“ bekam die Leipziger Polizei den Preis für die modernste Kameratechnik mit der besten Flächendeckung.

Seit Januar werden auch an vielen öffentlichen Orten die Kamerapläne der Leipziger Innenstadt aufgehängt.

Weiter geplant

Stadtführungen, die nie das Blickfeld einer Kamera verlassen.

Atomare Altlasten

[**Sachsen, Rossendorf**]: Im Atomforschungszentrum Rossendorf, ca. 12 km vom Dresdner Stadtzentrum entfernt, wurde 1957 der Kernreaktor RFR in Betrieb genommen; ein Entsorgungskonzept für den anfallenden Atommüll gab es nicht. Neben der Nutzung zu Forschungszwecken (u.a. Forschungen für Atomkraftwerke) diente der Reaktor der radioaktiven Bestrahlung von Ausgangsstoffen für die Produktion von radioaktiven Isotopen. 1991 wurden die industriemäßige Isotopenproduktion und der Reaktorbetrieb eingestellt; 1993 mußte die Sächsische Staatsregierung die endgültige Stillegung des Reaktors beschließen: der Reaktor war nach westdeutschem Recht nicht genehmigungsfähig. Sämtliche genutzten Brennelemente („abgebrannte") der 34-jährigen Betriebszeit des Reaktors lagern noch in Rossendorf (951 Stück) in einem Naßlager, dass seit 1996/97 durch eine CASTOR-Halle (40 Millionen Euro) ergänzt ist. Das hochradioaktive Material soll nun nach den Wünschen der sächsischen Landesregierung und des betreibenden Vereins für Kernverfahrenstechnik und Analytik e.V. (VKTA) erst in CASTOREN des Typs MTR-2 umgelagert und dann über die Straße in die CASTOR-Halle in Ahaus (NRW) transportiert werden. Die Genehmigungen des Bonner Umweltministeriums zum Transport und zur Einlagerung in Ahaus stehen noch aus.

Verschiedene kritische Bündnisse und Gruppen in NRW und Sachsen glauben jedoch, dass dieses Verfahren schon im Frühjahr positiv beschieden werden könnte und bereiten deshalb gegenwärtig den Widerstand gegen den Straßentransport vor. Das Hauptargument der sächsischen Landesregierung liegt im Kostenfaktor, wobei sich das NRW-Parlament zu fragen beginnt, was den NRW von solch einer Verschiebeaktion hätte, außer den Hauptkosten des Transportes. Immerhin aber hat Ahaus eine Lizenz zur Zwischenlagerung, Rossdorf nicht... Das Hickhack um Lizenzen und Genehmigungen, die enormen Kosten, die allgemeine Willen- und Konzeptlosigkeit der Landesregierungen, der Plan schließlich, einen CASTOREN-Konvoi auf der Straße mitten durch Deutschland zu dem immerhin 600 km entfernten Ahaus zu führen, ohne sichtlichen Sicherheitsgewinn - all dies zeigt, die atomare Technik ist nicht zukunftstauglich und das Problem viel zu gefährlich, um es im politischen Alltag vor sich her zu schieben. Verlaßt die laufenden atomaren Anlagen! Geht auf die Straßen! Blockiert die Atomindustrie und ihre Interessen! Wehrt Euch gegen das Anwachsen des Atommüllberges und gegen die kurzsichtigen Lösungen zu dessen Lagerung! Macht Druck auf die entscheidungstragenden PolitikerInnen! Und seid solidarisch. (clov)

Weitere Informationen u. a.: www.uwg-ahaus.de +++ www.x1000malquer.de +++ www.castorstopp-dresden.de

Fortsetzung von S.3. (Besitzen und Kontrollieren)

den Konsumzonen oder an die immer öfter als Bewegungsmelder und Lampe verkleideten Kameras. Einen Überblick über die Kameras in den Straßenbahnen der LVB konnten wir uns noch nicht verschaffen. Die Kameras, die an Bankautomaten jedeN NutzerIn registrieren wurde gar nicht erst gezählt.

In unserem Ansatz unterscheiden wir uns von manchen anderen Initiativen gegen Videoüberwachung. Aus gewichtigen Gründen thematisieren wir nicht nur Kameras, die den öffentlichen Raum scannen, denn: Alle Kameras haben normierenden Einfluss auf das Verhalten der Personen im überwachten Raum. Alle Kameras können personenbezogene Daten sammeln, die der Kontrolle der überwachten Person entzogen sind – was der informationelle Selbstbestimmung zuwiderläuft. Die Polizei kann bei Ermittlungen auf Daten privater Überwachungssysteme zurückgreifen. Die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Raum sind diffus. Der Hauptbahnhof bspw. ist Privatgelände mit öffentlicher Bestimmung, die Peterhofspassage ist privat. Die Privatisierung öffentlicher Räume erweist sich geradezu als Strategie, immer schärfere Kontrollmaßnahmen durchzusetzen. Die relativ kostengünstige Kameratechnik ermöglicht auch exzessive Überwachung von Orten für die Wachpersonal z.B. zu teuer oder überflüssig wäre – und damit eine immense Zunahme an Kontrolle. Nicht zuletzt, das zeigen unsere Zahlen, ist private Videoüberwachung gerade ein Bereich, der sich der öffentlichen Kontrolle (Datenschutz) auf besondere Weise entzieht. Das alles heißt jedoch nicht, das es keine immensen Unterschiede zwischen den verschiedenen Kameras gibt, etwa zwischen einer Kamera, die den Zugang zu einem Mietshaus kontrolliert, und einer Polizeikamera, mittels derer ganze Plätze kontrolliert werden. Aus diesem Grund achteten wir auf eine hohe Differenzierung bei der Kartographie der Kameras.

http://leipziger-kamera.cjb.net

Gesellschaft für eine lustigere Gegenwart und Bündnis gegen Krieg

Schützt die Vermieter!

Ab sofort wird der freie Wohnungsmarkt im Osten noch „freier". Bisher galt, dass sogenannte Verwertungskündigungen verboten sind, um Mieter im Osten vor einem Aufkauf und Rausschmiß aus ihren Wohnungen zu schützen. Nun, da 1,3 Mio. Wohnungen im Osten leerstehen, ist dies nicht mehr von Nöten. Der Bundesrat, der das Gesetz verabschiedete erklärte, man müsse bei soviel Leerstand die Mieter nicht schützen, sondern die Vermieter, die unter den Betriebskosten litten, die sie auch für leerstehende Wohnungen in einem Haus zu zahlen haben.

Die Initiative zur Rücknahme des Schutzes der ostdeutschen Mieter ging von Sachsen und Sachsen-Anhalt aus, Thüringen unterstützte das Ansinnen. Auf den einfachen Gedanken, dass es einen Zusammenhang zwischen niedrigen Mieten und niedrigen Löhnen gibt, scheint kein Abgeordneter gekommen zu sein.

Dafür hatten sie aber noche eine andere nette Idee: ostdeutsche Wohnungsunternehmen müssen, wenn sie sich bis Ende Juni 2006 mit einem anderem Unternehmen zusammenschließen, keine Grunderwerbssteuer zahlen. Ein netter Zug... (hannah)

Streit um den Synagogenbau im Waldstraßenviertel

Anwohner klagen gegen den Bau eines jüdischen Gemeindezentrums im Waldstraßenviertel. Sie argumentieren, der Bau eines solchen Zentrums stelle ein Sicherheitsrisiko sowie eine Wertminderung für ihr Eigentum dar.

Seit dem Jahr 2002 plant die israelitische Religionsgemeinde Leipzig den Neubau eines Gemeindezentrums mit integrierter Synagoge im Ariowitsch-Haus. Das Haus ist ein ehemaliges jüdisches Altenheim und wurde nach der Zwangsräumung in der Nazizeit bis in die 90er Jahre als städtisches Seniorenwohnheim genutzt. Seit 1996 steht es leer und wurde der Israelitischen Gemeinde Leipzigs zurück übertragen. Diese wuchs in den letzten Jahren stark an, so dass größere Räumlichkeiten benötigt wurden.

Daher stellte sie einen Bauantrag zum Umbau des Ariowitsch-Haus. Die Baupläne sehen einen unterirdischen Versammlungs- und Synagogenraum vor. Das gesamte Projekt kostet etwa vier Millionen Euro. Davon übernehmen die Stadt Leipzig und das Land Sachen den größten Teil, 800.000 muss die jüdische Gemeinde selbst tragen, wovon sie schon 200.000 erbracht hat.

Der Bauantrag wurde trotz Widersprüchen der Anwohner genehmigt, welche daraufhin Klage gegen die Baugenehmigung erhoben. Doris Benner, Vorstandsmitglied des Fördervereins für den Synagogenbau, sagte hierzu: „offenbar befürchten die Anwohner einen Wertverlust ihrer Objekte durch religiöse Nutzung nebenan". Außerdem wird in der Klageschrift argumentiert, dass die Sicherheit der Anwohner nicht mehr gewährleistet werden könne, wenn sich in der Nachbarschaft eine jüdische Gemeinde befände.

Die Klagen bedrohen nun unabhängig vom Ausgang des Verfahrens das gesamte Projekt. Denn ein Großteil der zugesagten Förderungen verfallen, wenn nicht bis Ende 2004 mit dem Bau begonnen wird. Ob die Klage bis dahin schon entschieden ist, erscheint aber ungewiss.

Die jüdische Gemeinde Leipzig äußerte sich zu den Anklagen nicht. Eben sowenig berichtete die Leipziger Lokalpresse über den Streit. Erst der Leipziger Pfarrer Christian Wolff machte die Sache öffentlich. Wolff wirft den Klägern vor, sich mit ihren Argumentationen in der „trüben Tradition des Antisemitismus" zu bewegen. Es sei ein Unding, Juden als Sicherheitsrisiko zu bezeichnen, nur weil deren Einrichtungen vor möglichen Angriffen geschützt werden müssten.

Reaktionen auf die öffentliche Kritik gab es nur in den überregionalen Medien und vom „Bürgerverein Waldstraßenviertel". Dieser kritisierte die öffentliche Stellungnahme des Pfarrers.

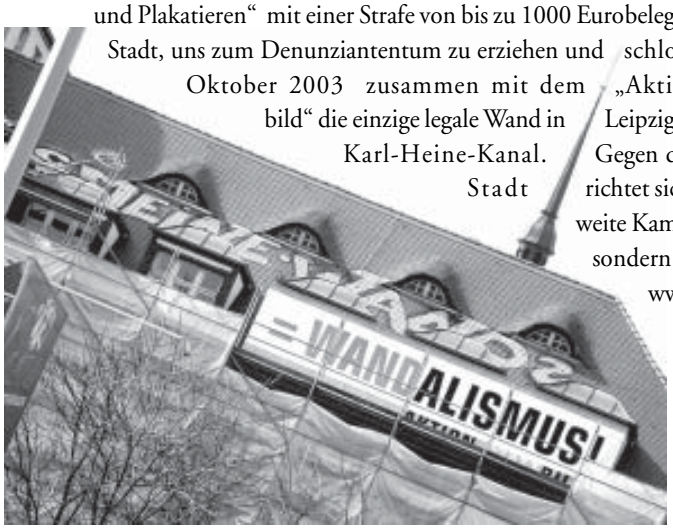
(Freitag)

kommentar.

Hier werden Opfer zu Tätern gemacht. Nicht die jüdische Gemeinde ist das Sicherheitsrisiko, sondern die antisemitischen Schläger! Auch die Förderung des Neubaus durch Stadt und Land ist zu begrüßen, profitieren sie doch bis heute von den illegalen Enteignungen jüdischen Eigentums in der Nazizeit. Das beste Beispiel ist das Haus Ariowitsch selbst. Es wurde in der Nazizeit enteignet und diente der Stadt Leipzig bis in die 90er Jahre als Seniorenwohnheim. Stadt und Land haben sich bei den bisherigen Planungen als sehr kooperativ erwiesen. Um so erstaunlicher erscheint da die deutliche Zurückhaltung der Lokalpolitik was die jetzigen Klagen betrifft. Auffällig ist auch das Schweigen der LVZ und anderer Lokalmedien zum Thema. Wo ein klarer Aufschrei nötig wäre, herrscht gähnende Leere. Will man sich die Chancen für die Olympiabewerbung durch eine öffentliche Antisemitismusdebatte nicht noch weiter erschweren? Hat hier der lokalpatriotische Mief gesiegt? Freitag

One Family? Ohne Graffiti

Die Stadt Leipzig legt sich schon seit einer geraumen Weile mit den Graffiti-Sprayern an. Bereits September 2002 wurde das „unerlaubte Beschriften, Bemalen, Besprühen und Plakatieren" mit einer Strafe von bis zu 1000 Eurobelegt. Seitdem versucht die Stadt, uns zum Denunziantentum zu erziehen und schloß schließlich am 20. Oktober 2003 zusammen mit dem „Aktionsbündnis STATTbild" die einzige legale Wand in Leipzig, die „Wall of Fame" am Karl-Heine-Kanal. Gegen dieses Vandalentum der Stadt richtet sich nicht nur die leipzigweite Kampagne „Meine Wand?", sondern auch die Internetseite www.profame.de.



Eine Olympiabewerberstadt hat scheinbar keinen Platz für Normabweichungen. Die olympische Familie soll sauber bleiben.

Mit Kanonen auf Spatzen

Dresdner Staatsschutz ermittelt gegen die Kampagne DRESDEN.UMSONST

Seit einigen Monaten ermittelt der Dresdner Staatsschutz wegen schweren Hausfriedensbruchs gegen die Kampagne DRESDEN.UMSONST, die sich mit künstlerischen Ausdrucks- und Interventionsformen gegen räumliche und soziale Ausgrenzung wendet.

Angefangen hatte alles mit einer Aktion in der Altmarkt-Galerie, die untersuchen sollte, inwieweit Handlungen, die im öffentlichen Raum früher selbstverständlich waren, wie Tanzen, Betteln, musizieren, Karten spielen, Auf-den-Boden-sitzen und das Trinken von Alkohol, in angeblich multifunktionalen Einkaufszentren noch möglich sind. Mit dieser Aktion sollte gegen die räumliche Ausgrenzung von "abweichenden" Verhaltensweisen protestiert werden.

Am 14. September gingen dann AktivistInnen der Kampagne DRESDEN-UMSONST im städtischen Arnhold-Bad schwimmen. Mit Luftballons, Handzetteln, Musik, UMSONST und ohne zu bezahlen. Ein paar Wochen später fand eine weitere Aktion statt: BUS UND BAHN FREI. Offen und in Gruppen wurde Straßenbahn gefahren. Nicht schwarz, sondern UMSONST. Im November dann führte DRESDEN.UMSONST einen szenischen Dialog im Theater Junge Generation vor ca. 350 Jugendlichen auf, in dem die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen thematisiert wurde.

Die Kampagne DRESDEN.UMSONST will mit ihren symbolischen Aneignungen deutlich machen, dass bestimmte soziale Bedürfnisse keinen Luxus darstellen, der zur Disposition gestellt werden kann, sondern zum Leben dazugehören. DRESDENUMSONST will dabei neue Wege beschreiten, um politische Inhalte mit künstlerischen Ausdrucksformen zu verbinden.

Diese Form politischen Protestes wird jetzt kriminalisiert.

Nach der 15 minütigen Aktion "Heute FREIbaden" wurden vier Personen von Polizeibeamten festgehalten, ihre Personalien aufgenommen und Fotomaterial beschlagnahmt. Was sich anfangs als polizeiliches Routinehandeln ausnahm, stellte sich im Nachhinein als Ermittlungsmaßnahme der Abteilung des Staatsschutzes der Dresdner Polizei dar. Und die wollen es ganz genau wissen. Mittlerweile wird nicht nur gegen die vier Festgenommenen wegen schweren Hausfriedensbruchs ein Verfahren geführt, sondern auch gegen MitarbeiterInnen und KünstlerInnen des Kunstprojektes DRESDENPostplatz. Ende des Jahres schickte der Staatsschutz an alle Beschuldigten eine Vorladung zur Vernehmung heraus, in der auch eine erkennungsdienstliche Behandlung angedroht wurde, die das Anfertigen von Portraitfotos und die Abnahme von Fingerabdrücken beinhaltet.

Die Ermittlungsmaßnahmen des Staatsschutzes machen aber nicht bei den Beschuldigten halt, sondern erstrecken sich auf alle und alles, was sie mit DRESDEN.UMSONST in Verbindung bringen. So wurde die Kuratorin des Kunstprojektes DRESDENPostplatz, die aus dem Schwimmbad als Journalistin berichtete, von Beamten des Staatsschutzes über drei Stunden lang verhört. Ebenso wurden an den Redakteur der Radiosendung, der über die Aktion berichtete, und den Lizenznehmer des Veranstaltungs- und Kunstsenders DRESDENPostplatz Zeugenvorladungen verschickt. Sogar per Telefon wird damit gedroht, die Beschuldigten zuhause aufzusuchen, um sie zwangsweise für eine erkennungsdienstliche Behandlung vorzuführen.

Wir müssen zugeben, dass wir über den Umfang der staatlichen Repression überrascht sind. Was sich anfangs lediglich als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für tätigkeitslose StaatsschützerInnen darstellte, entpuppt sich als gezielte Kriminalisierung sozialen Protestes. Sie meinen es wirklich ernst. Das bedeutet aber auch, dass wir mit unseren Aktionen den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Der Umfang des Abbaus sozialer und kultureller Leistungen und die damit verbundene Ausschließung von Teilen der Bevölkerung macht sich nicht nur an der Gesundheitsreform, den Hartz- und Rürup-Gesetzen deutlich, sondern auch an dem geplanten Sparhaushalt der Stadt Dresden. Proteste dagegen werden als so gefährlich angesehen, dass der STAATSSCHUTZ ermittelt. Dabei stellen symbolische Aneignungen und temporäre Besetzungen keinesfalls Interventionsformen dar, die ungewöhnlich oder kriminell sind, sondern gehören schon immer zum Repertoire politischen Protestes und künstlerischer Auseinandersetzung, wie die derzeitigen Aktionen der Studierenden in Hamburg, Berlin und Sachsen deutlich machen.

Besondere Brisanz erfahren die Ermittlungen des Dresdner Staatsschutzes aber nicht nur dadurch, dass die Anfertigung von Lichtbildern und die Abnahme von Fingerabdrücken als geeignete und

verhältnismäßige Maßnahmen wegen 15minütigen UMSONSTBadens angesehen werden, sondern dass auch versucht wird, Journalistinnen und Journalisten, die ihrer Berichtspflicht nachkommen, in die Nähe von Mitwissern zu drängen. Oder wurde schon mal der Sendeleiter des MDR von der Polizei vorgeladen, weil er von Besetzungsaktionen Leipziger Studierender berichtet hat? Damit wird deutlich, dass es nicht darum geht, Informationen für einen etwaigen Prozess zu sammeln, sondern Menschen mit eigenen Ideen und ihr soziales Umfeld auszuforschen.

Wir sehen diese Ermittlungen des Dresdner Staatsschutzes nicht nur als Maßnahmen gegen DRESDEN.UMSONST, sondern gegen alle, die sich gegen den zunehmenden Sozialabbau gewehrt haben und auch weiterhin wehren wollen. Mit der Anfang des Jahres in Kraft getretenen AGENDA 2010 und den anstehenden Kürzungen im Kultur- und Sozialhaushalt der Stadt Dresden nehmen der Unmut und die Unzufriedenheit weiter zu. Welcher Ausdrucks- und Interventionsformen sich dabei bedient werden kann, ist noch offen. Wenn es dem Dresdner Staatsschutz gelingt, symbolische Aneignungen zu kriminalisieren, werden Formen zivilen Ungehorsams kaum noch möglich sein. Es geht also nicht nur um DRESDEN.UMSONST, sondern um die Zukunft des sozialen Protestes und Widerstandes und die möglichen Formen politischer Auseinandersetzung. Daher rufen wir alle auf, sich mit der Kampagne DRESDEN.UMSONST zu solidarisieren und sich gegen die Kriminalisierung durch den Dresdner Staatsschutz zu wenden.

Karen Pietscher

Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis heute

Noch immer sind 60-65 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse Normalarbeitsverhältnisse, definiert als unbefristete und sozial- wie arbeitsrechtlich abgesicherte Vollzeitbeschäftigung. Doch wer denkt, bereits die Form Normalarbeitsverhältnis biete Schutz vor Verarmung und Niedriglohn, sollte sich die unterschiedlichen Branchen und Regionen anschauen.

„Die Köchin, die Putzfrau und der Wachmann“: in dieser ZDF-Sendung wurden am 2. September 2003 drei entsprechende ArbeiterInnen aus Berlin vorgestellt, unter dem Motto: "Viel Arbeit für wenig Geld". Sie verdienen zwischen 6 und 8 Euro in der Stunde, machen Schicht- und Wochenendarbeit und kommen mit diversen „Nebenjobs“ auf eine 60h-Woche. Ihre Hauptjobs sind Vollzeitbeschäftigungen, bezahlt nach Tarif, mit Kündigungsschutz. Dass eine Vollzeitbeschäftigung zu Tariflohn nicht nur in Ausnahmefällen keine Existenzsicherung bietet, zeigen folgende Zahlen: 1999 verdienten 36 Prozent aller Beschäftigten weniger als 75 Prozent des Durchschnittslohns (...), 12 Prozent bekamen weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns (das sind dann 800-900 Euro netto). Etwa ein Drittel aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten aus den Kernbereichen des tarifvertraglich abgesicherten Normalarbeitsverhältnisses gehören zum sogenannten Niedriglohnsektor: Verkäuferinnen, Putzfrauen, Wachleute, LandarbeiterInnen, Beschäftigte in Kleinstbetrieben.

Im Jahr 2002 betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld 737 Euro, ca. ein Drittel der ALG-BezieherInnen hatte weniger als 600 Euro. Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe lag bei 522 Euro: diese Zahlen weisen auf das frühere Lohnniveau der heutigen Arbeitslosen hin (...).

„Das geltende Tarifvertragssystem ist äusserst flexibel ... Die Gewerkschaften haben ... Abweichungen von bestehenden Tarifverträgen vielfach zugestimmt, wenn dadurch Beschäftigung gesichert und Unternehmen in wirtschaftlicher Not geholfen werden konnte.“ (aus einer Anzeige von „Betriebs- & Personalräten für den Erhalt der Tarifautonomie“, September 2003).

Circa 35 Prozent aller Betriebe haben bisher Öffnungsklauseln der Flächentarifverträge genutzt: variable/verlängerte/verkürzte Arbeitszeiten, niedrigere Einstiegslöhne, Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Jenseits der Löhne haben sich auch die anderen Rahmenbedingungen des Normalarbeitsverhältnisses verändert: nur noch 65 Prozent aller Beschäftigten waren im Jahr 2001 tarifgebunden, 1996 waren es noch 70 Prozent. 58 Prozent hatten keine festen Arbeitszeiten mehr, sondern waren mit Arbeitszeitkonten oder Ähnlichem konfrontiert. Fast jede/r zweite Beschäftigte (47 Prozent; 1991 waren es 42 Prozent) muss inzwischen Wochenend-, Schicht- oder Nacharbeit leisten.

Der Kündigungsschutz spielt in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle. (Gerade eben wurde die Mindestbeschäftigtenzahl der Betriebe, für die er gilt, wieder auf über zehn verdoppelt). Er gilt grundsätzlich nach sechs Monaten im unbefristeten Arbeitsverhältnis. Selten wird ein Entlassener wieder eingestellt, sondern der Beschäftigungsanspruch wird mit Geld abgegolten. Der Unternehmer muss, wenn er aus betrieblichen Gründen entlassen will, eine soziale Auswahl unter den Beschäftigten treffen. Existiert ein Betriebsrat, werden Massenentlassungen ausgehandelt. Je älter, je mehr Unterhaltspflichten und je länger im Betrieb, desto teurer wird eine Entlassung. Dabei ist in Deutschland keine Abfindung vorgeschrieben; Entlassene müssen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung klagen. War die Kündigung nicht gerechtfertigt, erhalten sie eine Abfindungszahlung, andernfalls nicht.

aus: Wildcat, Nr. 68, Januar 2004, S. 47

P.S.: Wer eine Abfindung einklagen will, muss dies innerhalb von drei Wochen nach Erhalt der Kündigung tun. Nach Ablauf der Frist wird die Klage nicht mehr zugelassen. Also, lieber vorsorglich klagen. Kommt doch eine Abfindung, kann man die Klage, bei den langen Bearbeitungsfristen der Gerichte, ohne Kosten zurückziehen.

Tatort München - Die Sicherheitskonferenz

Und wieder eine Stadt im Ausnahmezustand, diesmal ist es München. Kriegsstrategen und Rüstungslobbyisten aller führenden Nationen treffen sich im „Hotel Bayrischer Hof", um globale Militäreinsätze der nächsten Jahre zu planen und die laufenden irgendwie aus dem Guerilla-Schlamassel zu bringen.

„Deutsche Interessen werden auch am Hindukusch verteidigt." Struck

Wenn es einen Konsens der Veranstaltung gibt, dann den, dass weiter angegriffen werden muss. Ohne dauernde militärische Interventionen sind Renditen immer weniger zu haben. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation gilt: Krieg ist Geld. Und auf Geld kommt es schließlich an. Wo die nächsten Bomben fallen und wer wie an welchem Konflikt verdient, darum geht es in München.

„Was das Weltwirtschaftsforum in Davos für die Spitzenvertreter der internationalen Wirtschaft ist, ist die Sicherheitskonferenz (...) für die Repräsentanten der strategischen Gemeinschaft."
Horst Teltschik, Organisator

Eine Konferenz, die sich mit den Attributen „Frieden" und „Sicherheit" schmückt und bei der gleichzeitig eine klare Kontinuität zum altdeutschen Militarismus besteht. Wurde sie doch 1962 von ehemaligen Nazi-Generälen zusammen mit den NATO-Staaten als „Wehrkundetagung" ins Leben gerufen. Von Anfang an ging es um strategische Aufrüstung und die Verankerung des Militärs in den westlichen Gesellschaften. Nur einige der dort diskutierten und beschlossenen Themen sind etwa die Neutronenbombe, die „Nachrüstung", der atomare Erstschlag und, als aktuellste Erfindung, der Präventivkrieg. Ebenso zeitgemäß präsentieren sich auch die Organisatoren: Seit 1998 ist es die Quandt-Stiftung von BMW, einem direkt in Kriege involviertem Rüstungskonzern, die die Konferenz des weltweiten Durchgriffs moderiert.

Überall sollen Ordnung, Frieden und vor allem Sicherheit *herrschen.*

Vielen Dank.

Mehr als genug Gründe also für ein breites Bündnis kriegskritischer Menschen – von Friedensgruppen bis Autonomen – eine internationale Mobilisierung zu starten. Erklärtes Ziel ist die Verhinderung der Konferenz.

„No pasaran! - Sie kommen nicht durch!"
www.no-nato.de

Problematisch erweist sich das Vorhaben wie üblich durch die nationale Mobilisierung von Bereitschaftspolizei und Sondereinsatzkommandos. Über 4000 Uniformierte sind angereist um die Sicherheit der Sicherheitsexperten zu gewährleisten. Und so füllen sich die Münchner Gefängnisse bereits am Freitag durch den interessanten Grundsatz der Polizei, ein „freies Vagabundieren potentieller Gewalttäter" müsse „präventiv verhindert" werden. Verdächtig aussehende Personen werden also schon vorher festgesetzt, zum Beispiel beim Einkaufen. Um 16 Uhr beginnen die Kundgebungen rund ums Tagungsgelände, allesamt schwer bewacht, praktisch eingekesselt. Einige Entschlossene versuchen trotzdem, Straßen zu blockieren, was von der Polizei als Eskalation bewertet wird. Willkürliche Festnahmen provozieren Gegenwehr und weitere Zugriffe. Besonders Zivilbeamte tun sich durch Hooliganverhalten hervor – viele DemonstrantInnen gehen durch Knüppelschläge zu Boden, werden zusammengetreten und finden sich mit einer Anzeige in der Sammelzelle wieder. „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Eingriff in den Straßenverkehr" sind von Münchens Polizeichef einfach als „Straftat" definiert worden. Resultat ist ein Wochenende Knast. Insgesamt werden 266 Leute arrettiert.

Bei ihrer Suche nach Rädelsführern hat die Obrigkeit den IMi*-Aktivisten Tobias Pflüger ausgemacht. Der Tübinger wird nach einer Kundgebung angegriffen und am Genick verletzt.

Zweite Runde: Samstag, Großdemonstration. Etwa 10.000 Menschen ziehen mit guter Stimmung durch die Stadt. Es ist laut, die Musik fetzig und es bleibt die Frage offen, ob mehr „Hoch-die-Inter-" oder Antinationale" gebrüllt wird. Die Polizei lässt von Anfang an keinen Zweifel zu, wer das Gewaltmonopol innehat. Mit absurden Auflagen wie „Fahnen müssen parallel zum Zug getragen werden" und der Forderung nach einer „Teilnehmerliste" macht sie sich allerdings eher lächerlich, was von den VeranstalterInnen auch so formuliert wird.

Gegen die Übermacht in Grün-Weiß ist allerdings von vornherein nichts auszurichten und so ziehen viele „potentielle Gewalttäter" in die Fußgängerzone. Auf dem Marienplatz eskaliert die Lage durch eine radikale Polonese: *„Hüpfen für den Frieden."* Beim Zugriff der Polizei ist der Tumult schon lustiger und unkontrollierter. Auch PassantInnen missfällt denn auch die offen zuschlagende Obrigkeit, viele solidarisieren sich verbal mit den Protesten.

Gegen Abend ist es dann wieder ruhig in München. Abgesehen von einigen Schaufensterscheiben erholen sich alle Beteiligten. (soja)

* IMi = Informationsstelle Militarisierung

Denkmal

In jüngster Zeit wird häufig auf eine Ursache des geringen Wirtschaftswachstums hingewiesen. Der Binnenkonsum ist zu gering. Was ist das für eine Wirtschaft, die krankt, weil zu wenig konsumiert wird? Der Reihe nach:
Die Menschen arbeiten, um zu leben. Man kocht, weil man etwas essen will. Niemand ißt, um hinterher endlich wieder Geschirr spülen zu können. Auf Leute, die behaupten (Lohn-)Arbeit mache Spaß und sie wüßten sonst nichts mit ihrer Zeit anzufangen, soll hier nicht eingangen werden.
Warum soll mehr konsumiert werden? Damit die Wirtschaft wächst. Warum? Damit Arbeitsplätze entstehen. Warum? Damit es Wohlstand für alle gibt. Was heißt das? Das alle konsumieren können. Wer Arbeitsplätze nicht als Wert an sich ansieht, kommt zu folgender Logik: Wir müssen heute mehr essen als gestern, damit wir morgen überhaupt noch etwas zu essen haben. Alles klar?
Der naive Geist mag sich sagen, wenn mehr Güter und Dienstleistungen produziert als konsumiert werden, warum müssen dann immer mehr Güter und Dienstleistungen produziert werden (denn nicht anderes bedeutet die Forderung nach längeren Arbeitszeiten und mehr Arbeitsplätzen). Gleichzeitig werden die Löhne gekürzt. Für das Gemeinwohl müssen wir alle den Gürtel enger schnallen. Wie jetzt? Fressen für's Gemeinwohl oder Gürtel enger schnallen?
Die Gesundheitsminister/innen der wirtschaftlichen Zentren klagen über das zunehmende Übergewicht unter „ihrer" Bevölkerung, während Millionen Menschen jeden Tag mit leerem Magen schlafen gehen. Gemeinwohl? Wohlstand für alle? Wohl kaum. Warum versorgen wir nicht alle Menschen mit genügend Lebensmitteln? Weil das der Wirtschaft schaden würde. Daß es der Wirtschaft gut geht, bedeutet nicht, daß es der Mehrheit der Menschen gut geht. Im Gegenteil. Warum zerbrechen wir uns also den Kopf „der Wirtschaft".

v.sc.d

Ooops, da hatten wir wohl zwei leere Spalten übersehen.
Um so besser. Platz für das neuartige Feierabendrätsel:

Vorsicht Kamera!

Du musst von A nach B.
Doch Achtung! Die Stadt ist voller Überwachungskameras, denen du lieber ausweichen solltest.
Die Kameras sind an den Seiten der Häuser (grau) befestigt und haben jeweils den Straßenabschnitt zwischen sich und dem Nachbarhaus im Visier, die Kreuzungen sind also sicher vor ihnen.
Um unbeobachtet durch die Straßen zu kommen, hast du einen Stadtplan. Die erste Zahl auf jedem Haus gibt an, wie viele unmittelbar angrenzende Straßen passierbar sind, die zweite Zahl bezeichnet die Anzahl der am Haus befestigten Kameras. Eine Kamera ist schon eingezeichnet.
Übrigens: man kann unbeobachtet von einer beliebigen Kreuzung zu jeder anderen kommen, allerdings nur auf einem bestimmten Weg.
Viel Glück! Und vergiss nicht, unterwegs die Buchstaben des Lösungsworts aufzusammeln.

				P						R
	2/0		2/1		2/2		2/2		3/1	
P		F				U		N		T
	3/1		3/1		2/1		2/0		2/1	
E				G		S		C		
	3/1		2/0		2/1		2/1		2/2	
		B				N		R		
	1/0		1/3		1/0		3/0		3/1	
T		A						E		H
	2/1		2/2		2/2		2/1		2/0	
		L		M				O		E

Lösung an Feierabend!, Biedermannstr.20, 04277 Leipzig
Der glücklichste Rätselfreak bekommt ein **Feierbabend! - T-Shirt !**

Da war doch noch etwas... lang, lang ist's her, dass unsere Rätselcommunity im Feierabendheft #10 aufgefordert war zwischen irgendwelchen Zahlen und Buchstaben eine Verbindung herzustellen. Denjenigen, die sich noch erinnern können, wollen wir die Lösung natürlich auf keinen Fall vorenthalten:

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
M	H	A	N	D	S	C	R	I	F	T	E	O	U	L	K	G	V

Und glücklicher Besitzer eines Direct-Action-Kalenders wurde: **Reiko**!

Vom konstruktiven Streik zur Streikpause

Zu der Zeit als wir mit Feierabend! 10 die StudentInnenbewegung vom November vorstellten und bei der bundesweiten Demonstration vom 13.12. eine Extrablatt verteilten, war in Leipzig noch tote Hose. Damals wußte noch niemand, ob es einen „Streik“ geben würde und wie er aussehen sollte. In unseren Köpfen spukten Fragen herum, wie: Inwieweit erkennen die Studierenden die Tragweite der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung, die zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung führt? Inwieweit können sie sich von ihrem Vorlesungs- und Klausuralltag lösen? Sind sie überhaupt in der Lage zu kämpfen oder kapitulieren sie bereits, bevor sie angefangen haben? Wird der Streik wie so oft zum Knallfrosch, zwei Wochen aktiv zu sein um danach in der Versenkung zu verschwinden oder Auftakt einer längerfristigen Organisierung?

Diese Fragen können wohl erst nächstes Semester beantwortet werden. Schließlich hat die letzte Vollversammlung der Studierenden eine Aussetzung des Streiks beschlossen. Am 14.4. wird eine erneute Vollversammlung über den weiteren Verlauf entscheiden.

Wie sind die hochschulpolitischen Rahmenbedingungen, in denen sich die Studierenden bewegen? Seit Jahren verschlechtern sich die Zustände an den Universitäten dramatisch, die stetig steigenden Studierendenzahlen fallen mit dem Rückzug des Staates aus der Bildungsfinanzierung zusammen: die Folge sind überfüllte Vorlesungen und Seminare, schlechte Ausstattungen der Bibliotheken, kein Geld für Exkursionen und neue Technik. Der letzte Paukenschlag war die Erhöhung des Semesterbeitrags auf 69 Euro um „die Essenspreise für Studierende stabil zu halten“.Ursache hierfür sind die Kürzungen des Freistaats Sachsen an den Zuschüssen, die voraussichtlich bis 2006 von derzeit ca. 2,1 Mio. auf 1,2 Mio. Euro sinken sollen (2001 noch 3,5 Mio.). Gleichzeitig werden allgemeine Studiengebühren immer wahrscheinlicher. Alle Studienbereiche sind bereits zugepflastert mit Gebühren: für Zweit- und Langzeitstudien (Zwangsexmatrikulation in Sachsen), für ausländische Studierende und Sprachkurse, Erwachsenen- und Fortbildung. Nur noch das Erststudium in der „Regelstudienzeit“ ist bisher aufgrund des Verbots im Hochschulrahmengesetz für Gebühren noch nicht zugänglich. Doch Bundesländer wie Sachsen und Bayern klagen beim Bundesverfassungsgericht gegen dieses Verbot mit der Begründung, daß Bildung Ländersache sei. Auch wenn es mancherlei Ausweichmanöver gibt, wird es, sollte dieses Verbot fallen, womöglich schon im Wintersemester Studiengebühren geben. Mit dem Propaganda-Terminus „sozialverträglicher Studiengebühren“ soll den Studierenden und allgemein der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut werden. Das Problem ist nicht nur die weitere Ausgrenzung der unteren Schichten von der Bildung. Der Bildungsbereich steht vor einer weitgehenden Verökonomisierung. Das heißt Bildung als Ware, die ihren Preis hat - sprich Studiengebühren. Doch kann Bildung überhaupt abgerechnet werden? Würde dies nicht der Vergewaltigung eines lebendigen kommunikativen Prozesses gleichkommen?

Ebenfalls im Wintersemester sollen alle Studiengänge auf BAchelor und MAster umgestellt werden. Hier gibt es noch Unklarheiten bei den Studierenden, dem Konzept werden positive Punkte abgerungen, wie der europaweiten Vergleichbarkeit. Vor lauter Konstruktivität wird vergessen, daß damit eine europaweite Zweiklassenhochschule kommt. Auch die derzeitigen Anpassungsprobleme werden irgendwann gelöst sein, dann steht für 80% der durchgeplante und mit wenig Freiräumen ausgestattete Regelabschluß Bachelor zur Verfügung, während die Elite einen wissenschaftlichen Abschluß machen darf. Eine Möglichkeit diese Quote zu erreichen, wären Studiengebühren für den Master, der auch als Zweitstudium interpretiert werden kann. Diesen Zweiklassenabschluß zu begrüßen verrät eine gehörige Portion Blindheit und zu meinen, man könnte dort mehr als kosmetisch mitwirken, Naivität und Unkenntnis der Kräfteverhältnisse. Die Rahmenbedingungen sind über Hochschulgremien nicht veränderbar.

Nimmt man noch andere Bausteine dazu, wie die Chipkarten, die auch zur Zugangskontrolle eingesetzt werden können, Hochschulgremien mit Wirtschaftsvertretern und nicht zu vergessen der abzusehende universitäre Konkurrenzkampf um den Status der Elituniversität, dann lässt sich das zurkünftige Hochschulmodell erahnen: eine Universität als Unternehmen, dem Rektorat als Führung[1], den DozentInnen und Hilfskräften als Lohnabhängige und den Studierenden als Kunden, deren Einfluß auf ihr Bares und die Ausfüllung von Fragebögen zur Evaluation beschränkt wird.

Diese Entwicklung ist nicht neu, bereits bei den Studierendenprotesten 2001 war sie absehbar. Es bleibt nicht mehr viel Zeit dem entgegenzutreten. Schritt für Schritt wird eine Verschlechterung nach der anderen durchgesetzt werden, wenn wir passiv bleiben. Und da die zugestandene Mitbestimmung und der kreativ-brave Protest bereits in den letzten Jahren nichts an der Situation geändert hat, sollten wir endlich mal das Selbstbewußtsein aufbringen NEIN! zu sagen und uns nicht weiter verarschen zu lassen.

KATER FRANCIS MURR

In den folgenden Artikeln werden wir uns mit wichtigen Spannungsfeldern des Januar-„Streiks“ beschäftigen: Medien, Repression, Radikalität und Selbstorganisierung.

(1) anlässlich einer Diskussionsrunde in ihrem Seminar äußerte sich die Prorektorin Schubert zur Legitimation des Rektorats dahingehend, daß schließlich auch niemand auf die Idee käme Unternehmensführungen abzuschaffen.

Eine Aktivistin kommt selten allein

oder: Es lebe der Ausnahmezustand!

dabei und aktiv sein

Zieht man die Studiproteste von 2001 gegen den Beschluß der heute noch andauernden Stellenkürzungen und der Sächsischen Hochschulentwicklungskommission heran und vergleicht sie mit den konstruktiven Streiktagen 2004, fallen zwei Sachen auf. Während der StudentInnenRat 2001 versuchte die Proteste unter seiner Kontrolle zu behalten (ein gegründetes Komitee - AG gegen Stellenkürzungen, sollte eine StuRa-AG sein), hielt sich positiverweise der StuRa dieses Mal weitgehend zurück, er überließ es dem Streikkomitee sich selbst zu organisieren und zusammen mit der Vollversammlung den Ablauf zu beschließen. Der zweite Punkt ist die Anzahl der AktivistInnen (also Leute, die Demos, Aktionen, Infrastruktur organisieren und nicht nur als Statisten mitlaufen): diese würde ich im Januar 2004 auf mindestens 250 schätzen, dabei ist natürlich auch der Grad der Involvierung unterschiedlich und auch nicht alle waren im Streikkomitee organisiert. Im gesamten Verlauf des Streiks waren immer zwischen 30 und 100 Studierende bei Streikkomitee-Plena anzutreffen, die zudem noch stark fluktuierten, was einige Probleme hinsichtlich der Kontinuität mit sich brachte (wenn das Mittwochsplenum nicht mehr wußte was das Montagsplenum für dieses geplant hatte oder manche Diskussionen dreimal wiederholt werden mußten). Daneben waren noch einige Fachschaftsräte, die Angry Strike-Gruppe, CinemAbstruso und viele Einzelpersonen aktiv.

Cremo Demo „Jubeln solange es noch geht..." am 28.1.:
auf dem Rückweg nach der Kurzbesetzung des Regierungspräsidiums

Zustand der Ausnahme

Ein "Streik", auch ein "konstruktiver", ist eine Zeit des Ausnahmezustands, eine Zeit vielschichtiger Aktivitäten, von vielfältigen Selbstorganisierungen und unzähligen Diskussionen. Ein zentraler und äußerst bedeutender Punkt ist die stattfindende Aneignung des universitären Raumes durch die Studierenden und damit die zumindest prinzipielle Öffnung anderen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber. Dies könnte für eine Kommunikation mit anderen vom Sozialabbau betroffenen noch stärker genutzt werden. So wird ein Raum, der dazu konzipiert ist, daß Menschen funktionieren, menschlich. Das Streikcafé z.B. ist ein gutes Beispiel für die Selbstorganisierung des eigenen Lebens, und das innerhalb kürzester Zeit. Hier wurde viel diskutiert, aktiviert, entspannt und pleniert. Nach dem Abbau Ende Januar blieb ein kalter Raum und eine gewisse Traurigkeit zurück. Es war halt nur der Ausnahmezustand und noch keine Universität die sich an menschlichen Bedürfnissen orientiert.

Die Streiktage waren Tage sozialer Bewegung, mit Aktionen genauso wie der Meinungsbildung und der Reflektion der eigenen Situation. Jede Auflehnung und Infragestellung des Bestehenden, die mit einer nichtvorschriftsmäßigen und sich spontan aufbauenden Aktivität einhergeht (der Streik steht schließlich nicht in der Studienordnung), birgt eine eigene soziale Dynamik in sich. Diese zeichnet sich durch Dezentralität und Unkontrollierbarkeit von Autoritäten und institutionalisierten Vertretern aus. Wenn selbst das Streikkomitee partiell den Überblick verlor, so ist das kein Zeichen von Schwäche sondern von Stärke. Denn nur wenn es diese soziale Dynamik gibt, besteht überhaupt die Chance, den weniger angepaßten Zielen näherzukommen. Die Aufgabe des Streikkomitees sollte es deshalb sein, Eigenaktivität zu fördern und dafür eine Plattform zu bieten (Möglichkeit Flyer zu kopieren, offene Presseplattform, Gewinnung weiterer Leute für eine Aktion, Infomaterial/Bibliothek etc.). Es sollte sich vor allem davor hüten, durch Kontrollverlustängste die Eigendynamik zu ersticken oder gar interne Hierarchien auszubilden. Wer alles steuern will, wird alles kaputt machen. Natürlich sollte es dabei nicht auf eigene Inhalte und Aktionen verzichten.

und in Zukunft?

Bleibt die Frage nach der Perspektive über den Ausnahmezustand hinaus. Verstreuen sich dann alle wieder und isolieren sich in ihrer studentischen Funktion? Fällt die kurzzeitige Erweiterung der Möglichkeiten dem Vergessen anheim und weicht dem Tunnelblick Studium, Arbeit, Rente? Oder entscheiden sie sich für eine längerfristige Organisierung? Wird sich hier der Illusion der Partei und des Parlamentarismus ergeben oder bleibt es dabei, sich wie im Streikkomitee (oder in anderen Formen) basisdemokratisch und vor allem selbst zu organisieren und diese Alternative auch für die Zukunft stark zu machen?

KATER FRANCIS MURR

„Wir woll'n in die Tagesschau!“

Ich sehe was, was du nicht siehst und das ist ...ein Problem

Medienwirksamkeit hieß das Schlagwort vieler Studierender im Streik des letzten Semesters. Groß muss es sein, laut und bunt und vor allem kreativ. Denn sonst kümmert es niemanden, ob die Universitäten gerade bis zur Arbeitsunfähigkeit zusammengekürzt werden, immer mehr Ungleichheit im Bildungsbereich institutionalisiert wird oder Erwerbslose durch den Zwang zur Annahme einer ‚zumutbaren' Arbeit in die Vormundschaft durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) gedrängt werden. Frei nach dem Motto: Was nicht in der Tagesschau läuft, ist auch nicht passiert. Und da Studierende weder Partei, Lobby noch irgendwie relevante Interessenvertretungen in politischen Gremien haben, bleibt zunächst nur, Öffentlichkeit durch Aktionen zu schaffen.

So wälzte sich in den letzten Monaten eine wahre Aktionslawine durch die streikenden Universitäten. „Spar Wars“ in Berlin, Hamburg, Bremen oder Leipzig – „The University strikes back“. Im Dezember stürmten in Berlin nackte Studierende, ihres letzten Hemdes beraubt, durch die Strassen oder der Weihnachtsbaum wurde symbolträchtig um seine Spitze gekürzt. In Bremen beteiligten sich zwei Student-Innnen-WG's an der „Wetten dass?!“ Stadtwette vom 24.01.04 und entrollten Transparente vor dem offenen Container, in den sie ihre Wohnzimmereinrichtung transportiert hatten. Gesendet wurde das jedoch nicht. Denn „*Fernsehen ist halt nur Unterhaltung. Eben eine geschickte Lüge.*“, so ein *ZDF*-Redakteur.[1]

In Leipzig reichte das Repertoire von altbekannten Inszenierungen des „Zu Grabe Tragens der Bildung“ über Besetzungen und die Störung einer Landtagssitzung in Dresden bis hin zum Dreh eines Softpornos unter dem Motto: „Die Bildung ist keine Hure der Wirtschaft“. Jene Aktionen, deren Ursprung in einer Wortspielerei liegt, wie „Die Bildung geht baden“, „Bildung geht Flöten mit Streichern“ oder „Studienplätzchen für Passanten“ wecken sicher Sympathie unter der Bevölkerung. Ein paar Leute lesen vielleicht sogar die ausgeteilten Handzettel. Und auch die lokale Presse berichtet, wenn es nette Bilder gibt. Aber angesichts der akuten Probleme im Bildungs- und Sozialbereich wirken sie lasch. „Ihr Streik hat keinem geschadet… ein bisschen mehr Mut und Frechheit [wäre] angebracht“, wird im *Kreuzer* (Februar 2004) kommentiert. Dabei folgen die Protestierenden hier einer einfachen Werbestrategie. Wie für die Titelseite des *Kreuzer*, der *Bild* oder der *LVZ* (Leipziger Volkszeitung), braucht auch eine gute Aktion erst mal eine Überschrift, ein Motto. Im Gegensatz zur *Bild*, der mensch sicher keine Inhaltsvermittlung unterstellen kann, steht hinter den Aktionstiteln das Anliegen, Probleme öffentlich zu machen, die sonst kein Gehör fänden. Für die Veränderung der Zustände, die Rücknahme der Sozialkürzungen und für die Erfüllung der Forderungen (siehe Kasten) aber, muss mehr passieren, als Wortspielerei.

Weniger zahm sah es zunächst bei der Besetzung des Rektorats am 07.01.04 aus. Während die Angestellten mit Kaffee und Kuchen überrumpelt wurden, verschickten die ErstBesetzterInnen über die Pressestelle ein Fax, in dem der Rücktritt von Rektor Franz Häuser gefordert wird. Diese Aktion brachte sofort die Presse auf den Plan. Einige spekulierten wohl schon auf eine spektakuläre Räumung durch die Polizei. Doch alles verlief in geordneten Bahnen. Die Besetzung wurde durch die Gewährung des Hausrechtes genehmigt und mit Berufung auf ein pauschales Unterstützungsangebot durch Kanzler Peter Gutjahr-Löser forderten die BesetzerInnen Logistik in Form von Computer, Drucker und Faxgerät für den Streik ein. Zumindest in kleinem Rahmen konnten so Forderungen nach technischer Unterstützung durchgesetzt werden. Doch selbst diese Aktion wird wegen der ausgehandelten Kooperationsbasis, im *Spiegel* belächelt. „Das Rektorat ist wieder „besetzt“, wie es ein Transparent draußen am Gebäude verkündet. Und zwar genau bis 16.30 Uhr […] Wenig später gehen die Lichter aus. Bis zum nächsten Morgen.“ (15.01.04)

Was Aufmerksamkeit zieht, hat sich während des Streikes besonders gut an der Aktion des „Streikporno“ Drehs der Gruppe „CinemAbstruso“ gezeigt. Nämlich nackte Haut, ein bisschen Erotik und alles was irgendwie

skandalös ist. Der Außendreh unter dem Karl-Marx-Relief am Augustusplatz entsprach dabei wohl noch am ehesten den voyeuristischen Erwartungen der Presse. Vor den Augen verwirrter und gaffender Passanten, sowie aufgeregt herumwuselnder Fotografen und Kamerateams, fielen trotz winterlicher Temperaturen die Hüllen der beiden Akteure. Nur ein aufgespanntes Laken verhüllte die Details des angedeuteten Motto: „Paaren statt sparen“. Das Drehbuch ist so kompliziert gestrickt, wie das Pornogenre tiefgründig. Er, Dozent Dr. Vögler, hilft ihr, Studentin Chantal, beim Stopfen von Bildungs-, Haushalts- und anderen Löchern. Endlich hatte selbst *RTL* Grund genug, den Studi-Streik zu beachten. Die *Bild* versuchte gleich eine ganze Skandal-Reihe aufzubauschen. Und die StreikaktivistInnen debattierten, ob die Aktion zu unterstützen sei oder nicht und veröffentlichte schließlich eine Solidaritätserklärung. Der *„…Versuch, den Streik in Massenmedien zu tragen, die sich normalerweise nicht mit dem Thema beschäftigt hätten, und der Versuch, desinteressierte Studenten der Uni auf den Streik aufmerksam zu machen.“* ist den Leuten von CinemAbstruso auf jeden Fall gelungen. Bei der Uraufführung am 22.01.04 mussten sich viele der Schaulustigen vertrösten lassen, weil der Hörsaal mit 300 Leuten

völlig überfüllt war. Ob der Andrang in der Hoffnung auf ein schlüpfriges Filmchen nach stereotypem Rollenmuster lag, oder aber an der Erkenntnis, dass die Lage ernst und eine StreikPornoFilmSchau endlich DIE geeignete Aktionsform ist, an der mensch teilnehmen kann.

Der fertig geschnittene Film selbst entsprach nicht dem Bild, das der Dreh hätte vermuten lassen. Entblößt wurde weniger nackte Haut, als die Tatsache, dass mediale Aufmerksamkeit mehr dem Skandalprinzip folgt als politischer Brisanz. Gezeigt wird, wie Regisseur und Schauspielerin in der *MDR*-Sendung „Dabei ab Zwei" dem Moderator das Podium stehlen und nicht auf seine körperorientierten Fragen antworten. Stattdessen liest Tillmann König immer wieder aus den Forderungen der Leipziger Studierenden vor. Der Zuschauer sieht, wie Kamerateams bei den Filmemachern zu Hausbesuchen vorbeikommen. Die Befragten verkehren die Rollen und richten ihre Linse auf die Teams. Die Frage, ob sie, die Presse, auch so interessiert wären, wenn es nur um die politischen Inhalte ginge, wird verneint. Erst am Ende kommen die Szenen, die überall durch die Presse gingen.

Ob die Präsenz der Studierendenproteste in den Tagesmedien zu konkreten Verbesserungen im Bildungsbereich führen kann, bleibt fraglich. Klar ist, dass es vieler Stimmen in allen sozialen Schichten bedarf, um die herrschende Sparpolitik zu stoppen.

(wanst)

1 Pressemitteilung des Streikbüro der Universität Bremen (25.01.2004).
mehr Info und Bilder: www.de.indymedia.org
info Streik Leipzig: www.leipzig04.de.vu
2 Abspann des Streikporno von CinemAbstruso.

StudentInnen brechen Hausfrieden

„Wir empfanden nur, dass hier anscheinend Menschen saßen, die scheinbar aus eigener Nähe zu Macht und Versorgung - Unwissenheit konnte es einfach nicht sein - überhaupt kein Empfinden mehr dafür haben, mit welchen Wirkungen verfehlter Bildungs- und Sozialpolitik wir als Studierende umgehen müssen, welche Missstände, Verunsicherungen, auch Ängste uns Anlass sind, eigenen Protest vor und in das Haus der gewählten Volksvertreter zu tragen." Stellungnahme, 02.03.04

Am 16.01. begingen die Leipziger StudentInnen ein altes Ritual, als sie wiedereinmal allein, in kleineren und größeren Gruppen nach Dresden vor den Landtag zogen. Doch dieses Mal wollte student/in sich nicht so einfach abspeisen lassen wie in den letzten Jahren, mit Beschimpfungen á la Rößler und der Erkenntnis, daß sich im Landtag eigentlich keine/r für die studentischen Forderungen interessiert. Deshalb standen die Proteste an diesem Freitag von Anfang an unter der Devise, nicht nur brav der genehmigten Strecke zum Parlament zu folgen und dort an der Kundgebung teilzunehmen, sondern durch viele dezentrale Aktionen im Stadtgebiet Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen. Daß sich diese Vorstellung neben ein paar nackten Ärschen und sporadischen Kreuzungsblockaden nur mäßig umsetzen ließ, lag sicher auch an der Unerfahrenheit und mangelnden Organisierung der aktiven StudentInnenschaft. Als jedoch 14 Studiosi von den BesucherInnen-Plätzen im Landtag in lautstarken Jubel über die vorgehende Politik ausbrachen, platzte einigen EntscheidungsträgerInnen der Kragen angesichts des Faktes, daß das Verständnis der StudentInnen für die politische Ausweg- und Konzeptlosigkeit des sächsischen Parlamentes in der Bildungs- und Sozialpolitik schwindet. Und dann wollten jene weder aufhören noch den Saal verlassen. Oh, welch Unverschämtheit! Da half nur noch der Einsatz polizeilicher Gewalt, um diesen Aufstand im ehrenwehrten Hause des Landes niederzuwerfen. „Eklat" und „einmalige Störung der Arbeit der Volksvertreter" tönten gereizte PolitikerInnen, während viele StudentInnen mit der Aktion und der erreichten Aufmerksamkeit zufrieden waren. Also alles gut? Denkste! Am darauffolgenden Mittwoch sprach der Landtagspräsident Erich Iltgen für die 14 polizeilich erfaßten StudentInnen ein einjähriges Hausverbot aus und stellte gleichzeitig einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch (§123 bzw. §106b). Die Kriminalisierung dieser politischer Aktion bedeutet auch einen Angriff auf die studentischen Proteste und zeigt deutlich, wie niedrig die Hemm- und Schmerzgrenzen der verantwortlichen PolitikerInnen liegen. Die Betroffenen sind gerade dabei, Gespräche mit Politik, Presse und verschiedenen Gruppen aufzunehmen und es gibt schon Ideen, u.a. durch Doppelgängeraktionen die überzogenen Maßnahmen (Staatsschutz ermittelt!) weiter zu problematisieren. Es sollte an Solidarität und Unterstützung aus der Studierendenschaft nicht mangeln, schließlich haben sich jene für die Probleme von jeder/m Einzelnen eingesetzt. Und letztlich bleibt nur eine Erkenntnis aus den gemachten Erfahrungen: Wir machen weiter und kommen wieder! (clov)

Die StudentInnen, die wegen „Störung eines gesetzgebenden Organs" angeklagt werden, bitten um Spenden unter dem Betreff „Landtagsprotest":
Ben Schilling
BLZ: 86055592 (Sparkasse Leipzig)
Kto-Nr: 180254847

§ 123 StGB Hausfriedensbruch

(1) Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. (2) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt.

§ 106b StGB Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans

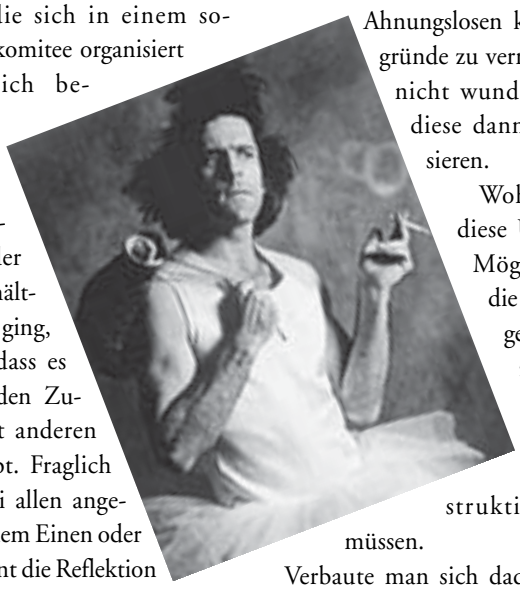
(1) Wer gegen Anordnungen verstößt, die ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder sein Präsident über die Sicherheit und Ordnung im Gebäude des Gesetzgebungsorgans oder auf dem dazugehörenden Grundstück allgemein oder im Einzelfall erläßt, und dadurch die Tätigkeit des Gesetzgebungsorgans hindert oder stört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Die Strafvorschrift des Absatzes 1 gilt bei Anordnungen eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder seines Präsidenten weder für die Mitglieder des Bundestages noch für die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten, bei Anordnungen eines Gesetzgebungsorgans eines Landes oder seines Präsidenten weder für die Mitglieder der Gesetzgebungsorgane dieses Landes noch für die Mitglieder der Landesregierung und ihre Beauftragten.

Utopie oder Zwangsneurose?

Wie realistisch sind wir, können wir, müssen wir sein?

Die Grundlinie der streikenden Studierenden war klar: Nicht nur zeigen, dass die Pläne zur Umstrukturierung und Kürzungen an den Hochschulen auf Missfallen stoßen, sondern sie verhindern. Am Anfang standen ganz persönliche Bedürfnisse der aktiven Studierenden, die sich in einem sogenannten Streikkomitee organisiert hatten. Inhaltlich beschränkte sich die Zielsetzung der Mehrheit auf Hochschulpolitisches. Wer mit der Analyse der Verhältnisse etwas weiter ging, merkte jedoch, dass es einen grundlegenden Zusammenhang mit anderen Politikfeldern gibt. Fraglich bleibt, ob das bei allen angekommen ist. Bei dem Einen oder der Anderen scheint die Reflektion über den „konstruktiven" Streik allerdings den Anstoß zu radikalerer Kritik gegeben zu haben.



Zu Beginn beschränkten sich die Inhalte des Protestes auf Slogans wie: *„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!"*. Trotz relativ wenigen aktiven Leuten verlief er aber durchaus erfolgreich. Die Kreativität der Studierenden dominierte den öffentlichen Raum. Nach einigen Wochen Aktionismus sah das Ganze schon anders aus. Mehr und mehr blieben die Leute aus, die wenigen, die noch versuchten, etwas auf die Beine zu stellen, gingen auf dem Zahnfleisch. Die große Frage war nun: Woran lag's?

Wenig verwunderlich, dass viele die Schuld nicht bei sich suchen wollten, selbst war man ja schließlich ordentlich dabei gewesen. Die anderen, die nicht mitmachten, waren also schuld und damit hatte es sich. Von inhaltlichen Fehlern war dagegen wenig zu hören, obwohl Unsicherheiten hierbei überall anzutreffen waren. Parallel war im Streikkomitee zu beobachten: Veranstaltungen und Flugblätter wurden als vollkommen ausreichendes Mittel gesehen, um an Nichtstreikende heranzutreten.

Die Verbindung von eigenen inhaltlichen Unsicherheiten und dem Ausbleiben weiterer MitstreiterInnen liegt auf der Hand: Wer nicht in der Lage ist, Ahnungslosen konkrete Hintergründe zu vermitteln, soll sich nicht wundern, wenn sich diese dann nicht interessieren.

Woher kamen also diese Unsicherheiten? Möglicherweise war die große Hürde die gebetsmühlenartig zu vernehmende Vorgabe, „realistisch" oder „konstruktiv" bleiben zu müssen.

Verbaute man sich dadurch doch den Weg zu jeder weitergehenden Kritik an den Verhältnissen, gegen die man sich doch zur Wehr setzen wollte.

„Realistisch" hieß hier, sich von „Utopien" fernzuhalten, sich allem zu verweigern, was die herrschende Politik radikal hinterfragen könnte. „Konstruktiv" bedeutete, mit seinen Forderungen im Rahmen des „Machbaren" zu bleiben, auf die Politik zuzugehen. Vielleicht sollte mensch sich klarmachen, dass das politisch Mögliche im Wesentlichen von Parteiprogrammen bestimmt wird: Von der PDS über Rot/Grün bis zur NPD, alles ist wählar. Forderungen, die über Vorstellungen einzelner Parteien hinaus- oder an ihnen vorbeigehen, sind schlichtweg unmöglich. Für die aktuelle Kürzungsorgie ist aber keine bestimmte Regierung verantwortlich, sie findet überall statt. - Ob Rot/Rot in Berlin regiert oder Schwarz in Sachsen. Ist es nicht gerade utopisch, mit „realistischen" Forderungen an die Regierenden heranzutreten? Ist es nicht vielmehr realistisch, den Zusammenhang zum um-sich-greifenden Sozialabbau herzustellen und solidarisch mit den anderen Betroffenen dagegen zu kämpfen?

Bleibt die Frage, warum diese Politik betrieben wird. Offizielle Begründung: Die desolate wirtschaftliche Lage sei schuld. Jetzt müsse überall gekürzt werden, nicht nur an den Unis, sondern an allen sozialen Leistungen und Einrichtungen. Die längst laufende Sparpolitik betrifft also alle, nicht nur die Studierenden. Auch Teile des Streikkomitees waren sich der offensichtlichen Verbindung zwischen Bildungs- und Sozialabbau nach drei Wochen Streik bewusst: so wurde von der Vollversammlung am 29.1. etwa der Stopp der neoliberalen Entwicklung von Bildungs- und Sozialpolitik gefordert und die Agenda 2010 abgelehnt.

Spätestens jetzt ist mit „konstruktiv" nichts mehr anzufangen.

Wenn von offizieller Seite die schlechte Wirtschaftslage als Rechtfertigung für politische Entscheidungen genannt wird, ist das gar nicht mal so falsch. Politik ist Ausdruck der gesellschaftlichen Zustände. Besser wird sie dadurch nicht, im Gegenteil - stimmt etwas in einer Gesellschaft nicht, kann es auch mit der von ihr abhängigen Politik nicht weit her sein. Zu kritisieren ist gerade das, was das Streikkomitee inhaltlich derart in die Ecke treibt: diese Verhältnisse! Es sollte eigentlich nicht schwer sein, das zu begreifen, scheint es aber. Zum Ausdruck kam dies in den Protesten selten. Zu sehr zielten Aktionen auf Verständnis hin, zu sehr waren sie vom Wunsch geprägt, von den Verantwortlichen „angehört" zu werden. Nochmal: die Politik hört nur, was sie hören will - das, was „realistisch" ist, sich also im von ihr gesteckten Rahmen abspielt.

Und genau deshalb ist es wichtig, eine grundsätzliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen und ihrer Politik zu formulieren, um durch öffentlichen Druck eine breite Auseinandersetzung mit den hier aufgeworfenen Fragen zu erzwingen. Wie sonst kann etwas erreicht werden?

Fi & Freunde

Freundliche Helfer

Nach Informationen aus Regierungskreisen besteht kein Grund zur Beunruhigung.

„Es wäre doch schade, wenn das jetzt hier eskalieren würde. Bisher waren eure Proteste doch so schön friedlich.“ *

- Eine banale Beschreibung dessen, worauf es der herrschenden Politik im Umgang mit der Studibewegung ankommt. Alles soll möglichst schön konstruktiv ablaufen. Symbolischer Protest ist okay, solange nichts „eskaliert“. Misstrauisch beäugt die Polizei die vielschichtige und spontane Streikbewegung bei der jede Kriminalisierung durch die überwiegend positive Berichterstattung der Medien erschwert wird. Studierende genießen durch ihre Vorzeigefunktion als zukünftige Elite anscheinend mehr Narrenfreiheit als andere protestierende Gruppen, wie beispielsweise AntifaschistInnen, die oft von vornherein zu „Chaoten“ gestempelt werden.

Mehr und mehr studentische Aktionen machen aber deutlich, dass der zugestandene Rahmen symbolischer Proteste zu eng ist, für Leute, die etwas bewegen wollen. Gleich zum Streikauftakt wird das Rektorat besetzt und anlässlich des Schröder-Besuchs Polizeisperren durchbrochen. Auf den ersten Blick wirken die Bewahrer der öffentlichen Sicherheit und Ordnung konzeptlos. Wie ist mit so einer heterogenen Masse jung-dynamischer Leute bloß umzugehen?

Mit den laufenden Aktionen offenbart sich von Seite der Obrigkeit allerdings ein interessantes zweigleisiges Konzept. Während auf der einen Seite dem symbolisch-konstruktiven Protest öffentlicher Raum gegeben wird, sollen ihm aber ganz klar Grenzen gesetzt werden. Schließlich erkennt man bei den Studis auch durchaus Potential, das sich radikalisieren könnte - spätestens seit `68 ist bekannt, wie sich Bewegungen, die mit vergleichsweise harmlosen Forderungen anfangen, zu einem Generalangriff aufs Herrschaftsgefüge ausweiten können.

Eine solche Entwicklung muss auf jeden Fall vermieden werden und so ganz ohne Repression soll es jedenfalls nicht abgehen: Leute, die etwas länger das Megafon in Händen halten, werden (möglichst) diskret zur Seite geführt: Personalienfeststellung. Andere, die sich in kleiner Gruppe vorwagen, um über den 08-15-Protest hinauszugehen, werden festgehalten - es gibt Platzverweise mit dem Hinweis, sich „nicht zu weit aus dem Fenster zu lehnen“, man „kenne Sie ja schon“. Während im Allgemeinen ein kollegial-kumpelhafter Ton gegenüber den Protestierenden gepflegt wird, versucht die Polizei mit umfassender Überwachung der Proteste, „Rädelsführer“ und „Extremisten“ ausfindig zu machen, gegen die mit Einschüchterung oder Anzeigen vorgegangen werden kann, wie neuerdings gegen die StörerInnen des Dresdner Landtags.

Einer sozialen Bewegung klare Grenzen zu setzen, ohne den Polizeistaat zu offensichtlich werden zu lassen, ist theoretisch nicht möglich, praktisch aber anscheinend schon. So „eskaliert“ nichts und alles bleibt „schön friedlich“.

Natürlich nach der Definition der grundfriedlichen Polizei. (soja)

* „Einsatzleiter“ der Polizei bei der angedrohten Räumung des Regierungspräsidiums, 28.1.

Bildung selbst organisieren!

Seit zwei Jahren gibt es bereits die selbstorganisierten Seminare. Sie entstanden als AG seminare aus den Studierendenprotesten 2001, die sich gegen die Kürzungen der Landesregierung und die Hochschulumbaupläne richteten. Nach dem Abflauen der studentischen Protestbewegung wollten sich manche nicht einfach wieder dem Unialltag ergeben, sondern haben nach Möglichkeiten gesucht, sich selbst zu bilden, aber anders als an der Universität: keine Massenvorlesungen, kein Druck Scheine oder Prüfungen machen zu müssen und ohne das hierarchische Lehrer-Schüler-Verhältnis. Sie wollten und wollen Bildung selbst organisieren.

Diese Bildung soll für alle offen sein. Es geht nicht darum, die Menschen nach Funktionen einzuteilen oder gar sich die Selektion anzumaßen, Menschen wegen des Schulabschlusseses bei den Seminaren nicht mitmachen zu lassen. Dies macht bereits das jetzige Bildungssystem, das deswegen auch so ungeheuer un sympathisch ist. Derzeit entwickelt es sich von einer staatlichen Steuerung zu einer Marktsteuerung. Beides stellt keine wirkliche Lösung dar. Besser wäre es, Bildung einfach von den Menschen bestimmen zu lassen, die sich bilden.

Deshalb gibt es auch nächstes Semester eine neue Runde selbstorganisierter Seminare (es können auch alternative Einzelveranstaltungen oder Wochenendseminare eingebracht werden) und alle sind aufgerufen eigene Ideen zu entwickeln und Themen vorzuschlagen. Bisher reichten die Seminare von der Transformation der Demokratie, Arbeit und Kapitalismus über Camus und das Absurde bis hin zu Spanisch- und Französisch-Sprachgruppen. eure Themen könnt ihr mitsamt einem Vorstellungstext, erstem Treffen (wo die nächsten Treffen vereinbart werden) und Kontaktmöglichkeit an die AG seminare schicken...

Kontakt und Internet:
ag-seminare@bildungskritik.de
www.ag-seminare.bildungskritik.de

Vom Amt zur Agentur

Vermittlung ist alles. Will heißen: nicht auf den Inhalt, auf die Verpackung kommt's an (das hat die rotierende Führungsriege der SPD Anfang Februar oft genug betont). Müntefering könne die Politik besser an die Basis verkaufen, ändern werde sich daran nichts.

Bei soviel Wertschätzung, die man der Propaganda angedeihen läßt, nimmt es nicht Wunder, dass deren Mutationen auch in anderen Bereichen zu spüren ist. Seit Anfang des Jahres heißt die „Bundesanstalt" nun „Bundesagentur für Arbeit". Zum Hauch der Veränderung gehört natürlich auch ein neuer Internet-Auftritt! Dazu gehört auch die Kampagne des „TeamArbeit für Deutschland" des Bundeswirtschaftsministeriums. Zur Plakatwerbung für das Projekt gaben sich in der Vergangenheit zahlreiche „Promis" her, die um der Beseitigung der Arbeitslosigkeit willen an die Initiative und Kreativität der StaatsbürgerInnen appellieren. Nun, wir kennen das bereits im seit 1996 jährlich ausgeschriebenen „Innovationspreis" der Stadt Leipzig. Innovation ist Trumpf beim Aufschwung.

Unberührt von diesem „ehrenamtlichen Engagement" für Deutschland und für den Verwertungskreislauf, bleiben indes die Maßnahmen, auf die sich Regierung und Opposition Ende Dezember verständigten: sie sind/werden Gesetz. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) wurde vom 1. Juli 2004 auf 1. Januar 2005 verschoben. Damit wurde auch die neue Zumutbarkeit um ein Jahr verschoben. Es gelten also noch die alten Zumutbarkeitsregelungen des § 121 SGB III: die Sperrfrist bei der ersten Arbeitsablehnung beträgt drei Wochen (§ 144). Die Sperrfrist für die Ablehnung einer zweiten angebotenen Arbeit liegt ab dem 1.1.2004 bei sechs Wochen, bei „unzureichenden Eigenbemühungen" bei 2 Wochen und bei einem Meldeversäumnis bei 1 Woche. Nach 21 Wochen Sperre entfällt der Anspruch auf Stütze ganz.

Ab Januar nächsten Jahres sollen die anderthalb Millionen „Langzeitarbeitslosen" (jene, die länger als ein Jahr erwerbslos sind) jede Arbeit zu jeder Entlohnung annehmen, die ihnen das Amt, 'tschuldigung: die Agentur natürlich, anträgt. Die totale Streichung des ALG II kann für drei Monate verordnet werden; bei einer Kürzung um mehr als 30 Prozent der Regelleistung können „in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen" – also Lebensmittelgutscheine – ausgegeben werden (§ 31, SGB II)[1]. Und zwar eindeutig nur während einer Kürzung, nicht bei der Streichung! Beim dreimonatigen Wegfall

„alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag"
Unwort des Jahres? Nee, Demo: Sa., 3. April, Berlin...

des ALG II besteht „kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt" (§ 31, SGB II). Sogar SPD-Abgeordnete fürchten nun einen „staatlich subventionierten Niedriglohnsektor" (Schmidtbauer), da der Tendenz gegen Null kaum mehr Grenzen gesetzt sind. Unser allerliebster Ministerpräsident Milbradt forderte ja in diesem Zusammenhang: ein Euro pro Stunde! Rainer „Zuckerbrot" Wend, Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses, will sich nicht so weit aus dem Fenster lehnen, weil durch „unerwünschte Reformhärten" die Agenda 2010 selbst gefährdet werden könnte: „Wenn man Leute dazu zwingt, jede Arbeit aufzunehmen, dann muss man ihnen auch einen Lohn zahlen, der über der Sozialhilfe liegt." Tatsächlich ist die BRD einer der wenigen Staaten, der keinen Mindestlohn festschreibt – in den Niederlanden erhält man, laut Gesetzestext, mindestens 7,80 Euro die Stunde. Die Grünen versuchen indessen abzuwiegeln: man erwarte, dass sich das Lohnniveau zwischen fünf und zehn Prozent unter Tarif einpendele. Schließlich würden auch die Gerichte darüber wachen, dass es nicht zu „sittenwidrigem" Lohnwucher komme. Leicht läßt sich ermessen, wie viel es bringt, sich an die bürokratischen, chronisch überlasteten Strukturen der Gerichtsbarkeit zu wenden. Die Realität im Reinigungssektor, zum Beispiel, spricht eine andere Sprache: Gerichte sahen, laut DGB, kein Problem darin, den Tarif von 7,94 um 30 Prozent zu unterschreiten.

Schon in diesen Tagen greift allerdings die Zusammenlegung von Strukturanpassungs- (SAM) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Auch hier verschiebt sich das Augenmerk von der vorgeblich menschenfreundlichen „Verbesserung der Eingliederungsaussichten der Arbeitnehmer" ganz offen zur Zwangsarbeit: alle Arbeiten sind nun als ABM förderungswürdig, die sonst „nicht in diesem Umfang" durchgeführt würden. Außerdem kann die „Agentur" dem Chef bis zu 300 Euro pro Zwangsverpflichteten zuschießen, als Entschädigung für die entstehenden Kosten. Gleichzeitig sind ABM nicht mehr beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung und können somit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld begründen[2].

Immerhin begründet sich nach aktueller Regelung für die derzeit 28.405 ZwangsleiharbeiterInnen in den 968 Personal-Service-Agenturen (PSA) Anspruch auf Arbeitslosengeld. Das ist bitter nötig, denn

von den knapp 40.000 in PSA „beschäftigten“ Arbeitslosen – mit dieser Zahl verfehlt die BA übrigens ihr Ziel um 20 Prozent (Fa! #9, Arbeitende Arme) – wurden nur 4.135 durch einen sagenumwobenen „Klebeeffekt“ „in Arbeit vermittelt“; 4.859 Menschen hingegen wurden noch während der Probezeit entlassen.

Der Renner scheinen die PSA also nicht zu sein, obwohl die BA pro „eingestelltem“ Erwerbslosen 1000 Euro Kopfgeld überweist, und nochmal 2000 Euro, wenn der/die nun ehemals Erwerbslose von einem Betrieb übernommen wird – dafür werden bundesweit 600 Millionen Euro bereitgestellt. Die Bundesregierung scheint mit 200.000 PSA-vermittelten „Langzeitarbeitslosen“ zu rechnen. Da tut sich einiges an Einsparpotential!

In der Firma, auf der Straße...
Aktionstag dezentral: 2. April, überall

Vor diesem Hintergrund wird Schröder Ende März eine Regierungserklärung abgeben, in der er das Programm bis 2006 umreisst. Begründet hatte der Kanzler diese junge Tradition mit der Rede vom 14.3.2003, als er die Agenda 2010 vorstellte. Gestützt wird er dabei vom designierten SPD-Parteivorsitzenden Müntefering, der am 15.2. eisern, doch unter Applaus erklärte: „Ich werde die Partei nicht gegen die Regierung führen.“ Da kann man ihm schlecht reinreden. Wenn Müntefering allerdings behauptet, nichts vom Beschlossenen könne zurückgenommen werden, haben wir doch ein Wörtchen mitzureden ... da es uns betrifft. Zu diesem Zwecke rufen Initiativen aus dem Rhein-Main-Gebiet, InitiatorInnen der Demonstration vom 1. November, für Freitag, den 2. April 2004, zu Aktionen in Betrieben („bis hin zu Streiks“) und auf der Straße, und für Samstag, den 3.4., zu Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart auf. Auf drei „Aktionskonferenzen“ nach dem 1.November wurde dieses Vorhaben am 13.12., 17./18.1. und 1.2. bestätigt. Nur die erste allerdings war auf Initiative der Basis zusammengekommen, die anderen hatte der DGB einberufen – ein „Bündnis auf gleicher Augenhöhe“. Denn nachdem die politische Unterstützung seitens der SPD weggebrochen sei, müssten die Betriebe – mit Hilfe von Basisinitiativen – repolitisiert werden, so IG-Metall-Funktionär Schmitthenner. Einsamer Rufer in der Wüste ... der DGB-Bundesvorstand beansprucht in seinem Aufruf zur Demo[3] den Führungsanspruch, und untermauert ihn mit 3,5 Millionen Euro[4]. Davon werden nicht nur „Teilnehmertransfers“ mit Autoland-Deutschland-Bussen und „zentrale Materialien“ finanziert; besonders wichtig ist, dass die Bühnen „ein mediengerechtes Aussehen haben und einheitlich gestaltet“ sind. Die Rolle der Medien für den DGB (wie für die übrige Politik) ist eminent, will man sich doch an die Spitze einer aufkeimenden Bewegung setzen, damit sie keinen tatsächlichen, sondern nur diskursiven Druck ausübt. Daher findet der potentiell extra-legale Aktionstag am Freitag, zum dem sich die Radikalen sogar „Streiks“ wünschen, beim DGB keinerlei Erwähnung. (A.E.)

1) Vielleicht sollten sich Betroffene mit MigrantInnen in Verbindung setzen, die haben Erfahrung! Das „Asylbewerberleistungsgesetz“ schreibt in §3 fest, dass es abgesehen von 40 Euro Taschengeld nur „Sachleistungen ... Wertgutscheine ... unbare Abrechnungen“ gibt – das Modell macht Schule.
2) Interessantes auch unter www.chefduzen.de
3) Aufruf im Netz unter: www.dgb.de/themen/europa/aktionstag/dgb_aufruf.pdf – auch die FAU mobilisiert: www.fau.org
4) Protokoll der Telefonkonferenz von Bundes- und Bezirksvorständen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften am 12.2.2004, liegt dem Autor vor.

Revolutionäre ILO?

Am 25.2. erklärte die „Weltkommission zur Sozialen Dimension der Globalisierung“ in der UN-Organisation ILO (International Labor Organisation), dass trotz eines enormen „Potential[s] an Wohlstand“ soziale Ungleichheiten bestehen, die „ethisch nicht akzeptabel und politisch nicht haltbar“ sind. Ist die ILO also anarchistisch geworden und empört sich darüber, dass es Herren und Knechte gibt? Rät sie der Staatsmacht in aller Welt, Politik und Gewaltbereitschaft einzustellen? Verteidigt sie die Ethik der sozialen, einander bedingenden Freiheit und Gleichheit und gegenseitigen Hilfe?
Mitnichten. Beteiligt sind an der 2001 gegründeten Kommission nämlich auch Staatspräsidenten, Halonen (Finnland) und Mkapa (Tansania). So fordert die ILO-Kommission letztlich ein Mehr an Ausbeutung: die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine bessere zwischenstaatliche Abstimmung makroökonomischer Politik, die auf Wachstum zielt, und eine größere „Verantwortung“ der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO). Damit wird sich am brutalen Charakter der Globalisierung nichts ändern. (A.E.)

Innovationsschmiede

Am 1.1.2006 soll mit der Signaturkarte, ein „neues Zeitalter“ einläuten: jedeR Einzelne der rund 40 Millionen potentiell Auszubeutenden soll eine solche „Job-Card“ erhalten. Auf Vorschlag der Hartz-Kommission sollen alle finanziell relevanten Daten einer Person zentral gespeichert werden: Lohnsteuer- und Arbeitsbescheinigungen, Einkommenserklärung und vieles mehr. Mit der zeitgemäßen Rationalisierung soll Papier und Zeit gespart, und auch Bürokratie abgebaut werden. Mit der Effektivierung der Verwaltungsabläufe wird Bürokratie allerdings nicht abgeschwächt, sondern gestärkt! Die Zusicherung in Zeiten des Modellversuchs in Frankfurt/M. (seit 1.9.2003), dass die Daten nur in Gegenwart des kartografierten Individuums eingesehen werden könnten, wird durch das technische Potential zur Makulatur. (A.E.)

Multiplikatoren der Arbeit

Arbeit / Faulheit und Sozialisation in einer entmenschlichten Gesellschaft. Beobachtungen und Schlüsse aus dem Alltag

Kreislauf der Zurichtung

In Jahrhunderten kapitalistischer Produktionsweise hat sich der um seiner Arbeitskraft willen Ausgebeutete an den Zustand des Ausgebeutetseins gewöhnt. Früher mußte der kapitalistische Unternehmer noch Druck und Zwang ausüben, damit der Arbeiter respektive die Arbeiterin auch begreife, daß mensch pünktlich zur Arbeit zu kommen hat und Kranksein eine Sünde ist.

Inzwischen hat sich dieser direkte Zwang in eine alles durchdringende Arbeitsideologie transformiert, d.h. ein Großteil der Ausgebeuteten hat den Arbeitszwang integriert und scheinbar zu ihrem eigenen Anliegen gemacht. Die Folge davon ist, daß die meisten denken, sich für das Kranksein, den Müßiggang und das Ausschlafen, also für einen nicht normgerechten Lebensrhythmus, rechtfertigen zu müssen. Und daß nicht zuerst vor Behörden und Arbeitgebern, der letzten Kontrollinstanz, sondern vorher noch vor Nachbarn, Mitbewohnern, Verwandten und Bekannten. So tiefgreifend hat sich das Unterwerfungsverhältnis in uns sozialisiert, daß jemand der lange schläft mit Faulpelzwitzen traktiert und kranken Kollegen Simulantentum und Drückebergermentalität unterstellt wird. Diese Konrolle zeichnet sich durch Subtilität aus, oft scheint sie nicht ernstgemeint. Hinter dem Witz verbirgt sich allerdings nicht selten ein (auch unbewußter) Neid, daß Andere etwas tun können, was einem selbst verwehrt bleibt: Wenn mensch selbst sich früh um halb sieben zur Arbeit, Schule oder Uni aus dem Bett quälen muß, soll das der Nachbar, der gemütlich (oder auch ungemütlich, wer weiß es?) bis um elf oder auch um drei pennt, gefälligst auch tun. Dabei ist die Unschuld des Anderen am eigenen Zwang egal. Man bestraft ihn für das eigene Leben, dafür, sich selbst freiwillig (wie sich gerne eingeredet wird) unter fremdes Diktat werfen zu müssen. Weil der Andere nichts weiter als die Projektionsfläche des Hasses auf Grund eigener unterdrückter Träume und Sehnsüchte darstellt, ist das sonstige Tun und Lassen der für faul Befundenen irrelevant. Um den Neid im Zaum zu halten, wird oft zum Hilfsmittel des Witzes oder der gespielten Empörung gegriffen.

Aus der Perspektive der Anderen ist das ganze nicht so witzig, vor allem (aber nicht nur dort) wenn es sich um willkürlich zusammengeworfene Arbeitsplatzkollektive handelt, die mittels Verleumdungen ihre Rang- und Hackordnung aushandeln (auch ein Ventil den Frust der institutionalisierten Unterordnung abzubauen). Ihnen wird ein schlechte Gewissen eingeredet: Es sei falsch länger oder zu anderen Zeiten als der Norm entsprechend zu schlafen, oder gar krank zu sein. Der Druck durch die dritte (Zwang in Arbeit, Uni und Schule, durch Staats- und Unternehmensstrukturen) und zweite Kontrollinstanz (soziales Umfeld) führt zur primären Instanz der Selbstzurichtung.

Dem subtilen ideologischen Wirken des eigenen sozialen Umfeldes, ohne das der Mensch als soziales Wesen nicht leben kann, lässt sich viel weniger entgegensetzen als Staat und Unternehmen, da es nicht als fremd sondern als zu einem zugehörig empfunden wird. Kollegen, Bekannte und Verwandte werden so zu Multiplikatoren der eigenen Zurichtung. Bei diesem Prozess, der sich permanent und überall wiederholt, findet menschliche Sozialisation statt. Man fühlt sich dann schuldig, weil man zu lange schläft oder einen Tag länger krank ist als geplant. Man übernimmt die Zwänge und gibt sie als eigenen freien Willen aus. Hier schließt sich der Kreis.

Wie können wir ausbrechen?

Das Mindeste ist es sich die Muße beim Kranksein nicht nehmen zu lassen. Erstaunt denkt man, daß man erst krank werden muß, um die Gedanken frei zu bekommen von Zwängen, Forderungen und Selbstverpflichtungen. Alles wird abgesagt, alles wird gut? Wenn man nicht krank wäre! Denn sobald man wieder gesund ist, geht es zurück in die Tretmühle, bis man wieder krank wird. Absurd!

Genauso sollte man sich das längere Schlafen nicht madig machen lassen. Witzemacher und Neidhammel sind entschieden in die Schranken zu weisen, die subtile Arbeitsideologie ist im Alltag zu bekämpfen. Wir haben ein Recht, das wir uns selbst geben, auf ein Leben ohne Fremd- und Selbstzurichtung zum Arbeitszwang. Und für dieses Recht können wir jeden Tag in unserem persönlichen Umfeld kämpfen, ohne dabei in Gruppen, Projekten oder Basisgewerkschaften organisiert zu sein. Eine Organisierung macht es allerdings weit einfacher, weil mensch dann einen positiven Rückhalt erfährt. Greifen wir aktiv in die Sozialisation unserer Mitmenschen ein, zugunsten von Muße und

einem schönen Leben! Genau wie rechte Parolen bei Bekannten bekämpft werden müssen, müssen Versatzstücke der Arbeitsideologie problematisiert werden. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum wir uns an einen unreflektierten Arbeits- und Leistungsethos und ein schlechtes Leben gewöhnen sollten.

Der geschilderte ideologische Kreislauf am Beispiel von Arbeit und Faulheit ist das Haupthindernis einer Entwicklung hin zu einer selbstorganisierten, emanzipatorischen Gesellschaft. Eine Möglichkeit der Intervention wäre, emanzipatorische Inhalte zu anderen Menschen zu tragen und die überlieferten Gewißheiten in Frage stellen, d.h. aktiver Teil der Sozialisation werden. Es geht hier um nicht mehr und nicht weniger, als die selbstorganisierte Alternative denkbar zu machen. Dafür braucht es wiederum eine Kultur, keine vorgesetzte sondern selbstgestaltete. Mit Kultur ist nicht gemeint jeden Tag zwei Punkbands spielen zu lassen, Theaterstücke aufzuführen oder klassiche Konzerte zu veranstalten, sondern vielmehr eine Kultur des Lebens, in dem esnicht als faul gilt, länger zu schlafen und in der lieber die eigenen Zwänge angegriffen werden als die Nachbarn. Eine Kultur, die sich offensichtlich und resolut von den Zwangsideologien der kapitalistischen Gesellschaft absetzt, soweit wie es möglich ist und die bestrebt ist, den Bereich dieser Möglichkeit auszuweien.

Die janusköpfigen Besen

Den verselbständigten Arbeitsethos anzugreifen, wird auf längere Sicht natürlich nur dann erfolgreich sein, wenn die realen Zwangsverhältnisse genauso angegriffen werden. Sonst wird das Individuum permanent auf diese zurückgeworfen und der Arbeitsethos reproduziert sich von neuem. Dazu ein Beispiel um die Absurdität von Arbeit haben oder nicht haben deutlich zu machen.

Stell Dir vor, Du fegst das Streikcafé an der Uni nach dessen Abbau. Das tust Du nicht nur für Dich, sondern auch für andere. Und ihr wechselt euch ab, also Du mußt nicht jedes Mal fegen. Am Anfang habt ihr nur einen Besen und Du brauchst dafür eine halbe Stunde. Nun bekommt ihr von den Leuten, die die Besen herstellen einen Größeren mit stabileren Borsten und braucht nur noch eine Viertelstunde. Was hältst Du davon? Ist es nicht toll jetzt eine Viertelstunde mehr Zeit zu haben für die schönen Dinge im

Leben? Der gesunde Menschenverstand sagt uns also, daß es gut ist, die Arbeitszeit so kurz wie möglich zu halten.

Nun bist Du gezwungen Deine Arbeitskraft an ein Unternehmen oder an den Staat zu verkaufen und beispielsweise eine Schule zu fegen. Nehmen wir an mit dem kleinen Besen braucht ihr 80 Stunden dafür, das heißt zehn Leute arbeiten daran die Schule sauber zu machen. Nun bekommt ihr die großen Besen und es wird nur noch 40 Stunden Arbeitszeit benötigt. Jede und jeder müßte nur noch vier Stunden arbeiten. Eigentlich ein Grund zur Freude, doch anstatt sich zu freuen, jammern die Medien über den Arbeitsplatzabbau und die Regierung verspricht Sofortmaßnahmen zur Schaffung von Arbeit. Wo wir doch vorhin festgestellt haben, daß eher die Abschaffung von Arbeit anzustreben ist. Absurd! Doch dem nicht genug - was passiert? Sechs Leute werden entlassen und die anderen vier müssen weiter acht Stunden arbeiten und zwar schneller! Anstatt für alle das Leben zu erleichtern werden die einen in Existenzangst gestürzt und die anderen müssen in der gleichen Zeit mehr arbeiten. Nur weil die Unternehmen die Gunst der Stunde nutzen, um mit der Umstellung auf neue Besen die Ausbeutungsrate der Verbliebenen zu erhöhen. Warum? Das Unternehmen handelt nicht nach dem Prinzip der Menschlichkeit und Bedürfnisbefriedigung, sondern danach, den eigenen Gewinn zu maximieren und zu expandieren. Die hauptsächliche Gewinnquelle ist die Ausbeutung der Arbeitskraft derer, die zum Verkauf derselben gezwungen sind, um überleben zu können. Nun können wir auch die Aufregung der Massenmedien verstehen. Da die Masse der Leute zur Existenzsicherung darauf angewiesen ist, mindestens acht Stunden zu arbeiten, erleben sie den Abbau der benötigten Arbeit als persönliche Bedrohung und reagieren darauf mit dem Ruf nach mehr Arbeit! Um überleben zu können, rufen die Ausgebeuten nach ihrer Ausbeutung und beten die eigene Ausbeutung an. Nicht weil sie ausgebeutet werden wollen, sondern weil sie überleben wollen und keine Alternative kennen. Die Massenmedien übernehmen diesen Ruf, weil sie von den Massen gekauft werden, und bestätigen damit die, die noch unsicher waren.(1)

Dabei ist es doch schön, mehr Zeit für die schönen Dinge des Lebens zur Verfügung zu haben! Je weniger Arbeit, desto besser! Die beiden Szenarien - Fegen für sich und das soziale Umfeld vs. Fegen zum Geldverdienen bei einem Unternehmen - machen deutlich, daß die Abschaffung von Arbeit zu begrüßen und der Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft zu bekämpfen ist.

Lasst
die Sozialisation der Zurichtung
zur Sozialisation der Emanzipation
werden!

(Kater Francis Murr)

---

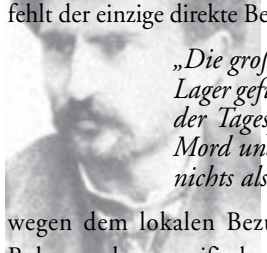
1) Die BILD-Zeitung als Prototyp des Massenmediums ist nicht umsonst Vorreiter beim Ruf nach mehr Arbeit.
Was heißt janusköpfig?
Bild eines zweigesichtigen Mannes, Sinnbild des Zwiespalts, des Ja und Nein

(Fortsetzung von Seite1)

Briefpakete aus Bologna!?

Anarchismus und bewaffneter Kampf in Italien

Und Allen schlottern die Knie. Kaum eine/r fragt, was eigentlich das Interesse der Berlusconi-Regierung an einer derartigen Kampagne ist, wenige wagen den Blick in die italienische Geschichte - ich meine, was ist nicht alles allein in Bologna passiert! Nö, da latscht die Journaille lieber *dpa*-Meldungen aus, kommentiert die Phrasen der italienischen Politiker im Stile eines mode-moderierenden Sportreporters und ist dabei nicht mal in der Lage, die einfachsten Fakten zusammenzutragen.
Aber auch in der kritischen und emanzipatorischen Presse werden weithin nur die eigenen Vorurteile bestärkt, alte Verschwörungstheorien gepflegt und letztlich kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung geführt. Da redet mensch vom Wiederaufleben der „Strategie der Spannung" und den „bleiernen Jahren" (s. Kasten). Als wenn Tischfeuerwerke mit Bombenanschlägen, Morde mit Ermittlungen zu verwechseln wären. Unbestritten, die italienische Regierung nutzt die Vorfälle, wo sie nur kann, ideologisch, politisch, strategisch. Ist deshalb alles fingiert? Vielleicht sind wirklich nur die brennenden Mülltonnen das Werk der bekennenden **FAI**. Auf dem zweiten Schreiben, das sich zeitlich nur noch auf das Briefpaket für Prodi beziehen läßt, ist ja nicht mal die Stellungnahme der ausführenden Gruppe (in Schablonenschrift s. l. Kasten) zu finden und damit fehlt der einzige direkte Bezug zu der Aktion. Ich glaube dennoch, die schriftliche Bekennung ist echt,



„Die große Masse ahnt natürlich nichts von den Diskussionen, welche in unserem Lager geführt werden. Da sie keine andere Ansicht vernimmt als die Verleumdungen der Tagespresse ist sie auch der Ansicht, der Anarchismus sei nichts anderes als Mord und Bomben, Anarchisten seien eine Art von blutrünstigen Tieren, die von nichts als Mord und Zerstörung träumen."[1] ***Errico Malatesta (1918) s. Bild***

wegen dem lokalen Bezug zu Bologna, dem spezifischen Milieu, der taktischen Wahl von Ziel und Mitteln, der Art und inhaltlichen Tiefe des Bekennungsschreibens, der historischen Kontinuitäten im bewaffneten Kampf Italiens und auch wegen der absichtlichen Abkürzungsverwechslung mit der „offiziellen" ***Anarchistischen Förderation Italien*** (**FAI.**), die das angefügte PS ironisch entschuldigt (alle mit Kürzel erwähnten Gruppierungen sind auf S. 22 näher erläutert).
Zweifel indess hege ich ebenfalls gegenüber der europäischen Dimension der ganzen Aktion. Der Zusammenhang mit den Briefpaketen an die EU-Institutionen ist weder zeitlich noch durch das BekennerInnenschreiben gedeckt. Mittel und Zielwahl sind anders. Niemand bekennt sich, weiterhin. Alles beruht auf den spärlichen Aussagen der italienischen Ermittlungsbörden und verantwortlichen Minister, die außer der gleichen Bauweise der Pakete und dem Aufgabeort Bologna, außer der Behauptung von unbekannten

WAS GESCHAH?

SON 21.12.2003
Zwei Mülltonnen in der Nähe von Romano Prodis Familienhaus in Bologna gehen in Flammen auf.

DIE 23.12.2003
In der örtlichen Redaktion der Tageszeitung *La Repubblica* geht mit Poststempel CMP 21/12/2003 ein zweiteiliges BekennerInnenschreiben der **FAI. - *Informelle anarchistische Föderation*** ein.

SAM 27.12.2003
Ein präparierter Brief geht in den Händen des EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi mit einer Stichflamme in die Luft. Der auf Verdacht vorsichtige Prodi kann das an seine Frau adressierte Buchpaket noch rechtzeitig von sich schleudern. Leicht Verletzte: ein Möbelstück und ein Teppich.

SON 28.12.2003
Die *FAI - Italienische Anarchistische Föderation* dementiert jeden Zusammenhang mit dem BekennerInnen-Schreiben und den Briefen.

MON 29.12.2003
Mit Poststempel Bologna CMP 22/12/2003 trifft ein weiteres Schreiben der ***Informellen anarchistischen Föderation*** ein. Diesmal bei der mailändischen Redaktion der Tageszeitung *Libero*. Das Gleiche wie in Bologna, bloß ein Zusatz in Schablonenschrift fehlt.

Ein entzündliches Briefpaket wird in der Poststelle der **EZB** abgefangen. Adressat: Jean-Claude Trichet, Präsident der ***Europäischen Zentralbank*** in Frankfurt. Niemand wurde verletzt.

Strategie der Spannung...

„Die Rechten stellen sich selbst in den Dienst des Staatsapparates, in dem sie eine Strategie unterstützen, die man als Strategie der Spannung bezeichnet. Dreißig Jahre lang bis in die achtziger Jahre wurde die Bevölkerung absichtlich in Unruhe und Angst vor einem Ausnahmezustand gehalten. Bis sie bereit war, einen Teil ihrer persönlichen Rechte im Austausch für größere Sicherheit aufzugeben, für die alltägliche Sicherheit, die Straße entlang zu gehen, mit der Bahn oder dem Flugzeug zu reisen, in eine Bank zu gehen. Die Menschen in diese Haltung zu zwingen, das ist die Logik, die hinter den Verbrechen steckt. Und da der Staat dahinter steht, der sich nicht selbst belasten wird, werden diese Verbrechen unaufgeklärt bleiben."
Vincenzo Vinciguerra, wegen der Morde von Peteano 1972 zu lebenslanger Haft verurteilter Neofaschist und Gladiator.

...bezeichnet eine Taktik, die in den Siebzigern von faschistischen und neofaschistischen Zellen (***MSI*** u.a.) im Umfeld der ***Gladio***-Strukturen, unter Mithilfe von ***CIA*** und Federführung von ***P2***-Mitgliedern gegen die historisch starke Linke in Italien forciert wurde. Die ***PCI*** konnte absehbar nicht mehr an einer Regierungsteilnahme gehindert werden. Ein klarer „Bündnisfall". Der bewaffnete Kampf der ***Roten Brigaden*** wurde instrumentalisiert, wie entfacht, um die AkivistInnen von der Bevölkerung zu trennen und das allgemeine Sicherheitsbedürfnis zu erhöhen. In Italien brechen die „bleiernen Jahre" an:
...
28. Mai 1974, Brescia, Piazza della Loggia. Während einer antifaschistischen Demonstration der Gewerkschaft explodiert eine Bombe, die 9 Tote und 90 Verletzte fordert ...
4. August 1974, „Italicus"-Express. Die Explosion einer Bombe in einem Schnellzug auf der Strecke Florenz-Bologna tötet 12 Fahrgäste und verletzt 48 ...
2. August 1980, Bologna, Bahnhof. Eine Bombe tötet 85 Menschen und verletzt 200 weitere ...

Faschisten und Geheimdienst sind fast immer verwickelt. Gleichzeitig startet eine ungeahnte Repressionswelle gegen die linke und außerparlamentarische Bewegung und ihre Strukturen. Hunderttausende wandern hinter Gitter, während die katastrophalen Ermittlungen und Prozesse gegen die Attentäter und ihre Helfershelfer fast immer mit Freisprüchen enden. Ein Gruselkapitel der italienischen Staatsgeschichte. Zu dessen Alt-Mimen gehört auch, mensch höre und staune, der Silvio ...

personellen Verbindungen zu verschiedenen europakritischen Gruppen eigentlich nichts in der Hand haben. Wenn mensch dann noch bedenkt, daß die Briefpaketeserie schon ein günstiger Anlaß war, eine langgeplante europäische Antiterrorrunde unter italienischem Vorsitz durchzuführen, prompt die anarchistische Bewegung auf die Agenda zu setzen[2] und dann eine Sondereinheit unter italienischer Führung zu bilden, die sich mit allgemeinen Ermittlungen gegen die anarchistische Bewegung in ganz Europa richtet. Das riecht förmlich nach einer politischen Strategie der italienischen Regierung und ihrer Helfershelfer, schmeckt zumindest mach einer Taktik, um dieses Gremium zu dominieren. Und ehrlich gesagt, wäre das auch keine historische Neuheit.

Aber auch ohne die Reichweite der Aktion und eventuelle Einflußnahmen genau bestimmen zu können, erscheint es mir als richtig und wichtig, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Bekennungsschreiben zu wagen, dessen zweiter Teil einen „offenen Brief an die anarchistische und antiautoritäre Bewegung" enthält. Eine Auseinandersetzung, die auch lohnt, weil sie Fragen der Organisierung, mit der nach dem bewaffneten und militanten Kampf, die anarchistische Idee der Revolution mit historischen wie aktuellen Taktiken zur Erreichung derselben verbindet. Ein Anfang liegt hier vor. Der spezifisch italienische Hintergrund mußte aus Platzmangel leider größtenteils in die Kästchen wandern, wie auch die zwei historischen Exkurse.

„Wir konnten uns die Freude nicht vorenthalten, aktiv Kritik an dem ausgehenden italienischen Präsidentschaftssemester auszuüben ..." **FAI**

FAI. - Operation Santa Claus

So hat das bekennende Bündnis aus mehreren Gruppen den ersten Teil ihres Schreibens überschrieben. Titel der „ersten Kampfkampagne der Informellen Anarchistischen Föderation" (alle folg. Zitate aus eben dem).

Gegen wen sich diese Kampagne richtet, wird nach einer kurzen Analyse der Verhältnisse innerhalb der ***Europäischen Union*** deutlich. Ihre Konsolidierung (Verfassungsvertrag) bedeute den Ausbau von Herrschaft und Macht, durch intensivierte Repression nach Innen (Sicherheitspolitik) wie Außen (Migrationspolitik). Eine weitere Stärkung der Zentralgewalten mit neuen Praktiken der Ausbeutung und Unterdrückung anstelle der Zersetzung derselben (vgl. auch ***Feierabend!*** **#10** S. 17 bzw. in diesem Heft S. 1/8). Als taktische Ziele jenes Kampfes gelten deshalb die verschiedenen Polizeien, das europäische Heer, das Haftsystem und die Bürokraten und PolitikerInnen, die diesen Institutionen das Überleben sichern. Eine Zielwahl, die sicher auch eng mit den historischen Erfahrungen der Gruppen insbesondere der spanischen wie italienischen **C5** verknüpft ist.

Dann erklären die BekennerInnen, daß die Aktionen in Technik, Zeit und Modalität so ausgerichtet sind, daß sie das „zu Schaden kommen" Unschuldiger möglichst ausschließen. Sie betonen ihre Entschlossenheit, weiter gegen die „.Herrschaft des Menschen über den Menschen und des Menschen über die Natur" zu kämpfen, und enden mit der vorsichtigen Hoffnung, daß die „destruktive/konstruktive Spannung für eine bessere Welt" auf den Straßen wächst. Angefügt ist - zumindest im ersten Brief an die Tageszeitung *La Repubblica* - ein kurzer Teil in Schablonenschrift, offenbar von der direkt ausführenden Gruppe ***handwerkliche Genossenschaft für Feuer und Ähnliches***, die hierin Romano Prodi und seiner Familie ziemlich niveaulos droht, sich auf einige tote, anarchistische Aktivisten in Italien (allesamt d. Polizeigewalt Getötete) bezieht und letztlich Anarchie und **FAI.** hochleben läßt.

Die Aktion (Kampagne), ob sie sich nun auf die zwei Mülltonnen für sich oder/und auf den präparierten Brief an Prodi beschränkt oder doch alle Briefpakete an die EU-Institutionen mit umfasst, ist sicher in der Tradition des bewaffneten Kampfes der außerparlamentarischen Strömungen in Italien zu sehen,

eine Nähe, die das Schreiben auch an verschiedenen Stellen suggeriert. Nichtsdestotrotz läßt der Text die Wahl der Mittel prinzipiell offen, und nicht unberechtigt ist die Frage, inwieweit brennende Abfalltonnen und verschicktes Tischfeuerwerk überhaupt zum bewaffneten Kampf zu zählen wären. Auch wenn Analyse, Kritik und auch Ziel- und Mittelwahl durchaus anarchistischen Idealen folgen, zeigt doch gerade die Ermangelung solidarischer Bekundungen innerhalb und außerhalb von Italien, die tendenzielle Isolation der involvierten Gruppen und ihrer „Kampfkampagne". Der Rechtfertigung über die Freiheit jedes/R Einzelnen, seiner/ihrer Empörung gegen Herrschaft, Ausbeutung und Diskriminierung im Hier und Jetzt Ausdruck zu verleihen,

WASHINGTON

In einer Einrichtung von ***Europol*** in Den Haag wird ein Brief entschärft. Adressat hier: Jürgen Storbeck, Chef der Polizeibehörde Europol. Verletzte: Niemand.

DIE 30.12.2003
Die EU-Agentur für grenzüberschreitende Kriminalität ***Eurojust*** in Den Haag erhält ebenfalls ein Briefpaket. Experten können es entschärfen, bevor es seine stichflammenartige Wirkung entfaltet.

MON 05.01.2004
Im Abstand weniger Stunden gehen zwei präparierte Briefe in Flammen auf. Einmal im Brüsseler Büro des deutschen EU-Parlamentariers Hans-Gert Pöttering (***Europäische Volkspartei*** [EVP]) und zum anderen im Büro des britischen EU-Parlamentariers Gary Titley (***Sozialdemokratische Partei Europa*** [SPE]) in Manchester. Verletzt wurde dabei niemand.

Ein drittes Briefpaket, das an den konservativen spanischen Abgeordneten Jose Ignacio Salafranca adressiert war, wurde im ***Europaparlament*** rechtzeitig abgefangen. Keine Verletzten.

Am selben Tag treffen sich in Rom mehrere Anti-Terrorexperten aus europäischen Ländern. Die bereits seit längerem geplanten Runde steht unter der Leitung des italie-nischen Polizeichefs Gianni De Gennaro.
Sie beschliessen die Einrichtung einer „Sondereinheit zur Aufklärung anarchistisch-aufständischer Gewalt". Diese soll innerhalb von zwei Monaten das Phänomen untersuchen und die Ermittlungsergebnisse der verschiedenen Länder zusammenbringen. Geleitet wird die Ermittlungsgruppe vom Chef der italienischen Antiterroreinheit, Gianni Luperini.

Die Bekenner

FAI - *Informelle anarchistische Konföderation* **(Federazione Anarchica Informale):** Erstmals im Zusammenhang mit den Briefpaketen in Erscheinung getretene Organisation (informelles Bündnis) aus ...

a) *(gelegentlich spektakuläre) handwerkliche Genossenschaft für Feuer und Ähnliches* **(Cooperativa Artigiana Fuoco e Affini (occasionalmente spettacolare):** Einmalig kurz vor dem G8-Gipfel in Genua 2001 durch drei präparierte Briefe und einen deponierten, nicht explodierten Sprengsatz aufgetreten.

b) *Brigade 20. Juli* **(Brigata 20 luglio):** Bekannt geworden durch zwei Sprengsätze im Februar und Dezember 2002, die sich gegen Gendarmerie und Innenministerium wandten.

c) **C 5** - *Zellen gegen das Kapital, das Gefängnis, die Schließer und ihre Zellen* **(Cellule contro il Capitale, il Carcere, i suoi Carcerieri e le sue Celle):** Bekannteste der Gruppierungen mit gleichnamiger Schwester in Spanien. In den historischen Kampf gegen die „erschwerte Haft" (FIES) in Spanien verwickelt und insbesondere 2001 durch Anschläge und Brandpakete in Italien und Spanien aufgefallen.

d) *Internationale Solidarität* **(Solidarietà internazionale):** Hat sich 1998/99 zu Sprengstoffanschlägen in Mailand bekannt im Kampf gegen FIES und zur Befreiung griechischer, inhaftierter AnarchistInnen.

offizielle Vereinigungen

FAI- *Anarchistische Förderation Italien* **(Federazione Anarchica Italiana):** Aus dem Kongreß 1872 in Saint-Imier hervorgegangen und 1945 aus der **UAI - der** *Italienischen Anarchistischen Union* **(Unione Anarchica Italiana)** neu gegründet.

PCI- *Kommunistische Partei Italien* **(Partito Comunista Italiana):** Die klassische KP. Hier in Italien. 1989 aufgelöst und gespalten in **PDS - Partei des Demokratischen Sozialismus (Partito Democratico Socialisto)** und **PRC - Partei der Kommunistischen Wiedergeburt (Partito della Rifondazione Comunista).**

weitere Gruppierungen...

MSI - *Movimento Sociale Italiano*: 1946 von Giorgio Almirante, Pino Rauti, Julius Evola und Clemente Graziani gegründete faschistische Partei mit terroristischen Unterorganisationen. Heute bekannt als *Alleanza Nazionale* **(AN)**, zur Zeit drittstärkste Partei Italiens.

Gladio: Eine geheime Organisation der **NATO**, 1957 gegründet, die unter der Federführung des **OSS** bzw. CIA Sabotage und Terror im Falle einer Besetzung durch die Rote Armee durchführen sollte. Zeitweilig ca. 15000 AktivistInnen, vornehmlich aus faschistischen und neofaschistischen Organisationen. Immer wieder in Attentate und Bombenanschläge nicht nur in Italien verwickelt, vor allen Dingen während der sogen. „bleiernen Jahre".

P2/P3 - *Propaganda Due*: Die Loge wurde Ende der 1960er vom Altfaschisten Licio Gelli gegründet und 1990 bei einer Steuerfahndung zufällig aufgedeckt. Mitglieder waren mehr als 2000 Prominente aus Wirtschaft, Politik und Militär; Ziel ein sanfter „weißer Putsch" zur Installation eines autoritären Regimes. Mitglied 1816: Silvio Berlusconi.

BR - *Rote Brigaden* **(Brigate Rosse)**: 1970 aus den Arbeitskämpfen bei Pirelli hervorgegangen. Der bewaffnete Kampf sollte eine Antwort auf die Repression von Firmenleitung und Staat darstellen. Nach Unterwanderung der Strukturen durch mehrere Geheimdienste 1986/87 aufgelöst.

BR-PCC - *Rote Brigaden - Kämpfende Kommunistische Partei* **(Brigate Rosse-Partito Comunista Compattente)**: 1999 (Massimo D'Antona-Attentat) und 2002 (Marco Biagi-Mord) mit BekennerInnenschreiben aufgetreten. Die Ermittlungsbehörden vermuten (sic!) über diverse Aktionen und Initiativen wie z.B. **NCC** - *Kämpfende Kommunistische Kerne* **(Nuclei Comunisti Combattenti)**, **NIPR** - *Kerne der revolutionären proletarischen Initiative* **(Nuclei di iniziativa proletaria rivoluzionaria)**, **NTA** - *Territoriale Antiimperialistische Kerne* **(Nuclei territoriali antiimperialisti)** und **NPR** - *Revolutionäre Proletarische Kerne* **(Nuclei proletari rivoluzionari)** eine Verbindung mit der „alten neuen" **BR-PCC**, die 1988 Roberto Ruffilli umbrachte und seitdem nicht mehr in Erscheinung getreten ist.

Europposition **(Europposizione)**: Mai 2003 bzw. bei der EU-Regierungskonferenz in Rom am 04.10.03 mit EU-feindlichen Thesen (einige im Online-Archiv der *Jungle World*) angeblich erstmals aufgetreten, als Bündnis verschiedener Gruppierungen. Auch im Internet. Die italienischen Behörden beziehen sich lediglich auf angebliche unbekannte personelle Überschneidungen, um eine Verbindung zu den Briefpaketen herzustellen.

stehen dabei die Einvernahme durch die staatlichen Behörden (die darauf nur gewartet haben!) und die jetzt einsetzende Repression gegen die anarchistische Bewegung in ganz Europa entgegen. Mildernd bleibt da nur: Niemand kam bis jetzt ernstlich zu Schaden.

„Unsere Mittel sind diejenigen, die uns die Umstände gestatten und aufzwingen. Gewiss möchten wir niemandem ein Haar krümmen; wir möchten gern alle Tränen trocknen, ohne eine vergiessen zu lassen. Doch andrerseits müssen wir in dieser Welt, wie sie ist, kämpfen, wenn wir nicht unfruchtbare Träumer bleiben wollen."*[4] *Errico Malatesta

Wer wir sind. - FAI.

Nur ein dummer Bubenstreich, verübt von einer handvoll Leuten, die einmal zu oft in der Geschichte des italienischen Widerstandes geblättert haben? Nein. Gerade der zweite Teil des Schreibens, der „offene Brief an die anarchistische und antiautoritäre Bewegung", zeugt von einer tiefen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Fragen der Organisierung in idealistischer und historischer Dimension und kann so gesehen als kurze Programmatik verstanden werden. Während unter den Schlagwörtern ‚Föderation' und ‚Anarchistisch' weitestgehend Gemeinplätze der historisch anarchistischen Dis-

Direkte Aktion

„Aber der Kongress betrachtet es als die Aufgabe der Anarchisten in den Organisationen das revolutionäre Element zu bilden und nur jene Arten von ‚direkter Aktion' zu propagieren und zu unterstützen (Streik, Boykott, Sabotage etc.), die in sich selbst einen revolutionären Charakter im Sinne der sozialen Umgestaltung tragen."
Internationaler anarchistischer Kongreß in Amsterdam,
25.-31. August 1907

Diese taktische Bezeichnung ist innerhalb des revolutionären Syndikalismus bzw. Anarcho-Syndikalismus entstanden, der um die Jahrhundertwende durch das verstärkte politische Interesse und den wachsenden Organisierungsgrad der ArbeiterInnenbewegung vermehrt anarchistische Ideen in die Fabriken tragen konnte. Alle wesentlichen Elemente der „Propaganda durch die Tat" kehren mit der „direkten Aktion" wieder. Allerdings wurde heftig über das Ziel solcher Aktionen diskutiert, die sich in ihrer Reichweite auf einen einzelnen Arbeitskampf beschränkten. Wie revolutionär oder reformistisch konnten sie sein? Schließlich gab es unter den AnarchistInnen auch einige Skepsis darüber, inwieweit sich die anarcho-syndikalistische Bewegung vom Marxismus, den Gewerkschaften abheben könnte; nicht den Kampf einer Klasse zu führen, ihr gar zur Diktatur zu verhelfen.

„Die Anarchisten betrachten die syndikalistische Bewegung und den Generalstreik als mächtige Kampfmittel, aber nicht als Ersatz der sozialen Revolution." Ebenda.

Die Spannungen zwischen Anarchismus und Syndikalismus haben viele Früchte getragen.

Direkte Aktion - heißt seinen Arbeitsplatz als einen ausgezeichneten Raum politischer Aktion wahrzunehmen, heißt die unmittelbare, individuelle oder kollektive Intervention gegen Herrschaft, Ausbeutung und Diskriminierung an dem Ort, wo sie ursächlich beginnt, und mit dem Ziel jene Machtformen von Menschen über Menschen für immer zu beseitigen.

kussion berührt werden - die freie Assoziation von Gruppen und Individuen in horizontalen Strukturen zum Zwecke der Auflösung von Staat und Kapital, die Wirksamkeit der „direkten Aktion“ und ihrer „Propaganda durch die Tat“ - bereitet doch gerade der informelle Charakter dieser Art der Organisation - ja auch im Bündnisnamen **FAI.** ausschlaggebend - einige Kopfschmerzen. Informell - weil nicht demokratisch, ohne Delegierte, Komitees oder Plena samt ihren Organen, um das Entstehen von charismatischen WortführerInnen zu vermeiden. Informell - weil gestützt auf eine weitestgehend anonym geführte Debatte allein durch die Propaganda der Tat (+Bekennung und evtl. Kampagnenaufrufe). Informell - weil die Erfahrungen der ***Roten Brigaden*** gezeigt haben, wie angreifbar eine Organisationsform ist, die mit festen Strukturen aus dem Untergrund heraus agiert(Reguläre/Irreguläre KämpferInnen). Informell - um der staatlichen Repression besser ausweichen zu können.

„Nur die globale Revolution, nach anarchistischen Prinzipien, kann garantieren, dass Terrorismus auf den Platz verwiesen wird, der ihm innerhalb der menschlichen Zivilisation zukommt - in den Abfalleimer der autoritären Ideen.“[4]

Falls der revolutionär anarchistische Ansatz geteilt wird, kann prinzipiell jede Gruppe oder Einzelperson unter Wahrung der Anonymität zur **FAI.** gehören, indem sie durch Aktionen „revolutionäre Solidarität“ übt mit Inhaftierten oder von staatlicher Willkür Betroffenen bzw. „revolutionäre Kampagnen“ startet, die nach dem Vorbild des vorliegenden Textes und der dazugehörigen Aktionen gestaltet sind. Kritik innerhalb der **FAI.** könne sich ebenfalls über „Aktionen/Communiqués konkretisieren“. Ganz nebenbei werden „Informationsinstrumente der Bewegung“ erwähnt, die ebenfalls an der Verbreitung von Theorie und Kritik mitwirkten. Informelle Gegenseitigkeit? Die Kulturfrage bleibt unbeantwortet.

Auch wenn ich viele organisatorische Bedenken der BekennerInnen der **FAI.** teile, ziehe ich doch den direkten Kontakt, das Gespräch, dem anonymen vor. Auch liegt mir, wie der sich distanzierenden ***Anarchistischen Förderation Italiens,*** der Transparenzgedanke näher als der der Informalität, jeder Repression zum Trotz. Und schließlich respektiere ich zwar die historische Dimension der bewaffneten Kämpfe in Italien, wie die prekäre Situation von politischen AktivistInnen speziell der italienischen, wage aber dennoch die Frage, ob nicht die ein oder andere Diskussion, so mancher kritische Gedanke, dazu beigetragen hätte, eine Aktion zu konzipieren, die in ihrer Art und schließlich auch in ihrer Zielwahl nicht so kläglich ausgefallen wäre, wie die „Operation Santa Claus“. Dabei müßte zuförderst geklärt werden, ob der bewaffnete Widerstand zum jetzigen Zeitpunkt und überhaupt ein Mittel darstellt, die Bevölkerungen für den Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse, für anarchistische Ideen und die Möglichkeit einer anderen Vergesellschaftung zu gewinnen. Sowohl durch die Propaganda der Tat als auch durch direkte Aktionen kann heute subversiv viel erreicht werden, wenn sie klug gesetzt und vermittelbar sind. Waffen und Konfrontationen dagegen, bleiben den Beweis ihrer dauerhaften Wirksamkeit in der Geschichte des weltweiten Kampfes gegen Staat und Kapital bis heute schuldig. (clov)

Propaganda durch die Tat...

„Die italienische Förderation glaubt, daß die insurrektionelle [aufständische] Tat, die dazu bestimmt ist durch die Tat die sozialistischen Prinzipien zu verkünden, das allerwirksamste Propagandamittel ist, und das einzige, das ohne die Massen zu korrumpieren oder zu betrügen, bis zu den allertiefsten sozialen Schichten eindringen und die lebendigen Kräfte der Menschheit für den Kampf gewinnen kann, der von der Internationale geführt wird.“[5]

Die ital. Delegierten Carlo Cafiero und Errico Malatesta auf einem internationalen Kongreß im Oktober 1876.

...bezeichnet eine spezifische Taktik der anarchistischen Bewegung, die insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s heftig diskutiert wurde. Sie zielt darauf ab, anarchistischen Ideen, der Aufklärung über die Verhältnisse und ihre Angreifbarkeit, der anarchistischen Gesellschaftlichkeit den Weg zu den Menschen zu bahnen. Und zwar nicht nur in Wort und Schrift, sondern durch die direkte Tat. Gemäß dem Ideal der Handlungsautonomie jedes/r Einzelnen und der Freiheit von Jedem, sich auch im Hier und Jetzt zur Wehr zu setzen, anstatt das individuelle oder kollektive Bedürfnis nach Revolte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu vertrösten. In der konventionellen Geschichte ist diese Taktik leider nur im bewaffneten Kampf aufgefallen (Attentate gegen Monarchie u. Polizei/Militär), während die ethische Dimension der tätigen Teilhabe am Anderen, der Versuch Freiräume zu erobern und zu schützen, die Selbstorganisierung und handgreifliche Solidarität, die wesentlich stärkeren Facetten „der Tat“ waren. Der Beschluß der IAA. (***Internationale ArbeiterInnen Assoziation***) 1881 in London - er fußt auf den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre unter dem allgemeinen Eindruck des Erstarkens der ArbeiterInnenbewegung und der zunehmenden Repression durch die Behörden - bringt die taktische Diskussion zu einem vorläufigen Ende:

„In Erwägung, daß die IAA. es für notwendig erkannt hat, der mündlichen und schriftlichen Propaganda die Propaganda durch die Tat anzuschließen, in fernerer Erwägung, daß die Zeit eines allgemeinen Ausbruchs nicht fern ist und daß die revolutionären Elemente aller Länder berufen sein werden all ihre Aktionskraft zu entfalten, - spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß die sich der IAA. anschließenden Organisationen folgende Vorschläge beachten: Es ist von strikter Notwendigkeit, alle Anstrengungen zu machen, durch Taten die revolutionäre Idee und den Geist der Empörung in dem Teil der Volksmassen zu propagieren, der sich noch abseits von der Bewegung befindet und Illusionen über die Legalität und die Wirksamkeit der legalen Mittel hegt.“[5]

*__Die Übersetzung des BekennerInnenSchreibens unter:__
www.de.indymedia. org/2004/01/71608. shtml
__Dementi der FAI unter:__
www.de.indymedia.org/2004/01/72208. shtml
__Zu den alten und neuen Roten Brigaden:__
www.geocities.com/aufbaulist/Zeitung/Artikel_26/Nachrichten.htm oder antifa.unihannover.tripod.com/rote_Brigaden.html
__Zur P2-Loge und Gladio:__ zoom.mediaweb.at/zoom_4596/italien.html
__Zur parlamentarischen Geschichte Italiens ab 1989:__
www.uni-duisburg.de/AL/BASTA/b1-96-5.htm

__Zur Strategie der Spannung:__
www. malmoe.org/artikel/top/494

[1]aus Errico Malatesta, *„Anarchismus und Gewalt“* (1918), Edition Anares, 1987, www.Anares.org
[2]die gerade in Italien so manche Regierung unter Druck setzte, durch Militanz und ihren Rückhalt in d. Bevölkerung
[3]zit. n. Hector Zoccoli, *„Die Anarchie“*, Kramer, Berlin 1976
[4]Anarchistisches Kollektiv *„Slobodna Krajina“* (Banjaluka-Bosnia and Herzegovina) ab_useyu@yahoo.co.uk
[5]Max Nettlau, *„Geschichte der Anarchie“*, Bd. 3, Impuls-Verl.

Quellen Informationen

Erinnerung an die Gegenwart

Der vergessene Krieg in Tschetschenien

Die russische Armee sperrt Menschen, darunter viele alte Leute, in sogenannte Filtrationslager, wo sie bei jeder Witterung in Erdhöhlen kauern müssen. Ihre einzige Hoffnung: Vielleicht können Verwandte sie freikaufen. 14-jährige Kinder werden mit Elektroschocks gefoltert, um ihnen Informationen abzupressen. Gegen die Zivilbevölkerung werden Streugeschütze eingesetzt, die nach allen internationalen Konventionen geächtet sind und die verheerende Zerstörung im menschlichen Körper anrichten..." [2]

Diese Zeilen beschreiben den Krieg, den die russische Armee, auf Geheiß Putins und des Kremls gegenwärtig gegen Tschetschenien und vor allem die dortige Zivilbevölkerung führt. Dieser Krieg findet zwar offiziell in Tschetschenien statt, betrifft aber auch die Bevölkerung in Rußland. Hier wie da kann man leicht zwischen die Fronten geraten, als SchauspielerIn in einem Moskauer Theater, als tschetschenischer Flüchtling oder einfach nur, indem man in diesen Staaten lebt.

Um die UN und die Weltöffentlichkeit dazu zu bewegen, sich mit dem Krieg im Nordkaukasus zu befassen, befindet sich seit dem 18. Januar 2004 der Abgeordnete des EU-Parlaments Olivier Depuis (International Radical Party) im Hungerstreik.

Was geschieht dort? Es herrscht seit 10 Jahren Krieg zwischen den russischen und tschetschenischen Machthabern. Tschetschenien hatte vor dem Krieg ca. 1 Million EinwohnerInnen und liegt im Nordkaukasus, südlich der russischen Grenze. Die Gründe für diesen Krieg sind vor allem eins: verwirrend vielschichtig. Dass verwundert nach 10 Jahren, in denen sich eine eigene Kriegsinfrastruktur entwickeln konnte, nicht sehr. Da Informationen über die tatsächlichen Ereignisse so gut wie nicht zu bekommen sind, weder von der russischen Seite, die davon spricht Terroristen zu bekämpfen, noch von tschetschenischer Seite, über die eine Informationsblockade verhängt wurde, ist es nicht möglich zu sagen, welche Seite wofür verantwortlich ist. Man kann lediglich abwägen, welchen Interessen die Entwicklung dient.

Krieg lohnt sich für Herrscher, weil er die Aufmerksamkeit der BewohnerInnen Russlands von sozialen und ökonomischen Problemen ablenkt. In einer Welle allgemeiner Kriegsbegeisterung und Hetze ist es leichter, militaristische und chauvinistische Hysterie zu verbreiten, repressive Institutionen zu stärken und unpopuläre Reformen zu verabschieden. Der ehemalige Geheimdienstchef Wladimir Putin wurde von Jelzin 1999, kurz vor Beginn des zweiten Teils des Tschetschenienkriegs, als Ministerpräsident eingesetzt und in den darauffolgenden Wahlen, nicht überraschend, bestätigt. Putin erklärte sogleich die Bekämpfung der Islamisten und Separatisten in Tschetschenien zu seiner wichtigsten politischen Aufgabe.

Im Sommer 1999, also kurz vor Putins Einsetzung war u.a. Bassajew, Kriegsherr einer islamistisch-fundamentalistischen Gruppe, nach Dagestan[3] einmarschiert, wo islamisch-fundamentalistische Gruppen gegen die von Moskau unterstützten Klans rebellierten. Bassajew steht für den Kampf für ein islamistisches Tschetschenien.

Auf tschetschenischer Seite herrscht nicht weniger Chauvinismus und Nationalismus unter den verschiedenen Anführern. Es wird vermutet, dass tschetschenische Führer mit einer Abspaltung von Rußland den Grundstein für eine „Föderation Kaukasischer Völker" legen wollen. „Nach" dem ersten Krieg, als der Krieg mit verminderter Intensität fortgesetzt wurde, war das Land politisch unter verschiedenen Warlords (nichtstaatliche Kriegsherren) aufgeteilt, die sich wie Feudalherren benahmen und eine Willkürherrschaft ausübten.

Innerhalb Tschetscheniens gibt es außerdem einen Machtkampf zwischen dem Präsidenten Maßchadov und den Warlords. Maßchadov, ist Nachfolger Dudajews, der für die nationale Unab-hängigkeit eintritt. So-lange der Krieg anhält, behalten auch die Warlords ihre Anhänger und damit Macht.

Ein weiterer Grund liegt wohl im Öl. Zwar gibt es keine großen Erdölvorkommen und die vorhandenen Vorkommen sind eher von niedriger Qualität, aber es verliefen zwei wichtige Ölpipelines vom Kaspischen Meer durch Tschetschenien, was die Kontrolle der nordkaukasischen Republik interessant macht.[4]

Der Krieg, oder wie Jelzin es ausdrückte, die „Zerstörung von Banditen, Halsabschneidern und Terroristen" begann 1991. Damals erklärte der gewählte Präsident Dudajew die Unabhängigkeit Tschetscheniens und den Austritt aus der UdSSR. Der Kreml verhängte daraufhin den Ausnahmezustand.

Am 11. Dezember 1994 marschierten russische Truppen in Tschetschenien ein. Der Krieg dauerte offiziellen Angaben zufolge bis 1996 (5), woraufhin es bis 1999 Frieden gegeben haben soll. Dies ist jedoch zu bezweifeln. Man kann davon ausgehen, dass die Bombenexplosionen, Überfälle und Verschleppungen höchstens vermindert fortgeführt wurden. Anders ist es schwer zu erklären, dass einige Tschetschenen immer wieder davon sprechen, dass es eine Generation gibt, die nichts als Krieg kennt und besonders aufgeschlossen gegenüber dem Fundamentalismus ist. Hinzu kommt, dass diese Generation, auch ohne fundamentalistisch zu sein, allzu leicht in einen Fatalismus verfällt, der die ganze restliche Welt als Feind betrachtet, da man von ihr nur Gleichgültigkeit oder Feindschaft erfährt.

1999 begann der offiziell zweite, bis heute andauernde Teil des Krieges. Als Anlässe gelten der Einfall tschetschenischer Truppen in Dagestan, wo eine islamische Republik ausgerufen wurde und Anschläge in Moskau. Am bekanntesten wurde die Geiselnahme in einem Moskauer Theater im Oktober 2002. Ein tschetschenisches Kommando forderte mit quasi militärischen Mitteln den sofortigen Abzug des russischen Militärs und die Beendigung des Krieges in Tschetschenien. Die Antwort der russischen Regierung war der Einsatz von geheimen Chemiewaffen, mit denen 117 Geiseln und 50 Tschetschenen (darunter 18 Frauen) getötet wurden. Inzwischen gab das Antiterroristische Zentrum Tschetscheniens bekannt, dass es Dokumente gäbe, in denen Putin den Geheimdienst FSB anweist, in kürzerster Zeit Material zu fabrizieren, welches die tschetschenische Führung als Initiatoren der Geiselnahme darstellt. Des weiteren sollen alle Fakten geheim gehalten werden, die auf die Verwicklung hoher russischer Beamter in die Ereignisse hinweisen. Derzeit ermittelt der US-Geheimdienst FBI zu der Moskauer Geiselnahme, da auch US-amerikanische BürgerInnen durch den Einsatz von verbotenem Giftgas ums Leben kamen, so dass Putin aufgrund der größer werdenden Zweifel an der alleinigen Täterschaft von tschetschenischen Kämpfern unter Duck gerät.[6]

Insgesamt kamen bei Anschlägen in Moskau seit 1999 mind. 300 russische ZivilistInnen ums Leben. (2000 wurde der von Jelzin eingesetzte Putin in Wahlen „bestätigt“[7].

„Personen, die in der Stadt Grosny bleiben, werden als Terroristen und Banditen betrachtet. Sie werden von den Luftstreitkräften und Artillerie vernichtet..... Alle, die die Stadt nicht verlassen, werden vernichtet.“ (1)

Bei all diesen Vorfällen ist bis heute unklar, wer dahinter steckt. Es gibt Vermutungen und Anklagen sowohl der Russen, die die Tschetschenen beschuldigen und mit diesen Vorfällen den Krieg rechtfertigen, wie auch umgekehrt. Inzwischen wurden mindestens 100.000 Menschen ermordet, das ganze Land zerstört, mindestens die Hälfte der tschetschenischen Bevölkerung lebt im Exil und zurückgekehrte Flüchtlinge leben in Ruinen und Kellern.

Die Repressionen gegen die Zivilbevölkerung sollen aus Sicht der russischen Regierung „die soziale Basis des Widerstands unterminieren“.[8]

In diesen zehn Jahren hat sich eine eigene Kriegswirtschaft entwickelt, aus der die Militärs, wie auch die pro-russische Regierung unter Kadyrov ihre Einkünfte beziehen. (Kadyrov wurde im Oktober letzten Jahres mit Putins Hilfe zum tschetschenischen Präsidenten „gewählt“[9]. Täglich wird Erdöl lastwagenweise aus Tschetschenien nach Rußland transportiert, woran die Förderunternehmen, wie auch die Militärs (russische wie tschetschenische), die die LKWs passieren lassen, gut verdienen. Ein weiteres blühendes Geschäft ist der Frei-/ Verkauf von lebenden oder getöteten Gefangenen und der Dienst an Checkpoints.

Der jüngste Anschlag fand am 6. Februar 2004 in der Moskauer U-Bahn statt. In einer Rede am darauffolgenden Tag, erklärte Putin, Untersuchungen zu den Hintergründen des Anschlags, bei dem 50 Menschen starben und 150 verletzt wurden, seien nicht notwendig, da es sicher sei, dass „Maßchadov und seine Gangster“ dahintersteckten.

Damit verweigerte sich der russische Präsident auch jegliche Verhandlungen mit den „Terroristen“.[10]

Es ist derzeit Wahlkampf in Rußland. Wie schon 1999 scheint Putin seine Wahlkampfstrategie beizubehalten: Um die Bevölkerung aus ihrer Wahlapathie zu reißen, explodieren Bomben und Menschen sterben. Hinterher werden „tschetschenische Terroristen“ als Schuldige bezichtigt und der zu wählende Präsident erklärt, er werde Ordnung schaffen.[11]

Die Witwe des sowjetischen Bürgerrechtlers und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, Jelena Bonner, bezichtigt die russische Führung, mit dem neuen Tschetschenienkrieg innenpolitische Probleme zu überdecken. Sie sagte am 4.11.1999 vor dem Auswärtigen Ausschuss des US Senats: „Der erste Krieg wurde gebraucht, damit Präsident Jelzin wieder gewählt wurde. Dieser [zweite] Krieg wird gebraucht, um die Popularität des jetzigen Ministerpräsidenten Wladimir Putin in den Meinungsumfragen zu erhöhen, den Boris Jelzin als Nachfolger ausgewählt hat. Für die russische Armee ist der Krieg attraktiv, weil er den Generälen die Möglichkeit gibt, Rache zu nehmen für die Niederlagen in Afghanistan und im ersten Tschetschenienkrieg. Sie meinen, dass Alexander Lebed (5), die freie Presse und die öffent-liche Meinung Schuld haben an der Niederlage. Das Regime hat keinen anderen Weg gefunden als den Krieg, um die Öffentlichkeit hinter sich zu scharen, von ein Drittel von 51 Millionen unter der Armutsgrenze lebt.“[12]

Doch dieser Krieg wird nicht nur von Rußland und Tschetschenien geführt, sondern auch von all jenen hingenommen, die nichts zu seiner Beendigung tun. Auf internationalem Parkett versucht man mit dem ehemaligen Geheimdienstchef Putin Polka zu tanzen. Zwar kritisieren die westlichen Regierungen den Krieg, der auch gelegentlich Genozid genannt wird,

weiter auf Seite 26

beeilen sich aber zu erklären, dass ihnen die Hände gebunden seien, da es sich um eine innere Angelegenheit Rußlands handele.
Doch hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Verhandlungen diesen Krieg nicht beenden. Welchen Sinn können Verhandlungen haben, die von den Profiteuren des Leidens geführt werden?
Derweil bemüht sich Putin und mit ihm der ganze russische Informationsapparat, keine Informationen nach außen dringen zu lassen. Ließ das russische Fernsehen schon in den Jahren 1994 bis 1996 nur regierungstreue Meldungen in die Nachrichten, hört man nun so gut wie gar nichts mehr über die eigentlichen Zustände in Tschetschenien. Nicht selten werden ReporterInnen vom russischen Geheimdienst verfolgt und bekommen Morddrohungen. Von russischen anarchistischen Kreisen wird die Bevölkerung als passiv beschrieben. Trotzdem dieser Krieg auch der ihre ist, können sich nur die wenigsten vorstellen, mit ihrer Stimme Einfluß zu nehmen. Der sich verbreitende Nationalismus tut ein übriges.
Kritische Stimmen kommen vor allem von Menschenrechtsorganisationen und den Soldatenmüttern. Dies sind Mütter russischer Soldaten, die in diesem Krieg keinen Sinn sehen und ihre Kinder, die oft 18/19-jährig als Wehrdienstpflichtige in den bewaffneten Konflikt geschickt werden, schützen wollen. Die Soldatenmütter beklagen vor allem die Informationsblockade, die seit 1999 eine totale ist und dass die russische Regierung sich nicht zum Verbleib der Soldaten und der rechtlichen Grundlage, auf der dieser Krieg geführt wird, äußert.[13]
Eine Möglichkeit wie das Blutver-gießen beendet werden könnte, beschreibt Usmanow[14]: „Um den Krieg zu beenden, braucht man nur eine oder zwei Wochen. Einfach über das zentrale Fernsehen Rußlands, welches Putin völlig untergeordnet ist, die Leiden der tschetschenischen Frauen und Kinder zeigen! – Das reicht! Genau in einer Woche würde sich in Rußland die öffentliche Meinung ändern...“[15]
Was bleibt, ist einmal mehr die Notwendigkeit von unten Druck auf die Regierungschefs auszuüben, damit diese wenigstens aufhören zu morden. Ob der Hungerstreik des EU-Abgeordneten Depuis ausreicht, das Wegsehen der Mehrheit der Menschen als einen ersten Schritt zum Frieden zu beenden, bleibt fraglich. Selbst wenn die russische Armee abziehen würde, was eine Vorraussetzung für Frieden ist, gibt es genug innertschetschenische Probleme, die zu neuen Auseinandersetzungen führen könnten. Nur indem die Menschen aufhören, sich von anderen regieren zu lassen, kann es Frieden geben. Die, die unter dem Krieg leiden, müssen ihn beenden.

(volja)

Ständig aktualisierte Informationen auf Englisch unter: www.chechenpress.com

1) http://www.uhn-online.de/tschetschenien.htm

2) Anna Politikowskaja, in ihrem Buch „Tschetschenien – Die Wahrheit über den Krieg“, Dumont 2003, 16,90 Euro.

3) Nachbarepublik, die zu Rußland gehört. Dagestan ist die östliche Nachbarrepublik von Tschetschenien. Es besitzt eine lange Küste am Kaspischen Meer und ist wichtig für den Transitverkehr von Russland nach Aserbaidschan und in den Iran.

4) Eine war eine Pipeline, welche durch Dagestan und Tschetschenien die reichen Ölfelder des Kaspischen Meeres mit dem russischen Schwarzmeer-Hafen Noworossijsk verbindet. Diese Pipelines gibt es nicht mehr. (http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/243ak_tschetschenien.htm).

5) Bezieht sich auf das Abkommen von Chasavjurt, dass der damalige Chef des russischen Sicherheitsrates, General a.D. Alexander Lebed, am 22. August 1996 mit dem tschetschenischen Stabschef Maßchadov ausgehandelt hatte. Die Kernpunkte des Abkommens bestanden in dem vollständigen Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien, sowie in der Bestimmung, eine Entscheidung der Statusfrage erst Ende 2001 zu fällen. Der eigentliche Konfliktpunkt aber wurde weder durch das Übereinkommen, noch durch den am 12. Mai 1997 unterzeichneten Friedensvertrag gelöst. (http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/210_tschetschenien.htm).

6) www.chechenpress.com: „On situation about act of terror in „Nord-Ost“ Theatre“.

7) Entgegen den Voraussagen von Wahlforschern wurde er schon im ersten Wahlgang am 26. März 2000 zum Präsidenten gewählt. Nach umfangreichen Recherchen der regierungskritischen Zeitung „The Moscow Times“ war dies nur durch massiven Wahlbetrug möglich. So wurden in vielen Regionen säckeweise gefälschte Wahlzettel in die Wahllokale geschleppt oder die Gouverneure massiv angehalten, für Putin Stimmen zu sammeln, um an der Macht zu bleiben. The Moscow Times, 14.10.2000. (Statement of Elena Bonner for the Senate Foreign Relations Committee, 4.11.1999, verbreitet durch Institute for Democracy in Eastern Europe, Washington, http://www.idee.org).

8) Adlan Beno, Chechenpress, 30 January 2004.

9) Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2003 schaffte es Putin, der diese Wahlen angeordnet hatte, seinen Kandidaten durchzusetzen, indem er die Nichtkandidatur aller, die in den Umfragen vor Kadyrov lagen erwirkte. A. Alsachanow bekam als Gegenleistung einen Posten als Putins Beauftragter in Tschetschenienfragen, M. Saidullajews Kandiatur wurde gerichtlich für ungültig erklärt. Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Tschetschenien. Aus vertraulicher, teils zuverlässiger Quelle heißt es, bei diesen Wahlen hätten 90% der Wahllokale gebrannt.

10) Mayrbek Taramov, for Chechenpress, 9. February 2004 www.chechenpress.info/english.

11) http://www.livejournal.com/users/stilo, 10.02.04.

12) http://www.gfbv.de/voelker/europa/tschetschenien/t_background_1.htm.

13) http://magazine.orf.at/report/int/sendungen/000223/000223_4.htm.

14) Lema Usmanow, ständiger Vertreter der tschetschenischen Regierung in den USA.

15) Zitat aus einem Interview mit Lema Usmanow, vom 2. Juli 2002.

Fortsetzung von Seite 1: **Wie sich Deutschland in Europa wiederfindet.**

Habermas und Derrida schreiben in ihrem Aufruf *„Unsere Erneuerung nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“* in der FAZ, Kerneuropa müsse *„in einem ‘Europa der zwei Geschwindigkeiten’ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang machen“*. Denn in der EU erkennen Habermas und Co. Rechtsstaaten in einem Staatenbund vereinigt, wie ihn Kant als Voraussetzung *„zum ewigen Frieden“* sah. Von besonderer Qualität sei dafür auch die europäische Identität, so die Argumentation, die aus ihren andauernden zwischenstaatlichen Kriegen und letztlich dem „dritten Reich“ gelernt hätte, Konflikte friedlich durch Kooperation und internationales Recht auszutragen. Damit werden die deutsche Mega-Aggression und der Holocaust geradezu zu konstituierenden Momenten europäischer Identität und fast möchte man herauslesen, die USA sollten auch mal derart auf die Schnauze fallen wie damals Deutschland, damit sie lernen, sich Länder ohne Krieg einzuverleiben.

Seit damit durch ehemalige linke Intellektuelle den Deutschen als Kerneuropäern gegen jede reale Macht- und Militärpolitik ein friedliebender Charakter attestiert wurde und es geradezu als historische Mission formuliert wurde, diesen Charakter und die eigene Kultur (*„Christentum und Kapitalismus, Naturwissenschaft und Technik, römisches Recht und Code Napoleon, die bürgerlich-urbane Lebensform, Demokratie und Menschenrechte, die Säkularisierung von Staat und Gesellschaft“*) als Grundlage in einer neuen Weltordnung zu exportieren, zelebriert sich Deutschland hemmungslos selbst. In der ZDF-Show „Unsere Besten“ wird Konrad Adenauer zum größten Deutschen gekürt. Im Kino können wir die Heldentaten von Luther,

der deutschen Fußballnationalmannschaft („Das Wunder von Bern“) und deutschen Vorzeigearbeitern („Das Wunder von Lengede“) bewundern. Der Spiegel begründet dies mit einem *„Hunger nach Geschichte jenseits der Nazi-Zeit“*. Den verspürt offensichtlich auch die Pop-Sängerin Mia, die mit ihrem Liebeslied an Schwarz-Rot-Gold *„Was es ist“, „neues deutsches Land“* betreten will und für Deutschland, ihre Liebe, was riskiert: *„Fragt man mich jetzt, woher ich komme, tu ich mir nicht mehr selber leid“*. Die Berliner Morgenpost jubelt, Deutschland würde endlich begreifen *„dass seine Geschichte große Erzählungen bietet, auch solche, deren Kraft über den Bruch von 1933/45 hinweg trägt“*. Die Deutschen in zerbombten Städten und die Vertriebenen stellen sich derweil skrupellos als Opfer dar. Aus dem Trümmerhaufen der Dresdner Frauenkirche als Mahnmal gegen Krieg und die, die ihn angefangen haben, wurde das alte Monument wieder aufgebaut. Nun als Mahnmal gegen deutschen Kleinmut und scheinbarer Beweis dafür, dass dunkle Kapitel der Geschichte auch irgendwann endgültig vorbei sind - oder gar positive Kraft entfalten können. So eine Scheiße ist natürlich gnadenlos herbeihalluziniert. Nur weil Deutschland nun als stärkster Faktor im Einvernehmen mit Frankreich die EU zusammenschweißt, darf man noch lange nicht argumentieren, es sei doch alles gut ausgegangen und man könne wieder stolz auf sich sein. Wichtiger ist es, auf wahrlich besorgniserregende Kontinuitäten hinzuweisen: Deutschland ist keine Friedensmacht, seit der „Wiedervereinigung“ kämpft es mit, wo es nur kann, in Jugoslawien, Afghanistan, Kongo, selbst der Irak-Krieg wurde logistisch unterstützt. Und Deutschland treibt die Militarisierung der EU-Aussenpolitik voran, um zukünftig auch Soldaten aus anderen EU-Mitgliedsstaaten für die eigenen Großmachtinteressen in den Kampf zu schicken. Als Begründung für diese Schlachten müssen eben die europäischen Werte herhalten: Demokratie, Menschenrechte und Säkularisierung. Die deutsche Regierung hat außerdem durchgesetzt, dass ihre Migrationspolitik, die restriktivste in ganz Europa, nun EU-weit gilt. Vor dem Hintergrund eben dieser Kontinuität ist es auch historisch verständlich, dass sich beispielsweise Warschau gegen die Diktate aus Berlin sträubt und den Brüssler Verfassungsgipfel scheitern ließ. Denn deutsche EU-Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

(maria)

Ostermarsch 2004

Informieren
Organisieren
Protestieren

Radeln für den Frieden
9. April, Moritzbastei

Infos unter www.ostermarsch-leipzig.de
und per Tel.: 0341/14064417

Konferenz der ArbeiterInnenbewegung

Am 8. November 2003 fand in Poznañ die Konferenz der ArbeiterInnenbewegung in Polen statt, zu der die ArbeiterInnen-Initiative (IP) der Anarchistischen Föderation (FA) eingeladen hatte. Der Zweck dieses Treffens war es, so viele der radikalen ArbeiterInnenprotestkomitees wie möglich zusammen zu bringen, Informationen über die aktuelle Situation in den jeweiligen Betrieben auszutauschen, Erfahrungen der lokalen Kämpfe zu vergleichen und nach Wegen einer Einigung und einer gemeinsamen Strategie für die Zukunft zu suchen. Etwa 50 Personen aus 15 verschiedenen Fabriken – darunter Mitglieder kleiner, unabhängiger Gewerkschaften, wie Solidarnosc'80, Sierpień'80 und Konfederacja Pracy (gegründet 2001) – und auch Mitglieder der IP/FA nahmen an der Konferenz teil. Viele hatten in ihren Betrieben im vergangenen Jahr Arbeitskämpfe, Streiks und Proteste durchgeführt, waren gegen schlechte Arbeitsbedingungen oder Entlassungen aufgestanden oder haben innerbetriebliche Unterstützung organisiert. So wurde die FSU, ein DAEWOO-Zulieferer, bestreikt während sich KollegInnen in Südkorea im Ausstand befanden. In den Krankenhäusern von Wroclaw finden fast ununterbrochen Proteste statt, weil Betriebsvereinbarungen immer wieder gebrochen werden. Die offiziellen Gewerkschaften indes hatten sich schon vor zwei Jahren aus den Protestkomitees zurückgezogen. Im Medizinischen Zentrum in Poznañ kommt es unterdessen nach Protesten zu Repressionen gegen AktivistInnen: sie werden gegängelt und bei der Ausstattung mit Arbeitsgerät benachteiligt. In ganz Polen läßt sich bei Neueinstellungen und Änderungskündigungen eine Tendenz zu leistungsorientierter Entlohnung beobachten. Vertraglich garantierte Prämien werden aber kaum ausgezahlt. Was bleibt, ist eine Lohnsenkung auf breiter Front.

Das Treffen beschränkte sich hauptsächlich auf den Informationsaustausch, es blieb kaum Zeit für konstruktive Diskussionen und weitere Schlussfolgerungen. Nichtsdestotrotz machte die ganze Veranstaltung einen positiven Eindruck auf mich. Denn die meisten Delegierten, egal wie erfolgreich ihr eigener Kampf bisher gewesen sein mag, erklärten ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, den Kampf fortzuführen. Sie erklärten einstimmig, eineR nach dem/der anderen, ihre Missbilligung des Verhaltens der großen polnischen Gewerkschaften (insbesondere von „Solidarnosc" und „OPZZ") und befürworteten, einen neuen Weg der Einigung der ArbeiterInnenbewegungen in Polen zu gehen, abseits dieser arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsstrukturen – konkrete Ideen dazu waren aber seltener. Es war klar, dass die polnischen ArbeiterInnen aus bestimmten Gründen noch immer nicht bereit sind, den anarchosyndikalistischen Weg zu beschreiten: Inbesitznahme der Fabriken durch Besetzung, Abbau alter Strukturen und Fortsetzung der Arbeit unter neuen, nicht-hierarchischen Bedingungen, basierend auf Solidarität und Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse. Das rührt vor allem daher, dass die Protestkomitees in den meisten Fällen aus nur sehr wenigen Leuten bestehen. Sie haben zwar großen Zuspruch unter ihren KollegInnen, das Potential ist groß, aber bis heute ist es mangels einer breiten aktiven Basis noch nicht möglich, radikale Schritte zu ergreifen. In solch einer Situation ist die weitere Entwicklung der Ereignisse nicht die schlechteste: man versucht, mehr und mehr Kontrolle und Einfluss in den Fabriken zu gewinnen, indem direkte Repräsentanten der ArbeiterInnen in die entscheidungstragenden Gremien gebracht werden. In einigen Fabriken führt diese Taktik zu konkreten Veränderungen vor Ort.

Gleichzeitig bereiten die AnarchistInnen der IP für Anfang nächsten Jahres eine landesweite Kampagne vor: Hilfe beim Aufbau von ArbeiterInnenprotestkomitees in ganz Polen, verbunden mit Bildungsarbeit. Das heißt in erster Linie, ArbeiterInnen in Workshops darauf vorzubereiten, Proteste und Aktionen so effektiv als möglich auszuführen. Dazu gehört die Gestaltung von Flugblättern und Plakaten, Umgang mit der Presse, aber auch die Organisation von Nahrungsmitteln und rechtlicher Unterstützung. Die junge Generation ArbeiterInnen in Polen scheint kaum Ideen und wenig Erfahrung zu haben, wie man das machen soll, und es werden sehr simple Fehler gemacht. Die deutschen AktivistInnen von der FAU unterstützen diese Kampagne und mit 500 Euro für die Vorbereitungen gespendet. Dazu hieß es: „Dieses Geld soll als Grundstock für ein Bildungswerk dienen, das die Bildungsarbeit der IP und der Solidarnosc 80 in polnischen ArbeiterInnenbewegung unterstützen wird (...) Uns Gästen von der FAU bleibt ein beeindruckendes Bild von Gewerkschaftsaktivisten der frühen 80er im Gedächtnis, die an ihrem Arbeitsplatz das libertäre Erbe der polnischen Arbeiterbewegung verteidigt und fortgeführt haben, ohne jeweils immer Anarchist oder libertär zu sein. Syndikalismus pur, auf polnisch: schmeckt gut und macht Hunger auf mehr!"

Die Verbindungen zwischen den verschiedenen Protestkomitees im ganzen Land wurden gestärkt und der Traum von wachsendem Widerstand, der zu Generalstreik und wahren gesellschaftlichen Veränderungen führt, bleibt lebendig. Die Zusammenarbeit der FAU mit polnischen Anarchosyndikalisten und indirekt mit ArbeiterInnenprotestkomitees ist eines der wichtigsten und vielversprechendsten Resultate dieser Konferenz.

Am darauffolgenden Tag fand ebenfalls in Poznañ ein Treffen der Anarchistischen Föderation (FA) statt. Hier drehte sich die Diskussion vor allem um eine bessere Kommunikation innerhalb der FA. Der Vorschlag eines zentralen „Büros", das regelmäßig ein *Bulletin* zusammenstellen solle, wurde zugunsten einer dezentralen Organisation verworfen: Informationen werden im Internet gesammelt und vor Ort ausgedruckt und verbreitet.

Dieser Text ist zu großen Teilen eine Übersetzung des Artikels von Veronica Sinewali in *Abolishing the Borders from Below*, #13, Dezember 2003. Ein Bericht zum Hüttenwesen, der von einem schlesischen Zinkwerkarbeiter, vorgestellt wurde, findet sich unter www.fau.org

Trouble in Warszawa

Kurz vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union (demonstrativ geplant am 1. Mai um die Bedeutung dieses Feiertages zu ändern), kommt der europäische Wirtschaftsgipfel – der aufgrund der geplanten Proteste in Dublin abgesagt wurde – nach Warschau. Zu diesem Anlass wollen verschiedene, meist anarchistische Gruppierungen in Polen den Gipfel (28. - 30. April) nicht nur mit Protest, sondern auch mit Kritik und alternativen Visionen begrüßen. Sie rufen unter anderem zur Teilnahme an einem alternativen Wirtschaftsforum auf. Themen sollen Arbeitsmärkte, Strukturreformen, die Situation in Ost- und Westeuropa sein. Weitere Vorschläge sind herzlich willkommen. Die Hauptdemo ist für den 29. April angekündigt. Eine Fahrt von Leipzig nach Warschau wird organisiert werden. Außerdem ist ein Vorbereitungstext geplant.

Kontakt in Leipzig: wawa04@web.de

Aktionsplattform: http://pl.indymedia.org/pl/2003/11/3076.shtml

Gesucht: Plakatentwürfe

„Biometrische Erfassung“ ist das aktuelle Projekt der kontrollwütigen Innen- und Justizminister der EU, um die Gesellschaft auf bisher nicht da gewesene Weise zu kontrollieren und beherrschen. Als erstes werden die neuen Praktiken natürlich an den Migranten ausprobiert: Seit Beginn diesen Jahres müssen Flüchtlinge in die EU sich Fingerabdrücke abnehmen und das Gesicht elektronisch vermessen oder ihre Augen scannen lassen. Die so gewonnenen Daten werden zentral gespeichert, damit sie es nach Ablehnung ihres Asyl-Antrages nicht etwa an einer anderen Grenze unter einem anderen Namen noch mal versuchen können. Seit Januar können sich Vielflieger am Frankfurter Airport und anderen Großflughäfen als zweifelhaftes „Privileg“ die Augeniris scannen lassen und fortan durch einen separaten Durchgang - ohne lästige Passkontrolle - passieren. Ein Blick in die hochauflösende Kamera genügt. Bei Bierfesten in Nürnberg kann mensch mit dem Fingerabdruck zahlen (so mensch Geld hat) und bei Fußballspielen versuchen Softwareprogramme unter den angereisten Fans, die am Eingang gefilmt werden, polizeibekannte Hooligans auszumachen. Kameras an Autobahnen erfassen bereits jetzt jedes Nummernschild und gleichen deren Halter mit Fahndungsdatenbanken ab.

Diese Praktiken sollen an eine zukünftige Normalität gewöhnen, welche eine hocheffiziente Überwachung der Bevölkerung ermöglicht. Mitte letzten Jahres beschlossen die EU-Innen- und Justizminister, dass mit der Einführung der EU-Pässe die gesamte Bevölkerung biometrisch erfasst werden soll. Bislang verhindern technische Mängel, beschränkte Systemressourcen und fehlerhafte Software, dass Kameras, wie sie etwa die Leipziger Innenstadt überwachen, alle Menschen identifizieren können, Bewegungsprotokolle erstellen oder auf sog. „Verdächtiges Verhalten“ reagieren. Aber die Milliardenschweren Aufträge der Regierungen und der EU lösen einen Forschungsboom aus, der Überwachungstechnik zu einer rentablen Zukunftstechnologie werden lässt, deren Auswirkungen auf die Gesellschaft katastrophal sind.

Um die Menschen darauf hinzuweisen, bevor es zu spät ist, wollen wir eine Plakatkampagne gegen biometrische Erfassung initiieren und suchen dafür Plakatentwürfe. Die Entwürfe werden anonym bleiben und nicht dem Copyright unterliegen. Wir haben vor, Ausstellungen zu organisieren und die Plakate breit zu streuen. Plakatentwürfe bitte schnellstmöglich an: **no.norm@gmx.net** schicken. Wir werden versuchen, alle Entwürfe zu realisieren.

Iran

Protestierende ArbeiterInnen ermordet

Iranische Sicherheitskräfte und Spezialeinheiten der Provinz Kerman attackierten am 23. Januar auf brutalste Weise protestierende ArbeiterInnen der Kupferschmelzhütte Nazkhaton.

Dabei töteten sie mindestens vier ArbeiterInnen und verletzten Dutzend weitere. Der Angriff war die blutige Antwort auf ein Sit-In und Protestaktionen der Angestellten und deren Familien, darunter einige ältere Frauen, die gekommen waren, um ihre Kinder zu unterstützen. Die Unternehmensführung hatte beschlossen alle Angestellten zu entlassen, die zumeist aus der kleinen Stadt Nazkhaton kommen, trotz der laufenden Geschäfte und Neueinstellungen. Alle großen iranischen Nachrichtenagenturen und Zeitungen verschwiegen diesen Vorfall und Präsident Khatami war gezwungen, eine Delegation zu Überprüfung zu schicken. Die EinwohnerInnen fahren mit ihrem Protest fort, trotz der massiven Präsenz von Armee und Spezialeinheiten in der ganzen Stadt. Es gab Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften in verschiedenen Teilen von Nazkhaton und unzählige Leute wurden verhaftet. Die halbe Stadt ist abgeriegelt und die Menschen haben sich vor den Häusern der Ermordeten versammelt. Sie fordern die sofortige Identifizierung derer, die für die Toten verantwortlich sind. Niemand scheint Kathamis Delegation zu vertrauen, da sie sich bisher nie verantwortungsvoll und aufrichtig gezeigt hat. Es gibt viele ähnliche Fälle, bei denen solche Delegationen letztlich die Opfer anklagten und die Verantwortlichen des Regimes von jeder Schuld freigesprochen wurden.

„...es war auch ziemlich akzeptiert von der Allgemeinheit...“

Connewitz in den wilden Wendezeiten. **Die Reihe geht diesmal mit dem Interview eines Besetzungsveteranen weiter, der auch heute noch gut dabei ist.**

FA!: Du warst doch 1990 bei den Leipziger Hausbesetzungen dabei, wie bist du denn mit den Leuten zusammengekommen und was war überhaupt eure Motivation, diese Häuser zu besetzen?

Marc: Das fing damit an, dass ich im Rahmen von Gegenaktionsvorbereitungen zu einer großen Helmut-Kohl-Demonstration Leute kennengelernt habe, die grad in Lindenau ein Haus besetzt haben. Dort bin ich dann eingezogen, im Frühjahr 1990. Ende des Jahres sind dann Leute von da nach Connewitz gezogen, als es anfing, zum Zentrum von Linken und Besetzern zu werden. 1990 gab es da erstmal die Besetzungen in der Stöckartstraße, die waren auch gleich sehr organisiert, als Verein in der „Connewitzer Alternative“[1]. Das hat dem Ganzen eine gewisse Dauerhaftigkeit gegeben.
Aber es gab in Leipzig eben auch andere Besetzungen. Wir hatten, wie gesagt, ein Haus in Lindenau. Dann gabs Leute, die in der Querstraße ein Haus besetzt hatten, oder es gab die Häuser in der Sternwartenstraße. Ich weiß aber nicht, wieviele „stille“ Besetzungen es zu der Zeit gab, das heißt, dass Leute einfach in leere Häuser oder Wohnungen eingezogen sind. Das war damals eine verbreitete Praxis und auch ziemlich akzeptiert von der Allgemeinheit, da man die Häuser ja damit ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt hat, statt sie vergammeln und leerstehen zu lassen oder sie abzureißen. Das hat es der Besetzerszene, die sich damals in Leipzig und anderen Städten gebildet hat, leicht gemacht, weil sie ja nicht das Stigma hatte, etwas unmoralisches zu tun, sich irgendwas zu nehmen was ihnen nicht gehört oder so. Es war eben sehr viel verbreiteter als es das heute ist, gerade bei jungen Leuten.

FA!: Gab es denn bei den Jugendlichen eher eine positive Aufbruchstimmung oder war es eher die Ablehnung eines Trends, also der „Deutschen Einheit“?

Marc: Von „den“ Jugendlichen zu sprechen, ist sowieso Quatsch. Selbstverständlich waren die Hausbesetzer in Leipzig eine Minderheit, als sogenannte „Linke Szene“, die damals anfing, sich als „autonom“ zu verstehen. Für mich und die meisten Leute, mit denen ich damals rumgehangen hab, war das ziemlich stark davon bestimmt, dass man vor diesem neuen Deutschland Angst hatte und dachte, man müsste was dagegen tun. Das war sichtbar und spürbar. Überall gab es diese Nazi-Kids, die anfingen, sich zu organisieren oder organisiert wurden, die auf der Straße Leute zusammengeschlagen haben Und dagegen was zu setzen: Eigene Kultur und eben ein Stück weit auch militante Gegenwehr, war für uns damit verbunden, zusammen zu wohnen. Das war nicht nur die Frage: Hab ich ne Wohnung oder hab ich sie nicht, sondern natürlich auch dieses ganze Gefühl, was sich drumherum bewegt hat: Gemeinsame Konzerte oder zusammen kochen, alles das, was mit Hausbesetzungen verbunden ist, hat mit Kollektivität und eben auch mit sich-gemeinsam-gegen-die-feindliche-Umwelt-wehren zu tun. Trotzdem war es natürlich von einer Aufbruchstimmung geprägt, weil für uns erstmal alles erlaubt war. So dass wir zunächst wenig Angst hatten, irgendwo rauszufliegen oder mit Bullen konfrontiert zu sein. Das war erstmal überhaupt nicht die Schwierigkeit. Ich kann mich erinnern, dass ich 1990/91 viel mehr Angst hatte, dass Faschos unsere Häuser überfallen.

FA!: Wie hat denn die Präsenz der Nazis die Bewegung letztendlich beeinflusst? Hat das zu einer stärkeren Militanz geführt, oder mehr zu einem Rückzug?

Marc: Beides. Erstmal hat es natürlich dazu geführt, dass ich Leute aus bestimmten Stadtteilen zurückgezogen und in anderen wieder gesammelt haben. In der Sternwartenstraße gab es mehrere besetzte Häuser, wo circa 40 Leute gewohnt haben und in Connewitz gabs diese Häuser. Leute sind natürlich aus Grünau verschwunden, aus nachvollziehbaren Gründen. Aus Mockau auch, da gabs so Gruppen um die FAP, die sich gemeinsam um sechs Uhr zum Frühsport getroffen haben und so ne Scheiße. Das war kein Platz, wo man sein wollte. Andererseits gabs dann in Connewitz so eine Kneipenszene von besetzten, selbstverwalteten Kneipen, was natürlich dazu geführt hat, dass sich da immer mehr Leute angesammelt haben. Hier gab es die Infrastruktur, wo man sich sowieso gerne aufhielt. Wir sind oft zu Fuß oder mit dem

Fahrrad von Connewitz nach Lindenau getourt, was natürlich ziemlich oft eine unangenehme Erfahrung war. Viele haben dann gesagt: Ok, dann ziehen wir gleich nach Connewitz.

„Eigene Kultur und eben ein Stück weit auch militante Gegenwehr...“

FA!: Also waren die Nazis quasi schuld, dass Connewitz sich als linkes Zentrum etabliert hat?

Marc: Nicht nur. Die Nazis waren für dieses Gefühl mitverantwortlich, dass man sich zusammenkuschelt und sich gemeinsam gegen die feindliche Umwelt zur Wehr setzt. Aber es lag eben auch daran, dass es hier aktive Leute gab, die dafür gesorgt haben, dass es sich lohnte, hier zu sein, und eben nicht in Lindenau. Obwohl es in Letzsch und Plagwitz immer Leute gab, die da gewohnt haben, und versucht haben, was zu tun. Es war nicht so, dass alle nach Connewitz gezogenwären, aber im Laufe des Jahres 1991 gab es so eine Massierung, wo Leute hierhergekommen sind, weil es hier einfach gefetzt hat und eben sicherer war. Es gab Leute, die sich garnicht mehr aus dem Kiez rausgetraut haben. Leute sind hier gelandet, haben sich nur noch innerhalb ihrer fünf Straßen bewegt und sich beim Straßenbahn fahren immer zwei Freunde mitgenommen, weil sie Angst hatten. Für uns aus Lindenau war das natürlich immer etwas lächerlich. „Also Leute, was stellt ihr euch vor, wie's in der Welt zugeht?“

FA!: Die Häuser waren ja nach den Ereignissen im November `92 und dieser Anti-Besetzungs-Kampagne konkret von der Räumung bedroht. Wie habt ihr reagiert? Eher mit stärkerer Konfrontation oder mit Verhandlungsbereitschaft und Öffentlichkeitsarbeit?

Marc: 1992 wurde erstmal mit Öffentlichkeit reagiert. Nach dem Riot im November und nachdem Thümi erschossen worden war, hat diese Szene erkannt, dass sie ziemlich von der Berichterstattung anderer abhängig war und das, was in den Zeitungen stand, nie das war, was man selber dachte und wollte. Anfang `93 sind dann solche Strukturen entstanden, wie der Ermittlungsausschuss, der zuerst KGB (Koordinierungsgruppenbüro) hieß. Oder eben Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von: Wir machen unsere eigene Zeitung und wir machen das regelmässig. Deshalb ist im Sommer `93 auch das erste KLARO-FIX rausgekommen, um Öffentlichkeit über das herzustellen, was die Szene bewegte und für sie Plattform zu sein. Vorher gab es eben irgendwelche Plena gegeben, oder eine Gruppe hat ihre Flugblätter an irgendwelche Häuserwände tapeziert.
Bei Konfrontation weiß ich nicht, was du dir vorstellst. Sicher gab es Schlägereien mit Nazis, aber es gab keine konfrontativen Aktionen gegen die Stadt.

FA!: Waren die Nazis denn die einzigen Gegner der Szene, oder gab es auch Reibereien mit nachbarn, die die Leute raus haben wollten?

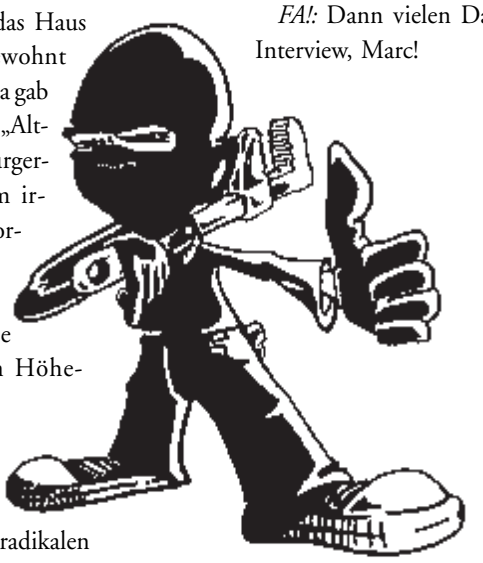
Marc: Ich würde sagen, solche Nachbarn gabs immer. 1991, als das ZORO besetzt wurde, gab es ziemlich früh Leute, die dagegen waren, dass das Haus von „solchen Leuten“ bewohnt und bewirtschaftet wird. Da gab es den Besitzer vom Hotel „Alt-Connewitz“, der einen Bürgerverein gegründet hat, um irgendwie gegen die Szene vorzugehen. Und gerade im Laufe des Jahres `92 hat die Kampagne gegen die Besetzungen dann einen Höhepunkt erreicht.
Auch diese Spaltungsversuche in die „Guten“ von der Connewitzer Alternative und die bösen, radikalen Autonomen. Diese Spaltung ist von außen rangetragen worden, hat aber zu einem guten Teil auch funktioniert. Es gab da viele Auseinandersetzungen um solche Fragen.

FA!: Es hat sich ja seit Anfang der 90er eine Menge getan. Wie würdest dudie Entwicklung denn insgesamt bewerten?

Marc: Naja - klar sind die Zeiten, als in der Stadt viele Leute unterwegs waren, um Häuser zu besetzen, vorbei. Andererseits hat sich die Szene gehalten und ein wenig ausdifferenziert. Seit Anfang der 90er sind ja neben den Projekten und Häusern, die verschwunden sind, auch einige neue dazugekommen, die ja zu einem großen Teil auch von Leuten gemacht werden, die 1992 noch gar nicht in der Stadt oder noch in der Schule waren. Insgesamt ist die Situation in Leipzig also nicht so schlecht.
Ich habe den Eindruck, dass gerade junge Leute, die das damals nicht mitbekommen haben, die Infrastruktur, die es gibt, für viel selbstverständlicher halten, als sie ist. Ich habe oft Besuch aus anderen Städten, der ziemlich überrascht ist, wie viel es hier in der Stadt gibt. Wir haben hier in Leipzig 'ne ziemlich außergewöhnliche Situation, was natürlich vor allem daran liegt, dass es immer Leute gegeben hat, die sich gekümmert haben, die an ihren Sachen drangeblieben sind und hoffentlich auch in Zukunft dranbleiben werden.

FA!: Dann vielen Dank für das Interview, Marc!

soja



[1] - zu Gruppen und Strukturen, die zum größten Teil jetzt noch existieren, siehe:

www.left-action.de

Wer ist hier der Dumme?

Man mag dem rot-roten Senat in Berlin, ob seiner asozialen Kürzungspolitik, allerhand vorwerfen. Zugute halten muss man ihm (bzw. dem verantwortlichen Senator), dass er die Intendanz des Berliner Ensembles dem neuen Eigner verweigerte. Das Theater am Schiffbauer Damm gehört nämlich seit kurzem Rolf Hochhuth.

Am 13. Februar 2004 wurde dessen neues Stück „McKinsey kommt“ am Theater Brandenburg/Havel uraufgeführt (Regie: O. Munk). Und es zeugt – zumindest in gedruckter Form (dtv, Dezember 2003) – nicht vom Können Hochhuths, der sich sonst gern als „Dramatiker“ und Vertreter „engagierter Literatur“ bezeichnen läßt.

Dabei ist Hochhuth ebenso langweilig wie borniert. Seine Ansatzpunkte, ob in gesellschaftlicher oder in ökonomischer Hinsicht, sind oberflächlich. Das „Theaterstück“ um das Problem der Arbeitslosigkeit spielt im Zug, in Büros und Umkleidekabinen, Vorstandsetagen und im Gericht. Die Orte sind allerdings so belanglos wie die Figuren. Anders als das, was man gemeinhin Drama nennt, sei es tragisch oder komisch, kennt „McKinsey kommt“ keine Handlung, keinen Spannungsbogen. Die Dialoge der Figuren sind der *Monolog* Hochhuths – die einzige Verbindung zwischen den fünf Akten und Orten. Nirgends werden die Figuren zu Charakteren, sie sprudeln nur die gesammelten Fakten, Zeitungsschnipsel des Autors hervor ... keine Stromschnellen finden sich im Erzählfluss. Hochhuth wiederholt sich unaufhörlich, versucht dies hinter schier endlos aneinander gereihten Fakten zu verstecken, die nur spärlich mit Moral verputzt, aber immer auf Skandal angelegt sind. So findet sich in dem Theaterstück nicht das, was Literatur ausmacht: der besondere Umgang mit dem Alltagsmaterial Sprache.

Nicht nur in dieser Hinsicht entbehrt es jeder Grundlage, Hochhuths Namen mit Dichtern wie Miller, Shakespeare und Goethe, mit Philosophen wie Hegel und Voltaire zu assoziieren wie Verlag und Autor selbst es tun. Wenn über einen Artikel in der *Basler Zeitung* auch die Forderung nach Demokratie nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft, ins Stück kommt – sie steht allein. Hochhuth konzentriert sich auf den

Arbeitsplatz, das „Recht auf Arbeit“. Nur darum dreht es sich in den Wortwechseln der Figuren: Wenn sie denn *zwischen* den Regieanweisungen zu Wort kommen und von Zeiten schwärmen, als „die Geldsäcke noch Schiß“ hatten, und schlussfolgern, man müsse mal ‘nen „Molli schmeißen“. Wenn der Autor pausiert von seiner nationalen Elendsklage über: die vielen „Musikkonsumenten“ und die wenigen Leser; über das Schweizer Bekenntnis zum „Heimatidiom“, „wie kein Deutscher das wagte“; über den „für uns Deutsche“ leider unmöglichen „Nationalstolz“, seit „die Engländer 1945 die Nazi-Schinderhütte Bergen-Belsen [...] fotografiert haben“; und über „feindliche Übernahmen ... wenn Ausländer einheimische Arbeitsplätze killen“. „Im Affekt wird jeder Mensch rassistisch,“ meint Hochhuth, und hat beklagt bitter die moderne „Treulosigkeit des Herrn gegen den Knecht.“

Nach derart national-sozialistischer Weinerlichkeit verwundert es kaum, dass Hochhuth im Interview (mdr, Kulturcafé, 22.2.) betont: „die Dinge müssen geregelt sein, sonst gibt es eine Revolution.“ Der Präsident des Bundes der Deutschen Industrie, Rogowski, zeiht ihn also zu Unrecht des „Klassenkampf[es]“. Was ist es schon im Vergleich, einen der „Geldsäcke ... platt[zu]machen“, wenn es gilt sich gegenseitig Hilfe zu leisten und gleich und frei miteinander umzugehen, weder Knecht noch Meister sein! Was bringt es, in „Banken und Konzerne“ einen „Molli [zu] schmeißen“, statt zu streiken: statt was die „Hydra“ braucht, ihr zu verweigern?

Aber Hochhuth – der nach eigenem Bekunden „von Haus aus gar nicht sozialrevolutionär“[1] ist, und es also auch in dem Stück „McKinsey kommt“ nicht wird – ist nicht am Problem interessiert, nicht an dessen Lösung, sondern nur am Thema. So geht er denn, mitsamt Nationalismus und Chauvinismus, Bismarck und 1000 deutschen Jahren und sozial verbrämten Antiamerikanismus im seichten Wasser eines in der Verfassung garantierten „Recht[s] auf Arbeit“ vor Anker. Absurd geradezu, und zynisch, seine Argumentation, wenn der Staat Erwerbslose schon jetzt finanziell aushalte, solle er ihnen doch gleich ‘ne Arbeit verpassen. Da ist sich der Autor mit Schröder, ~~den er als „Jenosse der~~ Bosse“ bloßzustellen sucht, einig: „jede Arbeit ist besser als keine“.

Nochmal Brecht studieren, Herr Hochhuth; „das Volk ist nicht dümmlich“!

(A.E.)

1) http://www.3sat.de/kulturzeit/themen/62389/

Die GroßstadtIndianer (Folge 10)

Kein Krieg, Kein Gott, kein Vaterland I (clov)

Etwas kitzelt mir die Nase, ‚verdammt', ich muß niesen. Ganz kurz, aber der Moment reicht und mein Traum hat sich verkrochen. Da hilft auch kein Suchen mehr. Durch meine verquollenen Augen blinzelt mich der Tag an. Ich zwinkere zurück: ‚Auch noch nicht so alt, Bursche'. Meine großen Zehen tasten nach den Latschen. ‚Und so schön bist du auch wieder nicht!' Mißmutig schiebt er sich eine handvoll Wolken vors Gesicht und macht einen sehr unentschlossenen Eindruck. Morgentoilette - alltäglich, unaufgeregt. Erst als ich über den Platz zum Frühstück trotte, spüre ich, wie einer meiner Lebensgeister aus seiner Flasche kriecht. Aber die anderen, die sind dann echt das Morgengrauen. Finn nagt versunken an einem Kanten Schwarzbrot, Kalle ist früh morgens sowieso kaum ansprechbar und Moni und Schlumpf kann ich an den Augenringen ablesen, wie wenig sie letzte Nacht geschlafen haben. Beim genauen Auszählen der Falten trifft mich Monis Blick, etwas vorwurfsvoll. Ich sehe verlegen zu Schmatz, der im Moment nur Augen für seinen Napf hat. ‚Na wenigstens einer ist heut gut drauf', als ich über sein Fell fahre, knurrt er versunken, aber bestimmt. ‚Der will also auch nicht gestört werden!' „Na, guten Morgen!" Der Gedankenfetzen rutscht mir einfach so raus und meine Zunge ist sein williger Helfer. Plötzlich sitze ich im Kreuzfeuer. Alle starren mich an, als würde ich ihnen gleich erklären, warum ihr Tag so scheiße begonnen hat. Ich lasse das aber lieber und entscheide mich stattdessen für einen positiven Ausblick. „Mensch Leute, mit der Einstellung, da kann die Demo ja nur ein Reinfall werden!" Finn winkt zwar ab, scheint mir jedoch etwas dankbar für den Versuch der allgemeinen Aufmunterung. Kalle macht eine Mundbewegung wie ein Karpfen und will gerade ansetzen, mir auseinanderzunehmen, warum er diese Demo gerade so blöd und unsinnig findet, aber Moni schneidet ihm aber erstaunlich geistesgegenwärtig das Wort ab. „Laß mal gut sein, Kalle, das hatten wir doch gestern schon alles." Schlumpf nickt. „Wir ziehen das jetzt einfach durch. Die anderen verlassen sich schließlich auf uns." Kalle verzieht sein Gesicht: „Ja, ja und kuscheln sich jetzt noch in ihre Betten. Das ganze Pack von Meuterern. Und auf welchen Schultern lastet wieder die ganze Verantwortung? Na, na?" Aufreizend blickt er in die Runde. „Steck den Muffel wieder weg, du Seeräuberhauptmann." Tatsächlich, Finn grinst ein wenig. „Freibeuter, bitte!" Alle nicken verständnisvoll.

Wenig später sind wir dann auch schon unterwegs: Finn und Moni vorneweg, das Transparent geschultert, ich und Schlumpf hinterher - er hatte Schmatz aus technischen Gründen, mit den Worten: „Streunender Hund von Polizei totgetrampelt, nein Schmatz, das ist denen keine Schlagzeile wert. Du paßt hier auf und sicherst uns den Rückzug." gebeten, auf dem Hof zu bleiben - und Kalle trabt etwas abseits, von Zeit zu Zeit einen Kieselstein traktierend. Er hat ja auch Recht, eine Demonstration gegen die Kürzungen und Sparpläne von oben, initiiert von ein paar Bürgervereinen, den Gewerkschaften und der Kirche ist nicht gerade das, von dem sich unser jugendlicher Idealismus eine substanzielle Veränderung der Verhältnisse erwartet. Und schließlich werden wir allenorten wieder den naiven Nationalismus zu hören kriegen, nach dem Motto: „Deutschland muß es wieder besser gehen.", die banale Logik, den eigenen Landstrich als wirtschaftliche Einheit, als Standort in Konkurrenz mit anderen zu sehen. Aber es werden auch sicher einige Leute mehr kommen als sonst und diese Möglichkeit, auf der ohne Zweifel politischen Veranstaltung, für unsere Ideen, Aktionen und Projekte zu werben, vielleicht die eine oder den anderen aus seinem Taumel zu reißen, dies durften wir uns nicht entgehen lassen, eben wegen unserer politischen Verantwortung. Auch wenn es schwerfallen wird. Ein Sixpack kommt den Berg hinaufgeknattert. Schlumpf pfeift betont und rammt mir den Ellenbogen in die Seite. „Die hatten den Kofferraum voll! Was meinst du, wie die heute drauf sind? Ich hab gestern von Puschel und Locke gehört, daß die Polente schon den ganzen Abend angereist ist. Hamburg, München, Stuttgart, Rostock, Frankfurt Oder, Leipzig, von überall. Die haben angeblich ein Flugblatt abgefangen, in dem zum schwarzen Block aufgerufen wird." Ich kratze mir das Haupthaar, „Naja, soviele Militante gibt's in unserem Städ'le ja nun auch nicht. Hoffentlich sind die nicht gestern schon angereist, in den selben Autos wie die Polizei, meine ich." „Scheiß Strategie!" flucht Schlumpf und versucht grimmig dreinzuschauen. Ich muß lachen, „So bist du aber noch einfacher zu provozieren." Er starrt mich leicht irritiert an, läßt sich dann aber von meinem Grinsen anstecken. „Du hast recht." und beginnt eine tiefergehende Konversation über die Geschichte der Provokateure, einen Monolog eher, den ich nur mit einem Ohr verfolge. Ich blicke zu Kalle. Der doziert, einen Stein mit kleinen Tritten vor sich her treibend, wahrscheinlich eben jenem, noch einmal ausführlich seine Gründe gegen die überhobene Vorstellung nationaler Kollektive und Borniertheit der Standortideologie. Hofft er in dem jahrtausendealten Stein einen ebenbürtigen Gesprächspartner gefunden zu haben? Ich verwerfe den Gedanken und laufe prompt auf Finn und Moni auf. „Autsch." Beide drehen sich um.

Während der Schmerz aus Finns Gesicht huscht, lächelt Moni mich an. Das Licht hat die Müdigkeitsfalten geglättet und frische Farbe in ihre Wangen getrieben, „Nicht so stürmisch. Du kannst wohl die Demo kaum erwarten, wie?" Ich muß einem gezielten Schlag von Finns Transparentstange ausweichen und ziehe mich „sorry, sorry"-murmelnd hinter Schlumpf zurück. Der plustert auch sofort seine schmale Brust auf und geht in Kampfhaltung, bereit seinen Kumpel gegen den Angriff zu verteidigen. Doch bevor die Situation überhaupt die Chance hätte zu eskalieren, ist es Kalle, der ruft: „Hey seht mal, da laufen die ersten mit Transparenten. Kennen wir die nicht?" Ja sicher, es sind die Leute vom Wohnprojekt und wenig später biegt auch noch ein Dutzend vom Jugendclub um die Ecke. Moni und Finn entrollen unser Spruchband. „Kein Krieg, Kein Gott, Kein Vaterland" ... *(Fortsetzung folgt.)*

War einst ein Anarchisterich,
der hatt den Attentatterich.
Er schmiß mit Bomben um sich rum;

es knallte nur so: bum bum bum.
Einst kam der Anarchisterich
an einen Schloßhof fürstelich,
unterm Rock verborgen fein
trug er ein Bombombombelein.

Nach Haus kam Serinissimus,
sprach: Omnia nos wissimus,
und sprach viel weise Worte noch,
daß alles rings nach Weisheit roch.
Jedoch der Anarchisterich
mit seiner Bombe seitwärts schlich
und schmiß sie Serinissimus
unter seinem Rokokopopo.

Und rings war alles baß entsetzt,
Durchlaucht hat sich vor Schreck gesetzt,
indes der Anarchisterich
durch eine Seitentür entwich.
Nur einer sprang beherzt herbei,
zu helfen, was zu helfen sei.
Doch sprach er bleich: Volk, höre nur,
‚s ist ‚ne Bomb-onniere nur.

Rings aber lag man auf dem Knie
und heulte, jammerte und schrie
und betete: Du lieber Gott,
schlag doch die Anarchisten tot!
Drum merke dir, Anarchisterich,
heil dich vom Attentatterich.
Kommst Du zu Hofe fürstelich,
geht's für dir für-fürchterlich

(Erich Mühsam, 1902)

Lebenswerk

Ich habe lange studiert
Ich habe hart gearbeitet
Jetzt hab ich mir ein Haus gebaut

Manchmal
Geh ich auf Zehenspitzen
Durchs Haus,
obwohl ich weiß,

dass es leer ist.

(bäh)

Wer sich anpasst,
lebt verkehrt
und sich dann irgendwann beschwert,

über die Last
zu leben - in fremdbestimmter Hast.

drum er sich jetzt schon wehrt,
und seine Träume nie verjährt.

kfm

Freiraum zum Selbergestalten

Fingerspitzen,

die berühren
- ganz sacht -
zitternder Schauder
kriecht den Nacken
Richtung Schopf
das sanfte Herz,
das schwillt
durchströmt die Blutgefäße
Wallung, Wallung
schnell
die Füße im Takt
ein Beben reißt mich fort
Gedanken überstürzen
Stolperschritt

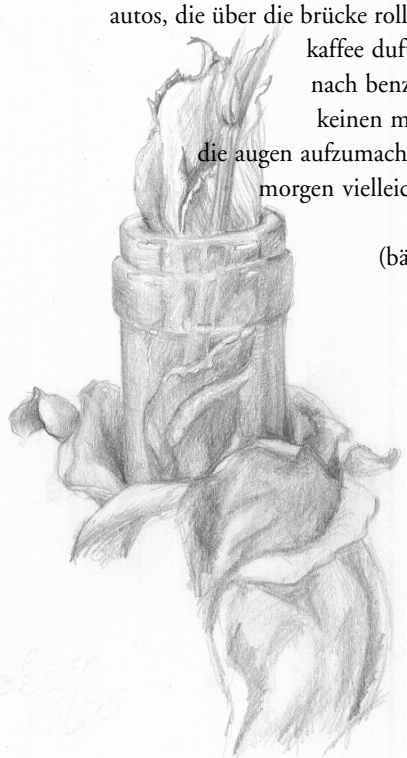
krafttrunken schreite ich zur Tat
bevor erneuter Zweifel naht.

(clov)

Existenz

morgen vielleicht
aufwachen auf beton
eingerollt in die kälte
nach der decke
in den nebel greifend
im nacken
das weiche gefühl
eines rattenfells
in den ohren noch
ein träumerisches tellerklappern
autos, die über die brücke rollen
kaffee duftet
nach benzin
keinen mut
die augen aufzumachen
morgen vielleicht

(bäh)



Schach

Lösung von FA! #10
Weiß zieht in drei Zügen matt: Schwarz muss sich noch bewegen können, damit Weiß gewinnt. Te4*e2. Schwarz schlägt mit Bd3*e2. Weiß blockt mit Dh4*e1. Gezwungenermaßen Ka5*b4. Das Fußvolk macht den Weg frei: Bd2*d4 - Matt!

Eines Abends saß ich im Antiquariat „Tagedieb" in der Alfred-Kästner-Straße. Dort treffen sich immer montags die Schachspieler vom Roten-Stern-Leipzig. Es war schon spät. Ich saß in der verqualmten Küche und hatte bei einigen Bierchen schon etliche Partien gegen den Ladenbetreiber Tristan gespielt. Sein französisch war schwer zu knacken. Schließlich hatte in einer Partie zum wiederholten mal die Eröffnung vermasselt und war aber dennoch zu einer guten Angriffsstellung gekommen, siehe Diagramm. Tristan hatte gerade seinen schwarzen Springer auf das Feld f5 gesetzt und ich hatte meine Hand schon nach dem Turm auf f1 ausgestreckt um den Springer zu beseitigen, wonach es gegen das Matt des schwarzen Königs keine Verteidigung gegeben hätte. Wenn da nicht das ‚Zwischenmatt' Dame e5-e1 gewesen wäre. Mist. Also was dann? Wenn ich den Angriff jetzt abgeblasen hätte, würde Tristan in Vorteil kommen und seine beiden Bauern auf e6 und d5 in Marsch setzen. Dann würde ich die Partie sicher verlieren. Mir mußte etwas einfallen. Jetzt! Ich mußte eine gute Drohung finden, da sowohl mein Turm auf f1 als auch mein Läufer auf f8 - der Held der bisherigen Partie - angegriffen waren. Irgendwie standen der Läufer h7 und die Dame g6 in der falschen Reihenfolge. Doch mir fiel nichts ein. Ich versank in Gedanken, außerlich umhüllt von Rauchschwaden, innerlich von denen des Alkohols. Die Welt um mich herum versank. Mir mußte etwas einfallen, etwas gutes ... wäre ich nur Morphy, oder Anderssen ... Äonen verstrichen ...
Plötzlich durchfuhr mich ein Ruck: Ja, so geht es! Ich hatte die Lösung gefunden und Tristan gab drei Züge später auf.

Suche Menschen, die zum Thema „sexuelle Gewalt" mehr zu sagen haben. Korrespondenz, Diskussionsrunden, Lesungen, Workshops etc. Biete raus aufs Land mit Übernachtungsmöglichkeiten inclusive Entspannung bei Spaziergängen, Baden, gemeinsamen Kochen ... Kinder sind gern gesehen.
Tanja Bullert,
Zum Anger 2, OT Grauenhagen, 17348 Woldegk.

FEIERABEND!
Biedermannstraße 20, 04277 Leipzig
feier_abend@hotmail.com
www.feierabend.net.tc
Einsendeschluß für *FA! #12*
10. 04. 2003

***Zentrum**:* **Bistro Al Safa, Leplaystr. 3; Connewitzer Verlagsbuchhandlung, Speck's Hof; Klee Naturkost, Ebert-Str. 33; Libelle, Kollonadenstr. 19; Uni-Imbiss, Augustusplatz; Weltladen, Burgstr. 3**

Hier gibt's FEIERABEND!

***Osten**:* **Kühnchen's Shop, Eisenbahnstr.**

***Plagwitz**:* **Tulamahash, Nonnenstr. 17**
Presse-Service-Shop, Nonnenstr.

***Gohlis:* Gohliser-1-Punkt, Gohliser Str. 29**

***Schleussig**:*
Heidis Dienstleistungscenter, Könneritzstr. 18
LebensArt Bioladen Könneritzstr./Industriestr.

***Südvorstadt:* B12, Braustr. 12; El Amir, Südplatz; Shahia, Liebknecht-Str. 98 Esperantos Katzer, Schenkendorffstr. 20**

***Connewitz**:* **Café Similde, Simildenstr.; Zoro, Bornaische 55**
Fischladen, W.-Heinze-Str. 22; Frau Krause, Simildenstr.;
Imbiss Irak, Connewitzer Kreuz; El Libro, Bornaische Str. 3d

Lokales

Prekärer Weihnachtsmarkt - 1
Preiserhöhung bei LVB - 2
Besitzen und Kontrollieren - 3
Atomare Altlasten / Schützt die Vermieter - 4
Streit um Synagoge / Graffiti - 5
Mit Kanonen auf Spatzen - 6
Sozialarbeitsverhältnis - 7

EU.ropa

Deutschland in Europa - 1

Nachbarn

Briefpakete aus Bologna!? - 1
Erinnerungen (Tschetschenien) - 25
ArbeiterinnenKonferenz in Polen - 28
Trouble in Warszawa / Iran / Biometrie - 29

Antimilitarismus

Tatort München - Sicherheitskonferenz - 8

Bildung

Vom konstruktiven Streik zur Streikpause - 10
Eine Aktivistin kommt selten allein - 11
Wir woll'n in die Tagesschau - 12
StudentInnen brechen Hausfrieden - 13
Utopie oder Zwangsneurose? - 14
Freundliche Helfer / Bildung selbst organisieren! - 15

Sozialreformen

Vom Amt zur Agentur - 16

Theorie & Praxis

Multiplikatoren der Arbeit - 18

Wendezeiten

Interview Connewitz - 30

Rezension

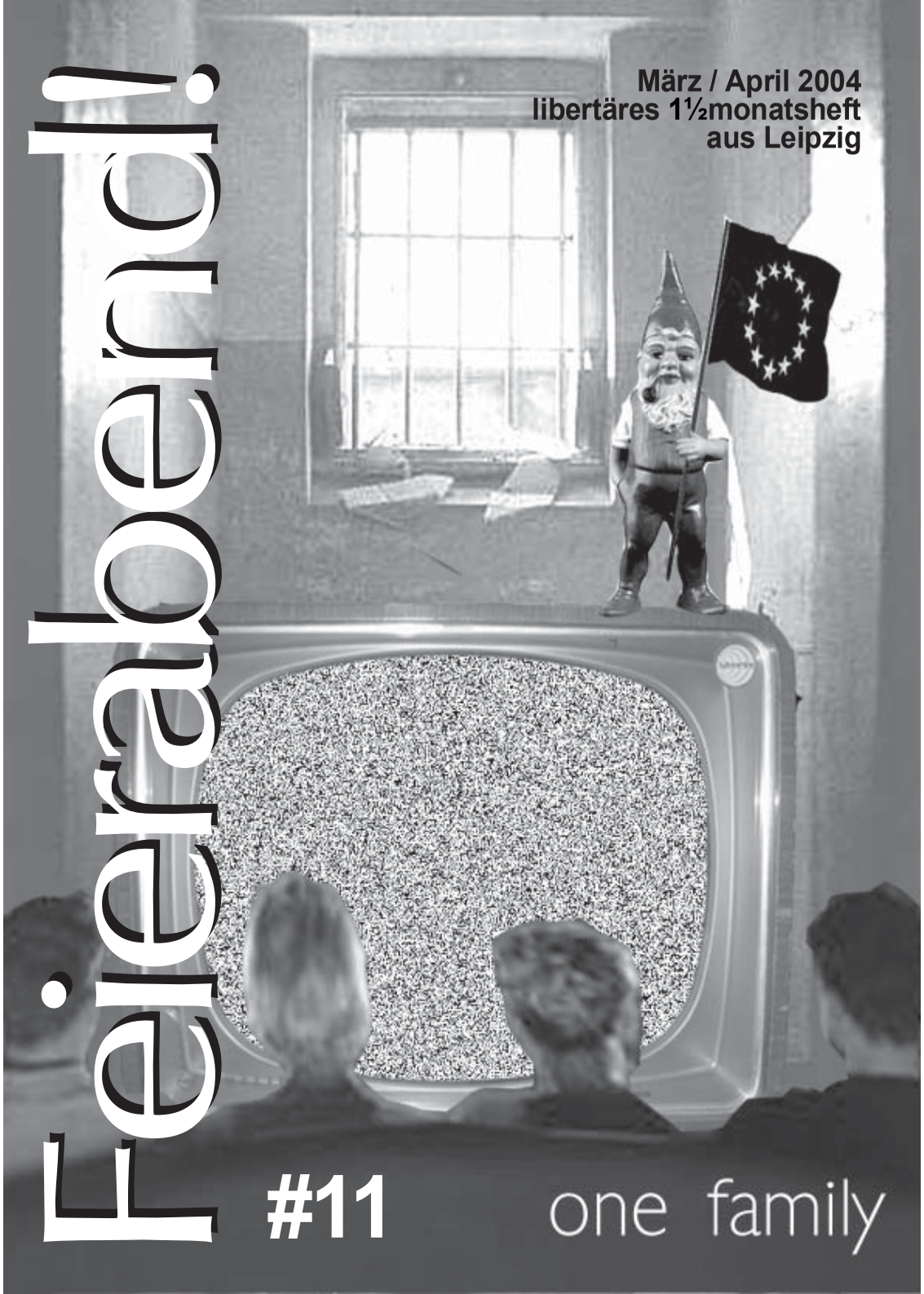
Wer ist hier der Dumme? - 32

Lyrik & Prosa

Die Großstadtindianer (Folge 10) - 33
Gedichte - 34

thinktank

Äddi The Torial - 2
Vorsicht Kamera! Rätsel - 9
Schach/ Verkaufsstellen - 35



Feierabend!

März / April 2004
libertäres 1½monatsheft
aus Leipzig

#11

one family